

Preußische Allgemeine



Nr. 13 · 31. März 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Sturm auf das Eigenheim

Wie die bürokratischen Anforderungen der Energiewende und die fehlende Unterstützung durch den Staat den Lebensraum von Millionen Deutschen bedrohen Seite 2



Hymne Gedenken an den Dichter Heinrich Hoffmann von Fallersleben Seite 11



Sudeten Unterwegs mit der Schlesischen Gebirgsbahn Seite 18

FOTOS: SZ PHOTO; GEMÄLDE: HENSELER; WAGNER

AUFGEFALLEN

Die Grünen und die Stimme des Volkes

Zum zweiten Mal haben die Grünen und ihnen nahestehende Gruppierungen nun versucht, durch Volksabstimmungen parlamentarische und rechtsstaatliche Prozesse auszuhebeln und eine Grundsatzentscheidung in ihrem Sinne herbeizuführen. Und zum zweiten Mal sind sie krachend gescheitert.

Den ersten Anlauf unternahm sie 2010/11, als die Grünen in Baden-Württemberg die Vorbehalte gegen den Abriss des alten Stuttgarter Hauptbahnhofs und die Pläne für einen Neubau als Mobilisierungsthema erkannten. Zusammen mit geeigneten Medien trommelten sie gegen „Stuttgart 21“ und behaupteten, „das Volk“ im Ganzen sei gegen das Vorhaben der Deutschen Bahn. Siegesgewiss versprach der grüne Oppositionsführer Winfried Kretschmann einen Volksentscheid für den Fall, dass seine Partei die anstehende Landtagswahl gewinnen sollte. Als dies unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima tatsächlich eintrat, setzte Kretschmann eine Volksabstimmung an – und verlor diese dann mit seiner Partei ähnlich wie nun in Berlin.

Zusammen mit den Wahlergebnissen in Bund und Ländern offenbaren die Volksentscheide, dass die Mehrheiten im Lande ganz anders verteilt sind, als es die Grünen und die meisten Medien gern darstellen. Die anderen Parteien hingegen könnten dies auf den Gedanken bringen, weniger danach zu spielen, was die Grünen wollen – und sich stattdessen mehr zu fragen, was die Bürger von ihnen erwarten. *neh*

POLITIK

Berlins Bürger senden ein Signal für die Vernunft

Das Scheitern des Klima-Volksentscheids in der Hauptstadt ist ein Dämpfer für all jene, die mit der Brechstange die Energiewende vorantreiben wollen

VON REINHARD MOHR

Die Neue Zürcher Zeitung hat es in gebotener Klarheit formuliert: „Berlin ist eine verrückte, aber zum Glück keine wahnsinnige Stadt.“ Die krachende Niederlage des Volksentscheids – zum Erfolg fehlten etwa 170.000 Ja-Stimmen –, mit dem erzwungen werden sollte, Berlin schon 2030, also in wenigen Jahren, „klimaneutral“ zu machen, ist nicht nur ein starkes Lebenszeichen der praktischen Vernunft in der Hauptstadt, sondern auch ein Signal an die Ampelkoalition im Bund: Mit Hektik und Panikmache, Untergangsdrohungen und der politischen Brechstange lässt sich keine Klimapolitik betreiben, die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen und unterstützt wird.

Mehr noch: Mit Verboten und Zwangsumrüstungen, ob beim Heizungsbau, der Hausdämmung oder der E-Mobilität, wird man weder die selbstgesetzten Ziele erreichen noch im Rahmen des finanziell Möglichen bleiben. Der immer weiter um sich greifende Trend zu einer semi-sozialistischen Planwirtschaft hat einen schweren Dämpfer erhalten. Optimisten hoffen nun auf die Lernfähigkeit all jener, für die Klimaschutz inzwischen eine fast religiöse Bedeutung hat.

So passte es gut, dass in der Talkshow von Anne Will am Abend der Entscheidung Lamia Messari-Becker, 50, Professorin für

Gebäudetechnologie und Bauphysik, von 2016 bis 2020 Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen, Robert Habeck und seinen rigiden Umbauplänen aus dem Zentralkomitee seines Wirtschaftsministeriums die Leviten las. „Wir brauchen Optionen, damit jeder Mensch seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann“, sagte sie. „Es gibt nicht die eine Lösung, die für alle Häuser funktioniert. Für den einen sind es Wärmepumpen, für den anderen Fernwärme und Geothermie.“

Marktelemente statt Planwirtschaft

Kurz: Pragmatische Subsidiarität statt staatlicher Fünfjahres-Pläne, die stets an der Wirklichkeit scheitern. Marktwirtschaftliche Mechanismen wie eine flächendeckende CO₂-Bepreisung nutzen und Technologieoffenheit fördern – selbst Anne Will war angesichts dieses in Talkshows selten zu hörenden Fachvortrags ganz baff und ließ gegen alle Gewohnheit die Expertin minutenlang ausreden.

Wie hart die Klimaaktivisten getroffen sind, zeigte sich an den Kommentaren in ihrer Hauszeitung, der linken „taz“. „Das ist durchaus ein Tiefschlag für die Klimabewegung der Stadt“ hieß es dort. „Das Signal, das um die Welt gehen sollte, wurde in den Spandauer und Reinickendorfer Vorgärten zwischen Swimmingpool und SUV erfolgreich abgewürgt.“

Anschaubarer kann man die ideologische Arroganz und Ignoranz der rot-grü-

nen Blase nicht in Worte fassen, die in Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Prenzlauer Berg sich ihre Parallelgesellschaft der Besserwissenden mit Lastenfahrrad, Ökomarkt und Chai-Latte zurechtgezimmert hat. An ihrem Spießher-Wesen soll die Welt genesen.

Auch Luisa Neubauer, die Jeanne d’Arc der deutschen Klima-Kämpfer, konnte Wut und Enttäuschung angesichts dieser klaren demokratischen Entscheidung der Berliner nicht verbergen. „Diese Wahl hat deutlich gemacht: Es gibt Kräfte in dieser Stadt, die geben alles dafür, noch den letzten Funken Klimazerstörung rauszuholen.“ Die 423.418 Nein-Stimmen sind also ein Plädoyer für radikale Klimazerstörung gewesen. Wenn das keine Volks- und Demokratieverachtung ist!

Hier zeigt sich eine weitere Lehre aus der mit Millionenbeträgen gesponserten Kampagne des Volksentscheids: Der Klima-Aktivismus insgesamt – von „Fridays for Future“ bis zu den Klebekolonnen der „Letzten Generation“ – hat sektenartige Züge angenommen. Skepsis, Zweifel, Diskussion und Mehrheitsentscheidung? Das brauchen all jene nicht, die nur eine Wissenschaft, nämlich „die Wissenschaft“, kennen, diejenige, die „die Wahrheit“ gepachtet hat. Ältere mag das an die vermeintlich ewig wahre Lehre des Marxismus-Leninismus in der DDR erinnern.

Umso besser, dass jetzt die Vernunft wieder eine Chance hat.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Kann Wohnraum auf dem Lande die Probleme der Großstädte lösen? Seite 4

Kultur

Berlins Kupferstichkabinett widmet sich Frauen der italienischen Kunstwelt Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Königsberg liefert ein privater Investor eine Farce um öffentliche Toiletten Seite 13

Reise

Unterwegs in Belgrad – dem geschichtsträchtigen Tor zum Balkan Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Sturm aufs Eigenheim Mit dem Gebäude-Energie-Gesetz will die Ampelregierung ihre gesetzten Klimaziele vorantreiben. Die Zeche für die unrealistischen Ziele der Politik sollen die Verbraucher zahlen

Hausbesitzern droht die Verarmung

Die energetische Sanierung eines Eigenheims ist kostspielig – Förderprogramme reichen nicht aus

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Gerade hatten die Deutschen den Schock über die explodierenden Heizkosten einigermaßen verdaut und auf Erleichterung durch den Preisdeckel für Energielieferungen gehofft, da folgt auch schon der nächste Hammer: Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck plant offenbar ein Verbot für neue Öl- und Gasheizungen ab dem kommenden Jahr. Die Grünen bevorzugen selbst für Bestandsimmobilien den Einbau von Wärmepumpen-Heizungen, obwohl diese Heizungen bereits in die Kritik geratenen sind, weil nicht unbedingt umwelt- und gesundheitsfreundlich, und ein Einbau gar nicht überall möglich ist.

Habecks Pläne haben für einen handfesten Koalitionsstreit gesorgt. Dem Minister war die Verärgerung darüber, dass die Pläne durchgestochen wurden, deutlich anzusehen. Angesichts der hohen Wellen, die das Thema in der Öffentlichkeit schlug, sprach Finanzminister Christian Lindner (FDP) von einem finanziellen Luftschloss und sagte: „Die aktuellen Ideen sind nicht realistisch und gehen weit über die Verabredungen der Koalition hinaus.“ So sei nicht verabredet worden, sich nur auf eine einzelne Technologie zu verpflichten.

„Faktische Enteignung“

Günter Krings, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, kritisiert das geplante Heizungsverbot, das viele Eigenheimbesitzer faktisch enteignen werde. Das könne die CDU nicht zulassen: „Ein Eigenheim ist das Wertvollste, das sich Menschen anschaffen ... Menschen dürfen nicht aus ihrem Zuhause getrieben werden.“

Der Verfassungsexperte Volker Bohme-Neßler hält das geplante Verbot von Öl- und Gasheizungen für eine verfassungswidrige Einschränkung der Eigentumsgrundrechte. Auch andere Experten halten Habecks Pläne für unverhältnismäßig und sehen die Zumutbarkeitsschwelle überschritten.

Erst 15 Monate im Amt, hat die Ampelkoalition den Bürgern schon viel zugemutet: Zuerst die drastischen Preissteigerungen für Energie, nicht nur wegen des Ukrainekriegs, sondern auch wegen des Aus-

stiegs aus Kohle und Kernkraft. Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung gegen ein Verbrennerverbot für neue Benzin- und Dieselfahrzeuge ist, sollen (außer E-Fuels) ab dem Jahr 2035 keine Verbrenner mehr neu zugelassen werden. Und dann kommt das Heizungsverbot, von dem rund 30 Millionen Haushalte betroffen sind.

In der Praxis trifft es solche Bürger, die für den Traum vom Eigenheim oft jahrelang geschuftet haben. Zudem haben sie durch ihren Beitrag zu den Sozialleistungen zum Aufbau des Wohlfahrtsstaats Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Vor allem Rentner, die von den Zwangsmaßnahmen einer ideologiesteuerten Politik getroffen werden, sind von der Verarmung bedroht wie der Rentner Herbert Schneider. Er bewohnt mit seiner Frau eine kleine Doppelhaushälfte in einem Dorf außerhalb Hamburgs. Im Januar erhielt er die Heizkostenabrechnung seines Gasanbieters: Neben einer kräftigen Nachzahlung für das Jahr 2022 sollte er künftig einen Monatsabschlag von 900

Euro zahlen. Seine Rente beläuft sich aber nur auf 1200 Euro. Eine energetische Sanierung seines Hauses kann er sich nicht leisten. Laut Verbraucherzentrale sind die Förderprogramme des Staats recht undurchsichtig und reichen nicht aus, die Preissteigerungen abzufedern.

Gerade Eigentümer älterer Immobilien trifft das geplante Gebäude-Energie-Gesetz der Regierung hart. Viele Menschen könnten ihre Häuser verlieren, wenn sie gezwungen werden, energetische Sanierungen in Höhe eines fünf- oder sechststelligen Eurobetrags vorzunehmen. Der Preis für eine herkömmliche Heizung liegt bei zirka 7000 Euro, eine Wärmepumpenheizung kostet dagegen 20.000 Euro. Laut Energieberatern ist es bei älteren Immobilien zudem meist nicht mit dem Einbau einer neuen Heizung getan. Oft steht eine Komplettisanierung an. Kommen eine neue Dacheindeckung, neue Fenster und Wärmedämmung hinzu, könnten die Kosten schnell auf 60.000 bis 100.000 Euro steigen.

Es trifft allerdings auch junge Familien, die wegen des Mangels an bezahlbarem Wohnraum in den Städten in die Randgemeinden gezogen sind. Ihr Traum vom Eigenheim könnte zum Albtraum werden, wenn die Nebenkosten weiter steigen und das herkömmliche Auto weiter stigmatisiert wird. In der Vergangenheit hat die Politik von Arbeitnehmern verlangt, immer weitere Wege zur Arbeitsstelle in Kauf zu nehmen. In den Ausbau der Infrastruktur wurde jedoch kaum investiert.

Die Folge ist, dass gerade im ländlichen Raum fehlende oder spärlich vorhandene öffentliche Verkehrsangebote den Arbeitsweg für Pendler, von denen es in Deutschland 13,7 Millionen gibt, erschweren. Für den Umstieg aufs Fahrrad sind die Strecken in der Regel zu weit und das Radwegnetz zu dürftig ausgebaut. Homeoffice ist nicht für alle Berufe möglich. Für Eltern, die ihre Kinder nach der Arbeit aus der Kita abholen müssen, ist dies mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum möglich.



Die Energiewende könnte Millionen von Hausbesitzern teuer zu stehen kommen: Laut Plänen von Wirtschaftsminister Robert Habeck soll es ab 2024 ein Verbot für neue Öl- und Gasheizungen geben

Fotomontage: imago/McPhoto

FOLGEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Grün-linke Ideologie verhindert Wachstum

Festhalten an unfinanzierbaren Plänen statt vernünftiger Lösungen – Unternehmer und Arbeitnehmer haben das Nachsehen

Ein Eigenheim genießt in Deutschland ein hohes Ansehen, gilt es doch als wichtige und stabile Säule der Altersvorsorge. Der Angriff aufs Wohneigentum, wie ihn linke Politiker planen, könnte die Ampelkoalition vor eine Zerreißprobe stellen.

Finanzminister Christian Lindner hält die Umsetzung grüner Pläne für nicht finanzierbar. Es helfe nichts, wenn die Regierung die Standards für Klima-, Schall- und Brandschutz weiter erhöhe, um die Folgen dann „wegzusubventionieren“. SPD und Liberale halten die aktuellen Pläne des Wirtschaftsministeriums für zu unflexibel und warnen vor einer Überforderung der Hauseigentümer. Die FDP will statt auf Verbote zu setzen, marktwirt-

schaftliche Anreize schaffen mit Technologieoffenheit und sozialer Unterstützung.

Wirtschaftsweise sehen in Habecks Heizungsplänen gar einen „Baustein für das Scheitern von Klimaschutz“. Weitere Kritiker halten die ideologiesteuerte Politik der Grünen für wachstumzerstörend und nicht finanzierbar.

Trotz aller Kritik halten linke Ideologen an ihren Umformungsplänen der Gesellschaft fest. Beispielsweise beim Beharren auf der Förderung der Elektromobilität. Auf Biegen und Brechen sollen die Städte frei von Verbrennerautos werden. Die Frage, wo der Strom für all die Wärmepumpen, Elektroautos und den AKW-Ersatz an kalten Wintertagen herkommen

soll, bleibt bislang unbeantwortet. Die Warnung der Energieversorger, dass sie gar nicht in der Lage sind, ohne AKW so viel Strom zu produzieren, verhallt im Wind.

Durch die CO₂-Abgabe wird Heizen mit Öl und Gas auch ohne Verbote sukzessive teurer, das betrifft auch die Spritpreise, womit wiederum Pendler gebeutelt werden wie durch das in immer mehr deutschen Großstädten eingeführte Anwohnerparken.

Das Parken auf öffentlichen Straßen ist derart eingeschränkt, dass Firmen, die in solchen Zonen ihren Sitz haben, drastische Einschränkungen in Kauf nehmen müssen, sofern sie nicht über Stellplätze verfügen. Gewerbetreibende können vor ihren Büros

oder Geschäften nicht mehr parken. Ausnahmen gibt es in Hamburg beispielsweise nur für Schichtarbeiter und für Handwerker gegen eine Gebühr von 250 Euro pro Jahr. Kommt hinzu: Wenn für Pendler der Weg zur Arbeit in der Stadt zu beschwerlich und teuer wird, müssen diese Firmen um den Verlust der Arbeitskräfte bangen. Da dürfte auch die Erhöhung der Pendlerpauschale wenig bringen.

Obwohl der Wohnraum in Ballungsgebieten so knapp ist und die Regierung ihre Wohnungsbaupläne nicht umsetzen kann, sondern durch immer mehr Zuwanderung der ohnehin knappen Mietwohnraum zusätzlich verknappt wird, wollen linke Ideologen ihre Ideen auch bezüglich eines Ver-

bots vom Eigenheimbau in Städten umsetzen. Weil diese zu viel Platz wegnähmen, hat die Stadt Hamburg im Stadtteil Langenhorn schon 2021 ein Bauverbot von Einfamilienhäusern verhängt.

Damit zeigten SPD und Grüne „sichtbar für jeden ihre grundsätzliche Abneigung gegenüber Eigentum ... Sie verbieten ... den Menschen den Traum vom Eigenheim“, so der Landesvorsitzende des Wirtschaftsrats in Hamburg, Henneke Lütgerath. Angesichts steigender Kosten für eine Immobilie droht zudem der Baubranche in diesem Jahr ein deutlicher Einbruch. Das bedeutet, dass in absehbarer Zeit auch kaum neue Mietwohnungen entstehen dürften

STEUERN

In günstigen Ländern wird mehr gebaut

In Deutschland fehlen derzeit etwa 700.000 Wohnungen. Die Bundesregierung hatte sich zwar im Koalitionsvertrag dazu verpflichtet, jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen zu errichten, doch dieses Ziel wurde im vergangenen Jahr verfehlt. Steigende Zinsen und teure Baumaterialien sowie Lieferengpässe machen Bauen in Deutschland derzeit unattraktiv.

In einer Studie hat sich das Institut für Wirtschaft (IfW) damit auseinandergesetzt, wie sich die Grunderwerbsteuer auf die Immobilienbranche auswirkt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Senkung dieser Abgabe die Bautätigkeit ankurbeln könnte. Laut der Studie könnte eine Absenkung der Grunderwerbsteuer zu vermehrtem Wohnungsbau in der Privatwirtschaft führen.

Den Steuersatz können die Bundesländer selbst festlegen. Laut Studie fällt auf, dass in Ländern mit niedriger Grunderwerbsteuer – Bayern und Sachsen (bis 2022) haben ihre Sätze bei 3,5 Prozent belassen, während alle anderen Bundesländer zwischen fünf bis 6,5 Prozent erheben – mehr Bauinvestitionen getätigt werden. In Bayern waren sie zwischen 2011 bis 2020 durchschnittlich um acht Prozent und in Sachsen um elf Prozent höher als im Bundesvergleich. Laut der Analyse kommen niedrigere Steuern die Länder zudem günstiger zu stehen, als über höhere Grunderwerbsteuersätze staatliche Neubauten im gleichen Umfang zu finanzieren. Der Einfluss niedriger Steuern auf den Immobilienhandel sei bekannt, sagt Studienautor Jens Boysen-Hogrefe: „Offenbar ist eine Reduktion der Grunderwerbsteuer aber auch ein effizientes Mittel, um speziell den Wohnungsbau voranzutreiben und könnte der Bauwirtschaft in Zeiten steigender Zinsen und Preise aus der Krise helfen.“

Es gab bereits Pläne, die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie komplett fallen zu lassen sowie Kaufnebenkosten, Darlehenszinsen für selbst genutzte Immobilien von der Steuer abzugsfähig zu machen.

MRK

West-östliche Begriffsverwirrungen

Seit der Einheit von 1990 war es das Ziel westdeutscher Politiker, die „Ostdeutschen“ in die „westliche Wertegemeinschaft“ zu überführen. Damit verkannten sie das Selbstbewusstsein ihrer Landsleute – und zeigten eine Unkenntnis der eigenen Geschichte

VON EBERHARD STRAUB

Die Bundesrepublik ist der erste deutsche Staat, der sich nach Deutschland nennt, nach einem geographischen und kulturellen Begriff. Es gab aber immer Deutsche. Sie lebten die längste Zeit im Heiligen Römischen Reich, dann kurzfristig zwischen 1815 und 1866 im Deutschen Bund und anschließend im Deutschen Reich ab 1871 in dessen drei verschiedenen Gestalten. Sie verstanden sich vorzugsweise nach ihren Landschaften und Stämmen als Schwaben, Franken, Sachsen, Pommern oder Preußen, aber nie als West- oder Ostdeutsche. Die einzigen, die mit ihrem Namen auf ihren östlichen Lebensraum – ein Wort Goethes und nicht der Nationalsozialisten – hinweisen, sind die Österreicher, die allerdings höchst erstaunt wären, als Ostdeutsche behandelt zu werden. Ein tatsächlich immer wieder besprochener Unterschied war der zwischen Nord und Süd, wie bei den meisten Völkern in Europa. Die heute bis zum Überdruß betonte Teilung zwischen West und Ost hat nichts mit Geographie und Kultur zu tun, sondern mit Politik und westdeutscher Gedankenlosigkeit.

Flucht aus der Geschichte

Diese ist eine anhaltende Folge des Kalten Kriegs, der Europa jahrzehntlang in zwei ideologische Blöcke auseinanderriss. Schon früh sahen die Organisatoren der Bundesrepublik, in engster Absprache mit den westlichen Siegermächten, die besondere Würde ihres Deutschlands darin, „Westdeutschland“ zu sein, zum Westen als Heilgemeinschaft zu gehören, die materielle und geistige Werte schafft und verbreitet. Die deutsche Geschichte und Nation galten als wertlos, nachdem am 25. Februar 1947 die Sieger den Staat Preußen als den angeblichen Träger des Militarismus und der Reaktion verdammt hatten. Die Rechtfertigung der Bundesrepublik bestand darin, beflissen Preußen zu verscharren und sich damit von der Nation, wie sie unter Preußens Mitwirkung 1871 gebildet worden war, zu entfernen. Die Nation wurde zum auslaufenden Modell erklärt und „Nie wieder eine deutsche Nation“ zur Devise des neuen Rheinbundes, der um Bonn gescharten Einwohner von Trizonesien, der drei westlichen Besatzungszonen.

Ein historisch-kultureller Begriff von Deutschland erübrigte sich unter solchen Voraussetzungen. Der Ratschlag Goethes und des Historikers Johannes von Müller unter dem Eindruck der fürchterlichen Niederlage Preußens im Jahre 1806, sich vertraut zu machen mit großen, vaterländischen Gedanken und alles zu verbannen, was den Aufschwung lähmt, wurde nicht weiter beachtet.

Der Westen galt nun als die rettende Idee, die Aufschwung verhieß. Im Westen, als Wunder und Segnungen verheißender Macht, erlösten sich die Westdeutschen von Deutschland und dem Fluch, ein Deutscher zu sein. Sie reisten kreuz und quer durch Westeuropa, trieben Allotria bei Speis und Trank und kamen sich dabei ungemein *westlich* und *westeuropäisch* vor. Was sie stolz machte, war die Deutsche Mark. Wertbewusst, wie sie geworden waren, verhehlten sie ihren Stolz auf diesen Wert überhaupt nicht, der sie viele Verluste vergessen machen sollte. Eine Vorstellung von Deutschland, deutscher Geschichte und deutscher Kultur verdunstete rasch, was bei der allseits betriebenen Erziehung zur Verwestlichung nur begrüßt werden konnte. Die Lustlosigkeit, sich mit der eigenen Geschichte zu beschäftigen oder sie in „transnationale Modelle“ einzufügen, sollte allerseits beruhigend wirken, dass Westdeutsche keine Revanchisten sind und wahre Menschen unter den Mitmenschen im Westen sein wollten.



„Wessis“ im „Osten“: Das Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Deutschen Nationaltheater in Weimar erinnert daran, dass Deutschland weitaus älter ist als die Bundesrepublik – und dass der „Osten“ alles andere als rückständig ist Foto: pa

Die Westdeutschen waren seitdem nur noch Europäer. Sie waren jedoch die einzigen, die in diesem Europa keine Geschichte hatten, und deshalb auch keine Vorstellung von Europa, die mit den mannigfachen Geschichten und Verschiedenheiten des Kontinents zusammenhängt. Europa war für sie ein Einkaufsparadies mit „Grabbeltischen“ für Schnäppchenjäger. Statt der Geschichte gab es für die Westdeutschen nur „Vergangenheit“, die belästigte und durch unermüdete Bewältigung vielen, sonst brotlos gebliebenen, Akademikern als gewissenhaften Orientierungshelfern bei der Verwestlichung ein paar Deutsche Mark und Anerkennung verschaffte. Auch die Vergangenheitsbewältigung und moralische Rüstungsindustrie erwies sich als dauernde Wachstumsbranche und als wertvoll.

Der Schreck von 1989

In dieser Bonner Idylle mit ihren dem Lebensernst entgrenzten Räumen brach Panik aus, als im November 1989 aus der DDR ein Rückruf in die Geschichte und die Wirklichkeit erschallt: „Wir sind ein Volk.“ Gerade das wollten die Westdeutschen unter gar keinen Umständen sein, die vielmehr gelernt hatten, dass Volk und Gemeinschaft „reaktionär“ und antiwestlich wären, und die sich daher als „Gesellschaft“ begriffen und an deren Strukturen bastelten.

Und was für ein Volk, was für Leute waren schon diese vom Westen nur ganz unzulänglich berührten Provinzler in der DDR? Sie waren so gar nicht weltläufig, waren unelegant, schreckenerregend geschmacklos, ganz und gar uneuropäisch, deutsch im trostlosesten Sinn. Wie weit hatten es doch die Bundesrepublikaner gebracht bei der zähen Bemühung, alle Spuren deutscher Unbeholfenheit hinter sich zu lassen und leicht und locker zu werden wie die westlichen Lebenskünstler! Mit denen dort drüben konnte man keinen Staat machen wegen des Mangels einer „Zivilgesellschaft“. In Leipzig und Dresden gingen aufgeregte Massen auf die Straßen, im

Westen war man peinlich berührt. Besonnene Westdeutsche blieben zu Hause, statt mit Volksaufläufen lautstark eine Wiedervereinigung zu fordern. Das Verlangen nach nationaler Einheit oder Einigkeit beschränkte sich auf die DDR. In der Bundesrepublik gab es hingegen sogleich hektische Bemühungen, alte Besitzstände zu wahren und Westdeutschland vor Veränderungen zu schützen. In den offiziellen Beteuerungen äußerte sich vor allem die Angst „der Bonner“ um ihr Westdeutschland und vor einem anderen, neuen Deutschland.

Für sie gab es nur Westdeutschland. Sofern es überhaupt noch Deutsche geben sollte, deren Herz aber in europäischer Verantwortung schlagen müsse und im rhythmisch gleichen Takt mit der transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft, dann konnten es nur Westdeutsche sein, andere Deutsche vermochte sich ein geistiger Bonner gar nicht vorzustellen. Eine Wiedervereinigung gleichberechtigter Teilstaaten aus den Überresten des Deutschen Reiches wurde von vornherein vermieden. Man sprach im Westen von Vereinigung zweier Staaten, als hätte es nie eine lange, gemeinsame Geschichte der Deutschen gegeben, von der sich allerdings die Westdeutschen beflissen verabschiedet hatten.

Vereinigung ohne innere Einheit

Und so trat die DDR 1990 in die Bundesrepublik ein, die von nun an alles daransetzte, aus dem „Beitrittsgebiet“ einen Westen zu machen. Denn mit dem Beitritt der DDR wäre „Deutschland“ größer geworden, wie es immer wieder hieß. Ganz offensichtlich war die frühere DDR, immerhin ein deutscher Staat, kein Teil Deutschlands und konnte dazu nur unter westdeutscher Anleitung werden. Damit begannen die Schwierigkeiten, dass es zwar eine erweiterte Bundesrepublik gibt, aber kein „Deutschland, einig Vaterland“.

Unter welchem Namen ließ sich die frühere DDR in die BRD integrieren? „Beitrittsgebiet“ galt selbst Bürokraten als allzu prosaisch, außerdem verdeutlichte dieser Aus-

—
Eine Wiedervereinigung gleichberechtigter Teilstaaten aus den Überresten des Deutschen Reiches wurde von vornherein vermieden. Man sprach im Westen von Vereinigung zweier Staaten, als hätte es nie eine lange, gemeinsame Geschichte der Deutschen gegeben

druck ganz unverhohlen, dass die Beigetretenen und alsbald Betretenen sich zu fügen und sich einzupassen hatten. Bonner schlugen deshalb vor, von „jungen“ oder „neuen Ländern“ zu reden. Allerdings waren Thüringen, Sachsen, Mecklenburg oder Brandenburg alte, ehrwürdige deutsche Länder und Herrschaften. Dort war und ist man stolz auf die eigene Geschichte und hielt es für blanken Hohn, als junge und noch nicht reif gewordenen Länder allmählich erwachsen werden zu sollen unter Anleitung westdeutscher Entwicklungshelfer, die sie verwestlichen und zu Westdeutschen umerziehen sollten.

Goethe hatte nach der Auflösung des alten Reiches sowie der Katastrophe Preußens und Norddeutschlands 1806 gemahnt, mit einer geistigen Bewegung auch im besetzten Land Mut und Kraft zu gewinnen, um später zu einer neuen, jedoch den Zusammenhang mit der Geschichte wahren Form deutscher Einigkeit zu finden. Er erinnerte an die Bedeutung Leipzigs, Dresdens, Jenas und Weimars für das gesamte Deutschland vor dem großen Zusammenbruch und war sich sicher, dass von dort aus, wie früher, wichtige Anregungen kommen würden, um sämtliche Deutsche aus der Resignation zu befreien und zu befähigen, aufgrund geistiger Gemeinsamkeiten auch wieder zu politischer Eintracht zu gelangen. Solche historisch-kulturellen Überlegungen lagen den Westdeutschen ganz fern. Die Vereinigung durfte schließlich keine das Gemüt beschäftigende Angelegenheit sein, sondern war für sie eine Frage der Finanzierung, der Kosten und des Nutzens.

Die Erfindung „Ostdeutschlands“

Das Gebiet war heruntergewirtschaftet, eben verrotten wie alles im Ostblock. Es musste vollständig entkernt und umgebaut werden, um es dem Erfolgsmodell Deutschland anzupassen, das die Bundesrepublik so liebenswürdig und weltfremd verkörperte. Der Ostblock war in Europa verschwunden, und in der erweiterten Bundesrepublik kam es zu einem Ostblock wegen westlicher Geschäftigkeit. Was einst die „Ostzone“ war, lebte nun als „Osten“ oder „Ostdeutschland“ auf, und die westdeutschen Sinnstifter und Entwicklungshelfer merkten rasch, dass sie lange und viel zu tun haben würden.

Vor allem beunruhigte es Westdeutsche sehr, dass die „Ostdeutschen“ sich einfach als Deutsche begriffen und überhaupt nicht einsehen wollten, was daran verkehrt sein sollte. Die Erbpflege war nie vernachlässigt worden, also die Kultur und deren Zeugnisse mit dem Sozialismus in Verbindung zu halten. Weimar und die Goethezeit waren in der DDR immer wieder beschworen worden, um dem sozialistischen Deutschland eine umfassende Rechtfertigung zu verleihen über die Philosophie von Hegel, Marx und Engels hinaus, die ja keineswegs ein Ostprodukt war. Internationalismus und zu ihm gehörenden Humanismus brauchten die sogenannten „Ostdeutschen“ nicht erst zu lernen. Deshalb erkannten sie auch keinen Vorzug darin, Westdeutsche zu werden. Sie wollten bleiben, was sie waren – nämlich Deutsche mitten in Europa.

Es waren die Westdeutschen, die Deutschland nach 1989/90 spalteten. Als Mängelwesen erwies sich weniger der ungehobelte „Ossi“, sondern allzu oft der phantasielose Westdeutsche, der in seiner westlichen Wertegemeinschaft gefangen nur sich und seinesgleichen anerkennt, unvertraut mit der Geschichte der eigenen deutschen Nation – so wie auch der Geschichte Europas.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“ (Landt Verlag 2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (Klett-Cotta 2014). www.eberhard-straub.de

MELDUNGEN

Strafanzeige gegen Ramelow

Erfurt – Die AfD-Fraktion im Erfurter Landtag hat Strafanzeige gegen den amtierenden thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Linkspartei) gestellt. Dabei geht es um den Verdacht der Untreue. Dieser ergibt sich aus einem Sonderbericht des Landesrechnungshofes vom 13. März über das Vorgehen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung bei der Einstellung von leitenden Beamten und Staatssekretären. Dem Papier zufolge sei hierbei „systematisch und schwerwiegend“ gegen geltendes Recht verstoßen worden. Zum einen habe man die betreffenden Personen oftmals ohne die nötige Ausschreibung eingestellt und zum anderen auch nicht nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung ausgewählt. Für die AfD handelt es sich bei alledem um „Vetternwirtschaft“, die neben der politischen gleichermaßen eine strafrechtliche Aufarbeitung erfordere. Ansonsten drohe das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat verlorenzugehen. W.K.

Angriff auf Hundestaffel

Ottendorf-Okrilla – „Klimaschützer“ haben in Ottendorf-Okrilla im sächsischen Landkreis Bautzen eine Rettungshundestaffel der Johanniter-Unfall-Hilfe angegriffen. Nach Angaben der Dresdner Staffelführerin Kristin Stäudel seien die vier Täter unbefugt auf das private Übungsgelände vorgegriffen, wonach sie einen der Hunde beim Suchtraining abfangen und zeitweilig in ihren Besitz brachten. Sie beleidigten die ehrenamtlichen Helfer und drohten: „Jetzt seid ihr dran. Wir werden eure scheiß Dieselkarren zu Schrott schlagen.“ Es folgte ein Wettlauf zu den Fahrzeugen mit den übrigen Hunden, der dann jedoch abrupt endete. Dennoch besteht die Gefahr, dass die Tiere durch den Vorfall traumatisiert wurden und ihre zwei bis vier Jahre dauernde aufwendige Ausbildung umsonst war. Nun ermittelt das Polizeirevier Kamenz gegen drei Männer und eine Frau wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. W.K.

Immer mehr Medikamente

Berlin – Der Medikamentenkonsum in Deutschland ist zwischen 2010 und 2020 um 20 Prozent gestiegen. Das geht aus dem AOK-Arzneimittelkompass hervor. Zuletzt nahm jeder Bundesbürger im Durchschnitt über 1,5 Medikamente pro Tag ein. Im gleichen Zeitraum wuchs der Umsatz der Pharmaindustrie von 30,2 auf 49,5 Milliarden Euro pro Jahr. Deswegen mussten die gesetzlichen Krankenkassen insgesamt 52 Milliarden Euro mehr für Medikamente zahlen. Die Bundesrepublik ist nun der viertgrößte Pharmamarkt weltweit nach den USA, China und Japan, obwohl sie bei der Bevölkerungszahl nur an 19. Stelle steht. Der hohe Medikamentenkonsum führt vor allem bei Personen im Alter von über 65 Jahren zu spürbaren Risiken. Rund acht Prozent aller Notfallpatienten in Kliniken werden wegen Arzneimittel-Nebenwirkungen eingeliefert. Das verursacht weitere Kosten in Höhe von 2,5 Milliarden Euro und führt zu Zehntausenden Todesfällen pro Jahr. W.K.



Weit ab vom Schuss: Wohnungsangebot in Altötting, 90 Kilometer östlich von München

Foto: Mauritius

WOHNUNGSMANGEL

Landleben als Rettungsanker

Viele leerstehende Wohnungen – SPD wirbt für Umzug in den ländlichen Raum

VON HAGEN RITTER

Steuert die Politik nicht massiv dagegen, dann droht in vielen deutschen Städten in den kommenden Jahren eine Zuspitzung beim Wohnungsmangel und auch ein weiterer Anstieg der Kosten für das Wohnen.

Angesichts einbrechender Neubauzahlen versucht die Politik nun, Städter den Umzug in den ländlichen Raum schmackhaft zu machen. Laut Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) gibt es in Deutschland schätzungsweise 1,7 Millionen Wohnungen, die leerstehen. Der überwiegende Teil davon befindet sich im ländlichen Raum, so die Ministerin gegenüber der Funke-Mediengruppe. Im Deutschlandfunk verkündete Geywitz zudem, es werde unserem Land guttun, „wenn wir uns nicht nur auf die Ballungszentren konzentrieren“. Der SPD-Politikerin scheint bewusst zu sein, dass ihr Plan Schwachstellen hat. Geywitz wies nämlich selbst darauf hin, dass im ländlichen Raum der öffentliche Nahverkehr

und die Digitalisierung verbessert werden müssen.

Inzwischen hat auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund einen Umzug aufs Land empfohlen. Angesichts der Wohnungsnot in den Metropolen sei dieser Schritt sinnvoll. Allerdings sprach der Verband nur von 1,3 Millionen marktfähigen Wohnungen, die insbesondere in ländlichen Regionen ohne Bewohner seien. Auch der Städte- und Gemeindebund mahnte Verbesserungen bei den Verkehrsverbindungen in ländlichen Regionen an, etwa durch neue oder reaktivierte Bahnstrecken.

Verkehrsverbindungen verbessern

Städtetagschef Gerd Landsberg warnte zugleich, dass der Bedarf an Wohnungen, insbesondere in den Metropolregionen, ungebremst weiter steigt. Keine Hilfe stellt aus Sicht des Städtetagschefs in dieser Lage der Ruf nach immer günstigeren Mieten oder sogar nach einer Verstaatlichung von Wohnungsbaugesellschaften.

Tatsächlich können die Versuche, den Menschen nun das Landleben schmackhaft zu machen, als Beleg für ein umfassendes Scheitern der bisherigen Wohnungsbaupolitik der Ampelregierung gesehen werden. Zum Start ihres Regierungsbündnisses hatten SPD, Grüne und FDP den Bau Hunderttausender Wohnungen versprochen.

„Wenn die Politik jetzt nicht gegensteuert, laufen wir sehenden Auges in einen Wohnungsnotstand“

Oliver Wittke
Hauptgeschäftsführer des
Zentralen Immobilien Ausschusses

Obwohl die hohen Zuwanderungszahlen den Bedarf an Wohnungen noch steigen lassen, hält die Bundesregierung ihr Versprechen zum Wohnungsbau nicht ein. Angekündigt hatten SPD, Grüne und FDP in ihrem Koalitionsvertrag den Bau von jährlich 400.000. Tatsächlich sind vergangenes Jahr in Deutschland aber nur 280.000 Wohnungen entstanden.

Angesichts gestiegener Zinsen und höherer Materialpreise rechnet die Bauwirtschaft für dieses Jahr sogar nur noch mit 245.000 neuen Wohnungen. Ein weiterer Einbruch der Zahlen zeichnet sich bereits ab. Reinhard Quast, der Präsident des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe, prognostiziert: „In 2024 wird sich die derzeitige Zurückhaltung bei den Investitionsentscheidungen noch deutlicher bei den Baufertigstellungen bemerkbar machen.“

Der Hauptgeschäftsführer des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), Oliver Wittke, warnt sogar: „Wenn die Politik jetzt nicht gegensteuert, laufen wir sehenden Auges in einen Wohnungsnotstand.“ Nicht nur wegen des immer größer werdenden Mangels an Wohnungen zeichnet sich auch bei den Mieten eine Verschärfung ab.

Eine jüngst im EU-Parlament beschlossene Richtlinie zu Energieeffizienzklassen bei Gebäuden bedeutet faktisch eine Sanierungspflicht für Millionen Gebäude in Deutschland. Von den Investitionskosten werden die Vermieter bis zu acht Prozent auf die Miete umlegen können. Bereits Ende vergangenen Jahres hatte der Deutsche Mieterbund vor Mieterhöhungen durch die erzwungenen Sanierungen gewarnt: „Den Vermietern entstehen durch die Sanierung erhebliche Kosten, die sie auf die Mieter umlegen werden“, so Mieterbund-Präsident Lukas Siebenkotten gegenüber der „Bild“-Zeitung. Die Wohnungswirtschaft hatte angesichts ausgelasteter Handwerksbetriebe und teurer Rohstoffe bereits im Vorfeld vor den Plänen der EU zu einer Zwangssanierung gewarnt: „Die Folge wird sein, dass die Baupreise explodieren. Denn die Bauherren müssen sich gegenseitig überbieten“, so Axel Gedaschko vom Bundesverband Wohnungswirtschaft.

Deutlich steigende Preise für Baustoffe und Handwerksleistungen durch die Gebäudesanierungen haben auch das Potential, Bauwilligen die Lust auf Wohnungsneubauten weiter auszutreiben. Schon seit dem Herbst vergangenen Jahres registriert das Statistische Bundesamt rasant sinkende Zahlen bei den Baugenehmigungen. Hinter diese Entwicklung stehen Bauherren, die Projekte erst einmal zurückhalten oder stornieren.

BAHNNETZ

Zu alt, zu störanfällig, zu wenig Kapazität

Eine Benotung der Bahnanlagen in Deutschland deutet auf einen katastrophalen Zustand hin

Am 14. März attestierte der Bundesrechnungshof der staatseigenen Deutschen Bahn AG (DB) eine „Dauerkrise“. So werde der miserable Zustand des Schienennetzes dafür sorgen, dass das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 den Personenverkehr per Bahn zu verdoppeln und den Bahnanteil beim Güterverkehr auf 25 Prozent zu erhöhen, unerreichbar bleiben. Wie schlimm es dabei im Konkreten um die Bahnanlagen steht, verriet kurz darauf ein detaillierter Bericht von Philipp Nagl, dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Bahn-Tochter DB Netz AG, welche für die Eisenbahninfrastruktur hierzulande verantwortlich zeichnet, an den Aufsichtsrat der DB.

In dem eigentlich vertraulichen Papier, dessen Inhalt aber in kürzester Zeit an die Presse gelangte, zeigt sich ein de-

primierendes Bild von dem insgesamt 33.288 Kilometer umfassenden Schienennetz der Bundesrepublik. Wie in Österreich und der Schweiz schon seit Längerem üblich, wurden nunmehr alle Brücken, Tunnel, Gleise, Oberleitungen, Bahnübergänge und Stellwerke mit Noten von Eins bis Fünf bewertet. Dabei steht eine Vier für „schlecht“ beziehungsweise „wesentliche Beeinträchtigungen“ und eine Fünf für „mangelhaft“. Im letzteren Falle drohen dann Störungen des Bahnbetriebs.

Laut Nagls Bericht erhielt ein Viertel aller Weichen die Noten Vier oder Fünf. Das gilt ebenso für mehr als jede zehnte Brücke und über ein Fünftel aller Oberleitungen. Und auch 23 Prozent der Gleise, 42 Prozent der Bahnübergänge und 48 Prozent aller Stellwerke bekamen nur

eine Vier oder Fünf. Doch damit nicht genug. Etwa ein Zehntel des Bahnnetzes gehört zur Klasse „hA“. Auf diesen Strecken fahren die meisten Züge. Allerdings sind gerade die Abschnitte mit der höchsten Auslastung in einer schlechteren Verfassung als das Gesamtnetz: Während dessen Notendurchschnitt bei 2,93 liegt, kommt der Bereich „hA“ nur auf 3,01.

Vergleicht man dieses Ergebnis mit dem Zustand des Bahnnetzes in den Nachbarländern Österreich und Schweiz, dann steht die bundesdeutsche Infrastruktur am Schlechtesten da. Zudem sind die stärker frequentierten Strecken jenseits unserer Grenzen anders als in der Bundesrepublik deutlich besser erhalten als die übrigen Abschnitte. Daher lautet Nagls Fazit: „Das deutsche Schienennetz ist in Teilen zu alt, zu störanfällig und bie-

tet zu wenig Kapazität.“ Daran zeige sich die „Unterfinanzierung des Schienennetzes“ in Deutschland: „Bisherige Investitionsmittel waren nicht ausreichend.“ Um diese Misere zu beenden, brauche es einen „radikalen Kurswechsel“ bei der Bahn, der die „schnelle und umfassende Generalsanierung“ ermögliche.

Den dafür notwendigen Finanzbedarf beziffert Nagl auf etwa 89 Milliarden Euro. Und tatsächlich teilte der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Volker Wissing (FDP), nach Bekanntwerden des Berichtes mit: „Bis zum Jahr 2029 stellt der Bund der Bahn insgesamt 86 Milliarden Euro für Sanierung und Instandhaltung zur Verfügung.“ Allerdings bleibt offen, inwieweit dieses Versprechen dann auch tatsächlich eingelöst werden kann.

Wolfgang Kaufmann

WIRTSCHAFT

Dunkle Wolken über Tesla

Kritik am US-Autobauer in Brandenburg wächst – Auch Landespolitik trifft auf zunehmende Skepsis

VON HERMANN MÜLLER

Der US-Autobauer Tesla hat erst im März 2022 seine Produktion in Grünheide bei Berlin aufgenommen. Doch nur knapp ein Jahr nach dem Produktionsstart in Brandenburg treibt Tesla-Chef Elon Musk nun bereits die Erweiterung des Werkes voran. Derzeit werden in Teslas erster europäischer Fabrik pro Woche 5000 Fahrzeuge hergestellt. Durch eine erste Ausbaustufe will das Unternehmen die Zahl auf 10.000 pro Woche steigern. Das entspricht einem Jahresausstoß von rund 500.000 Autos.

Noch in diesem März hat Tesla beim Land einen Antrag zum weiteren Ausbau des Werkes gestellt. Zudem sicherte das Unternehmen beim Ausbau größtmögliche Transparenz zu. Diese Ankündigung kann als Reaktion auf wachsende Kritik an dem Unternehmen durch Anwohner und Naturschutzverbände gesehen werden. Der US-Konzern hat in den vergangenen drei Jahren durch nicht genehmigte Bauarbeiten auf seinem Werksgelände bereits mehrmals für Schlagzeilen gesorgt. Eine kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Steffen John (AfD) hat sechs Verstöße gegen das Bau- und Umweltrecht zutage gefördert. Wie aus der Antwort ebenfalls hervorgeht, musste Tesla für die Verstöße bislang allerdings nur etwa 19.000 Euro an Ordnungs- und Bußgeldern zahlen.

Euphorie für E-Autos wackelt

Grüne Liga, Nabu und der Verein für Natur und Landschaft haben Brandenburgs Landesregierung kürzlich wegen Zusagen an Tesla scharf kritisiert. Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hatte in einem Brief an Musk mit Blick auf die Ausbaupläne seine Unterstützung für die Versorgung mit Wasser und Strom zugesichert. Da aber Teile des Werkes in einem Wasserschutzgebiet liegen, sehen die Umweltverbände bereits in der bestehenden Anlage Risiken.

Generell hat die von der Landesregierung unterstützte Ansiedelung von Tesla am Standort Grünheide zu einer Entwicklung geführt, durch die das Verhältnis von Umweltverbänden und den in Potsdam mitregierenden Grünen abgekühlt ist. Möglicherweise sorgt Teslas Gigafabrik



Zahl der Beschäftigten soll von 10.000 auf 12.000 steigen: Montagehalle im Tesla-Werk bei Berlin

Foto: pa

langfristig sogar dafür, dass im Lager der Umweltverbände generell Elektroautos kritischer als bisher gesehen werden. Sehr anschaulich wird in Grünheide nämlich, dass die Produktion von E-Mobilen mit einem erheblichen Verbrauch von natürlichen Ressourcen einhergeht.

Fraglich ist auch, wie lange die durch Politiker geschürte Euphorie um E-Autos anhält. Bislang wurde der Absatz solcher Fahrzeuge in vielen Ländern massiv durch staatliche Subventionen angeheizt. Dies kann sehr wahrscheinlich kein Dauerzustand sein. Immer öfter weisen Experten zudem darauf hin, dass mit der wachsenden Zahl von E-Autos das Risiko einer Lücke bei der Stromversorgung wächst.

Für Skepsis bei Autofahrern können die immer wieder auftauchenden Meldungen über schwere Batteriebrände sorgen. Jüngst berichteten englischsprachige Medien über Ernüchterung bei Versicherungsgesellschaften. Diese sehen sich immer öfter mit Fällen konfrontiert, bei denen die Batterien von E-Autos nach Un-

fällen aus Sicherheitsgründen sehr kostspielig ausgetauscht werden mussten, obwohl sie nur leicht verformt waren. Vor diesem Hintergrund meldete ein Manager aus der Versicherungsbranche Zweifel an, ob es sich bei den E-Autos tatsächlich um ein besonders umweltfreundliches Produkt handelt. Denn die herausgenommenen Batterien müssen schließlich entsorgt werden.

Schwierige Suche nach Fachkräften

Noch wesentlich schneller kann auf Tesla eine Diskussion zukommen, bei der es um die Rolle als Arbeitgeber geht. Mit 10.000 Beschäftigten ist das Unternehmen inzwischen zum größten privaten Arbeitgeber in der Mark Brandenburg aufgestiegen. Im Zuge der ersten Ausbaustufe soll die Zahl der Beschäftigten in Grünheide auf 12.000 steigen. Dabei zeichnen sich allerdings Schwierigkeiten ab.

Wie der Sender rbb berichtet, hat der Konzern nämlich Probleme, Fachkräfte für sein Werk östlich der Millionenmetropole Berlin zu finden. Laut Recherchen

des rbb wendet Tesla wohl auch die aus den USA bekannte „Hire-and-Fire“-Strategie (zu Deutsch: Heuern und Feuern) in seinem deutschen Werk an. Das hieße, dass Tesla Beschäftigte kurzfristig einstellt, sich aber auch schnell wieder von ihnen trennt. Diese Art von Personalpolitik steht für eine hohe Fluktuation bei den Arbeitskräften.

Und noch eine weitere Entwicklung scheint geeignet, dem Ruf von Tesla als attraktivem Arbeitgeber zu schaden. Die IG Metall berichtete bereits im vergangenen Januar von zunehmenden Klagen über die Arbeitsbedingungen bei dem US-Unternehmen. Laut der Gewerkschaft sollen Misstrauen und Leistungsdruck die Stimmung im Tesla-Werk in Grünheide belasten. Zudem blieben in dem Werk die Arbeitsbedingungen hinter denen zurück, die bei den deutschen Autobauern herrschten. „Bei den Beschäftigten entsteht der Eindruck, dass sie den Preis für das hohe Tempo zahlen müssen“, so die Einschätzung der IG-Metall-Bezirksleiterin Irene Schulz.

EINWANDERUNG

Die „Migrationsbremse“ ist vom Tisch

Brandenburgs Koalition einigt sich im Streit um die Asylpolitik – AfD moniert: „Von Grund auf falsch“

Der Streit in der brandenburgischen Landesregierung um die explodierenden Asylsucherzahlen ist beigelegt, nachdem Innenminister Michael Stübgen (CDU) seine Hauptforderung, eine neue zusätzliche Außenstelle für Asylanten in Doberlug-Kirchhain einzurichten, zurückgezogen hat. Von seinen verbalen Warnungen, das Land werde „an einer Migrationsbremse nicht vorbeikommen“, ist nun nichts mehr zu hören.

Bereits 2022 kamen knapp 40.000 Asylsucher in die Mark. Für dieses Jahr sind weitere 26.000 prognostiziert. In den Erstaufnahmeeinrichtungen Eisenhüttenstadt, Frankfurt an der Oder und Wünsdorf wird die Zahl der Insassen kurzfristig von 5000 auf 8000 erhöht. Zudem werden Asylsucher ohne Bleibeperspektive nicht mehr auf die Landkreise und Kommunen verteilt. Dazu soll der Aufent-

halt in der Erstaufnahme von drei Monaten auf 24 Monate verlängert werden.

Obwohl nichts zur Reduzierung der Asylflut, die das Ausmaß des Jahres 2015 weit überstiegen hat, unternommen wird, sind die Grünen und die Linkspartei unzufrieden. Grünen-Fraktionschefin Petra Budke sieht die beschlossenen Maßnahmen „sehr kritisch“ und beanstandet, dass Innenminister Stübgen von „Asyltouristen“ spricht und CDU-Fraktionschef Jan Redmann die Asylverfahren an die EU-Außengrenzen verlegen will. Außerdem findet sie offenbar, dass, wer nun schon mal da ist, auch bleiben kann: „Abschiebungen bringen den Kommunen kaum Entlastung.“

Die Linkspartei schlägt in eine ähnliche Kerbe. Wer Waffen exportiere und die Meere leerfische, dürfe Flüchtlinge nicht zurückweisen, heißt es von dort. Links-

partei-Fraktionschef Sebastian Walter wörtlich: „Das Einzige, was bei Ihnen kollektiert, ist die Menschlichkeit.“ Das Land Berlin habe im vergangenen Jahr 10.000 zusätzliche Plätze für die Aufnahme von Flüchtlingen geschaffen, während Brandenburg noch den Standort Doberlug-Kirchhain habe schließen wollen. „Hören Sie auf, Angst zu machen. Die Menschen, die kommen nicht, um uns etwas wegzunehmen. Sondern sie kommen deshalb, weil wir ihnen etwas weggenommen haben, weil wir ihnen mit unserer Politik in Deutschland und Europa ihre Zukunft stehlen“, so Walter.

Anträge der Opposition abgelehnt

Überdies kritisiert er die andere Oppositionspartei: „Dass Sie von der AfD gleich blöde dazwischen lachen, das zeigt, dass Sie sich diese Schicksale nicht vorstellen

können“, so Walter. AfD-Fraktionschef Hans-Christoph Berndt warnt dagegen vor einer „Masseneinwanderung“: „Die deutsche Migrationspolitik ist von Grund auf falsch.“ Berndt fordert eine Umkehr. Daraufhin schimpften die anderen Parteien über Panikmache.

Die AfD-Anträge „Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Ausländer, Verlängerung der dortigen Verweildauer auf mindestens zwei Jahre und Reaktivierung der Abschiebehaft“ und „Entschließungsantrag: Masseneinwanderung stoppen – Abschiebeoffensive starten – sozialen Frieden wiederherstellen“ fanden im Landtag keine Mehrheit. Berndt sieht das Land vor großen Problemen: „Ich sehe nur eine zusätzliche Belastung.“ CDU-Fraktionschef Redmann kontert dagegen: „Wir stehen zu unserer humanitären Verantwortung.“ Frank Bücker

KOLUMNE

Gescheitert!

VON VERA LENGSELD

Es gibt sie noch, die guten Nachrichten. In Berlin ist der Volksentscheid für eine „klimaneutrale“ Stadt schon 2030, statt 2045, krachend gescheitert. Das benötigte Quorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten ist deutlich verfehlt worden. Auch von den 35 Prozent der Wähler, die zur Abstimmung kamen, votierte fast die Hälfte mit „Nein“. Das Zeichen ist deutlich: Auch im rot-rot-grünen Berlin gibt es keine Mehrheit für die sogenannte Klimapolitik.

Interessant dabei ist, dass die Stadt nicht unterschiedlich in Ost und West votierte, sondern sich die Ja-Stimmen in den Yuppie-Wohngemeinden massierten, zu denen auch ehemalige Ostbezirke wie Pankow gehören, wo es seit Jahrzehnten einen massiven Bevölkerungsaustausch zugunsten der Besserverdienenden gab. Die Außenbezirke stimmten mit Nein. Bemerkenswert ist, dass die Millionen, die der Klimainitiative unter anderem aus New York gespendet worden waren, keine Wirkung zeigten, obwohl die Stadt mit Wesselmännern, auf denen für ein „Ja“ geworben wurde, zugestraft wurde.

Nach der Abstimmung zeigten sich SPD und CDU „erleichtert“, weil die künftige schwarz-rote Regierung nun mehr Spielraum hat. Allerdings beteuerten sowohl Franziska Giffey für die SPD als auch Kai Wegner für die CDU, dass man am Klimaschutz festhalten und das Neutralitätsziel so schnell wie möglich erreichen wolle. Dass dies nicht realistisch ist, muss die Politik noch lernen.

Klimaneutralität bedeutet, dass keine Treibhausgase emittiert werden, die über jene hinausgehen, die durch die Natur aufgenommen werden. Dafür müssten die „klimaschädlichen“ Emissionen etwa von Autos, Flugzeugen, Heizungen, Kraftwerken oder Industriebetrieben um die 95 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Danach würde es Berlin und Deutschland, wie wir es kennen, nicht mehr geben.

MELDUNG

Pergamon schließt ganz

Berlin – Das Pergamonmuseum auf der Museumsinsel Berlin wird ab dem 23. Oktober komplett geschlossen. Erst im Jahr 2037, also in 14 Jahren, soll das Museum vollständig wiedereröffnet werden. Einzelne Abteilungen des Hauses sowie der Pergamonaltar, das Prunkstück des Museums, sollen hingegen in vier Jahren wieder zu besichtigen sein. Bereits seit 2013 ist das Gebäude eine Dauerbaustelle. Ursprünglich war vorgesehen, durch die Einteilung in zwei Bauabschnitte einzelne Abteilungen während der Sanierungsarbeiten geöffnet zu halten. Insbesondere die Behebung der Wasser- und Kriegsschäden erwiesen sich als derart kompliziert, dass man eine durchgängige Teilöffnung nicht mehr gewährleisten konnte. Die Baumaßnahmen, die etwa 1,5 Milliarden Euro betragen werden, umfassen unter anderem den Bau eines neuen, vierten Flügels sowie ein Verbindungsstück zum Bode- und Neuen Museum. tws

● MELDUNGEN

Windkraft tötet Wale

Washington – Patrick Moore, der 1971 zu den Mitbegründern der Umweltschutzorganisation Greenpeace gehörte, diese aber 1986 im Streit verließ, kritisiert seine früheren Mitstreiter in der „Washington Times“ für ihre Passivität beim Schutz der Wale. Seit 2016 führe das Unternehmen Vineyard Wind Sonaruntersuchungen des Meeresbodens vor der US-Westküste durch, wo insgesamt 1500 Offshore-Windkraftanlagen entstehen sollen. Infolgedessen seien mittlerweile 174 tote Buckelwale an Land gespült worden, was einem Anstieg der Sterblichkeit um 400 Prozent entspreche. Die Ursache liege darin, dass das Sonarprogramm die Kommunikation und Orientierung der Tiere störe und deren Fähigkeit zur Nahrungssuche beeinträchtige. Die angeblich klimafreundliche Windenergie fördere also die Ausrottung der Wale. Deshalb müsse Greenpeace hier entschieden intervenieren. Stattdessen tue die Organisation aber absolut nichts und verrate so ihre Ideale. W.K.

Tarnkappenjet Made in Turkey

Ankara – Die Türkei entwickelt derzeit einen eigenen Kampffluger der fünften Generation mit Tarnkappen-Technologie und extremer Manövrierfähigkeit, der ähnliche Eigenschaften haben soll wie die Modelle Lockheed Martin F-22 Raptor und F-35 Lightning II aus US-amerikanischer, Chengdu J-20 aus chinesischer und Suchoi Su-57 aus russischer Produktion. Wie die türkische Militär-Website SavunmaSanayiST meldete, absolvierte der Turkish Fighter Experimental (TFX) von Türk Havacılık ve Uzay Sanayii jetzt seinen ersten Rolltest am Boden mit laufendem Triebwerk. Der Jungfernflug der Maschine könnte noch in diesem Jahr erfolgen. Und für 2029 ist die Auslieferung der ersten zehn Serienmodelle an die türkische Luftwaffe geplant. Der Bau der TFX erfolgt in Reaktion auf die Entscheidung der USA, dem NATO-Partner Türkei keine F-35 zur Verfügung zu stellen, weil Ankara sich für den Kauf des russischen Boden-Luft-Raketensystems S-400 Triumpf entschieden hatte. W.K.

Gemeinsam mit Russen

Kopenhagen – Dänemark will einen entdeckten Gegenstand in der Nähe einer der Röhren der vor einem halben Jahr gesprengten Nord-Stream-Pipeline bergen. Bei dem Gegenstand handelt es sich um ein zylinderförmiges Objekt, bei dem es sich um eine Rauchboje handeln könnte, von der kein Sicherheitsrisiko ausgehe. Zu der Untersuchung an den Röhren hat das NATO-Land Dänemark das Unternehmen Nord Stream 2 AG, das russisch kontrolliert wird, eingeladen. Laut Angaben der dänischen Energiebehörde will Dänemark das beobachtete Objekt auf dem Grund der Ostsee nun gemeinsam mit russischer Beteiligung bergen und untersuchen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass Nord Stream 2 die Einladung bereits angenommen habe. Die Suche nach den Verantwortlichen an der Sabotage der Pipelines dauert an. MRK

VEREINIGTE STAATEN

Jagd auf missliebige Meinungen

Weitere Twitter-Dateien enthüllen, wie der soziale Dienst Nachrichten selektiert und manipuliert hat

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auch die 18. und 19. Folge der Veröffentlichung interner Dokumente des Kurznachrichtendienstes Twitter, der sogenannten Twitter-Files, zeigen mit voller Deutlichkeit, wie ein mächtiger Zensurindustrie-Komplex die Meinungsfreiheit in den USA und anderen westlichen Ländern zu untergraben versucht hat.

Diesmal dreht sich alles um das ultimative Beispiel für die Symbiose zwischen der US-Regierung, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen und Technologiekonzernen zum Zwecke der Eliminierung wahrheitsgetreuer Aussagen, nämlich das Virality Project (VP), wobei „Virality“ für die Informationsweitergabe in den Sozialen Medien steht, die sich wie Krankheitsviren schnell verbreiten können.

Geheimdienst mit involviert

Das VP ging Anfang 2021 aus dem „Wahlintegritätsprojekt“ (EIP) hervor, das an-

gebliche Falschmeldungen zulasten des Präsidentschaftskandidaten Joe Biden bekämpfen sollte. Angesiedelt waren sowohl das EIP als auch das VP bei der wissenschaftlichen Einrichtung für virtuelle Observation an der kalifornischen Stanford University, welche mit der Washington University und der New York University kooperierte.

Außerdem wurden im Rahmen des VP noch die Zentren für Krankheitskontrolle und -prävention, also dem US-Äquivalent des deutschen Robert-Koch-Instituts, das Medienanalyseunternehmen Graphika sowie das Digitale Forensische Forschungslabor der Washingtoner „Denkfabrik“ Atlantic Council ins Boot geholt. Darüber hinaus dürften aber auch Verbindungen zu den US-Geheimdiensten bestanden haben. So kam die Stanford-Forschungsleiterin Renée DiResta vom Geheimdienst CIA.

Den Unterlagen von Twitter zufolge traten die Verantwortlichen für das Virality Project am 5. Februar 2021 an den Kurznachrichtendienst heran, der sich

schon zwei Wochen später zu einer formellen Zusammenarbeit bereit erklärte.

Wie der Journalist Matthew Taibbi in der Folge 19 der Twitter Files enthüllt, taten sieben weitere große Medienplattformen das Gleiche, und zwar Facebook, Instagram, Google, YouTube, TikTok, Medium und Pinterest. Außerdem, so vermeldet Taibbi unter Berufung auf Aussagen des Stanford-Teams, hätte dieses später auch noch alternative Internet-Plattformen wie Gab, Parler, Telegram und Gettr einbeziehen können.

Unliebsame Wahrheiten

Die Kooperation lief so ab, dass Twitter und Co. Millionen von Nachrichten an das Virality Project sendeten, die dann mit Hilfe der Datenbank-Software Jira-Ticket-System überprüft und gegebenenfalls Zensurmaßnahmen unterworfen wurden. Dabei bestand der Zweck des Ganzen zweifelsfrei darin, Jagd auf unerwünschte, aber inhaltlich wahre Einträge zu machen sowie missliebige und dennoch legitime politische Meinungen zu

unterdrücken. Das widersprach zwar eigentlich den Twitter-Richtlinien, welche nur die Löschung „nachweislich falscher“ Informationen vorsahen, jedoch verpflichtete sich das Unternehmen im Februar 2021, auch „Wahrheiten, die zur Verunsicherung führen könnten“, wie Falschmeldungen zu behandeln. Und solche Wahrheiten gab es mehr als genug.

Hierzu zählten unter anderem Todesfälle von Prominenten im Zusammenhang mit einer Corona-Impfung, Nachrichten über verheerende Impfnutzenwirkungen und -komplifikationen, deutliche Belege für den Ursprung des Coronavirus aus einem von den USA mitfinanzierten chinesischen Forschungslabor, die anhaltende natürliche Immunität von Nichtgeimpften nach Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus sowie wissenschaftliche Beweise für die Unwirksamkeit oder Schädlichkeit von Lockdowns und anderen „Hygienemaßnahmen“.

Schwarze Listen erstellt

In dem Maße, wie kritische Nachrichten über die Corona-Politik und die Impfungen zur „Immunsierung“ gegen den neuartigen Erreger beim besten Willen nicht mehr unterdrückt werden konnten, weil sie lawinenartig anschwellen, radikalisierten sich die Verantwortlichen für das Virality Project. So forderten sie im April 2022 die Schaffung eines „Gerüchte-Kontrollmechanismus zur Bekämpfung landesweit verbreiteter Narrative“ sowie eines „Exzellenz-Zentrums für Fehlinformation und Desinformation“ unter dem Dach der Behörde für Cyber- und Infrastruktursicherheit des US-Heimatschutzministeriums.

Außerdem erstellten die VP-Mitarbeiter Schwarze Listen von Personen, deren Aussagen von vornherein ungeachtet ihres jeweiligen Inhaltes als Lüge einzustufen waren. Desgleichen wurde nun jegliches Hinterfragen der offiziellen Berichterstattung als perfide Taktik „zur Verbreitung von Fehlinformationen“ verleumdet.

Mit seinen Aktivitäten hat das Virality Project ganz wesentlich zur Beschleunigung und Intensivierung der digitalen Zensur beigetragen. Insofern, so behauptet der Journalist Taibbi, sei es für all jene Kräfte, welche auf einen Orwellschen Überwachungsstaat hinarbeiteten, ein „Bombenerfolg“ gewesen.



Geschredderte Wahrheiten: Twitter ging auf eigentümliche Weise gegen politisch unangenehme Meinungen vor

FRANKREICH

Den Kopf aus der Schlinge gezogen

Die französische Regierung übersteht nur knapp ein Misstrauensvotum wegen umstrittener Rentenreform

Ausgerechnet die „dicke Bertha“ könnte das politische Schicksal des französischen Präsidenten Emmanuel Macron besiegeln. So wird Artikel 49.3 der Verfassung Frankreichs in Anspielung auf ein gleichnamiges deutsches Geschütz aus dem Ersten Weltkrieg auch genannt. Der Ausdruck soll symbolisieren, dass etwas mit brachialer Gewalt durchgesetzt wird. So wie es die französische Regierung wohl auf Geheiß des Präsidenten in der vergangenen Woche getan hat.

Die Rentenreform, die Macron und seine Regierung gegen den Willen der Parlamentsmehrheit per Dekret durchgedrückt haben, sieht unter anderem vor, das Renteneintrittsalter schrittweise von derzeit 62 auf 64 beziehungsweise 65 Jahre zu erhöhen. Seit Wochen gehen die Menschen in Frankreich dagegen auf die Straße, rufen die Gewerkschaften zu

Streiks auf. Nach der Verabschiedung brannten in Paris Mülltonnen und wurden Ordnungskräfte angegriffen. Zuvor hatte die Regierung um Premierministerin Elisabeth Borne ein Misstrauensvotum im Parlament mit gerade neun Stimmen Vorsprung überstanden.

Macron hatte für den Fall des Scheiterns Neuwahlen in Aussicht gestellt, und es dürften vor allem Parlamentarier der konservativen Republikaner gewesen sein, die den Super-GAU für Macron und Co. verhindert haben. Denn sie könnten bei Neuwahlen die großen Verlierer sein.

Und noch eine Variante wird in Frankreichs Medien heiß diskutiert. Auch Vertreter der äußersten Linken könnten sich dem Misstrauensvotum verweigert haben, da bei möglichen Neuwahlen die Nationalisten um Marine Le Pen als Sieger hervorgehen könnten. Die Fraktionsvor-

sitzende des Rassemblement National gibt sich in diesen Tagen staatstragend. Einerseits rief sie zu Protesten auf, andererseits verurteilte sie die Ausschreitungen. „Wir respektieren die Institutionen, im Gegensatz zum Präsidenten und seiner Regierung“, erklärte sie.

Verfassungsrichter prüfen Reform

Zuletzt wurde eifrig über eine Kabinetts-umbildung spekuliert. Dass Macron seine Premierministerin Borne opfern würde, gilt aber als nicht unbedingt wahrscheinlich. Es wäre ein Eingeständnis, dass er zu weit gegangen ist. Im vergangenen Frühjahr wurde Macron für eine weitere Amtszeit gewählt, in vier Jahren wird er den Elysée-Palast verlassen müssen. Sein Parteienbündnis sicherte sich bei den Parlamentswahlen, die in Frankreich traditionell nach den „præsidentiel-

les“ stattfinden, nur hauchdünn den ersten Platz.

Das ist ungewöhnlich in der französischen Geschichte, vor allem, weil der Präsident nun in der Nationalversammlung lediglich über eine relative Mehrheit verfügt. Viele Wirtschaftsexperten haben Macron in den vergangenen Monaten dahingehend bestätigt, dass eine Anhebung des Renteneintrittsalters alternativlos sei.

Dennoch sind laut Umfragen drei Viertel der Franzosen dagegen. Auch, weil Präsident und Regierung wenig überzeugend agieren. Die Rentenreform landet ohnehin erst einmal vor dem Verfassungsrat der Republik. Den haben sowohl die Regierung als auch die Opposition ange-rufen. Die Richter des Conseil constitutionnel sollen prüfen, ob das Gesetz verfassungskonform ist. Bis dahin dürfte es unruhig bleiben. Peter Entinger

VON BODO BOST

Während Frankreich den russischen Einmarsch in die Ukraine genutzt hat, um sich unabhängig von Russland und fossilen Energieträgern zu machen, und sich mit allen Mitteln für die Atomkraft einsetzt, also eine an den Realitäten orientierte pragmatische Politik betreibt, will Deutschland den Krieg zum Vorwand nehmen, um ein ehrgeiziges Programm für Erneuerbare Energien mit vielen Fragezeichen umzusetzen. Westlich des Rheins geht man davon aus und hofft, bis 2035 hundert Prozent des im Land benötigten Stroms mittels Erneuerbarer Energien zu erzeugen.

Erreicht Deutschland dieses ehrgeizige Ziel nicht, was angesichts der vielfältigen unkalkulierbaren Mehrfachkrisen, die derzeit herrschen, nicht auszuschließen ist, steht es schlecht um die deutsche Wirtschaft und den Wohlstand. Denn dann drohen Blackouts.

Schon die Tatsache, dass sich die deutsche Regierung auf solch ein Pokerspiel einlässt mit dem fadenscheinigen Argument, Deutschland müsse womöglich allein das Klima retten, zeigt, welches Risiko die derzeitigen Regierungsmitglieder dem Volke zumuten, dessen Nutzen zu mehren sie geschworen haben.

Jörg Kukies Überraschung

Am 9. März überraschte Jörg Kukies, Sonderberater, Vertrauter und rechte Hand für Europa- und Finanzfragen des Bundeskanzlers Olaf Scholz, in einer vom Institut Jacques Delors in Paris organisierten Diskussionsrunde mit der Aussage, dass Deutschland die Kernenergie als eine kohlenstoffarme Energiequelle, die geeignet ist, zur Erreichung der Dekarbonisierungsziele der EU beizutragen, anerkennen und sich ihr nicht widersetzen werde.

Deutschland wird deshalb französischen Wasserstoff importieren, der mittels Kernkraft hergestellt wird, obwohl es selbst diese Energie als eine der Vergangenheit einstuft und die letzten drei deutschen Kraftwerke gerade dabei ist abzuschalten. Kein Wunder, dass sich bei einer solchen Logik der französische Präsident Emmanuel Macron bei seiner Wortwahl kaum noch zurückhalten konnte und Deutschland vorwarf, es gehe ihm mit seiner Atompolitik „auf den Sack“, eine sonst unter verbündeten Politikern kaum übliche Redensart. Der deutsche Mix Erneuerbarer Energien der Zukunft soll laut der Regierung durch Gaskraftwerke für Notfälle ergänzt werden. Wo das Erdgas herkommen soll nach dem Totalausfall von Russland, weiß in Deutschland niemand. Man überlässt das Robert Habecks



Kann bei seiner Kernkraft-freundlichen Politik auf die indirekte Unterstützung der Kernkraft-feindlichen Bundesregierung hoffen: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron

ENERGIEWENDE

Nicht nur Macron kann Berlins Logik nicht verstehen

Die Bundesregierung will, dass Deutschland aus der Kernenergie aussteigt, baut aber auf den Import von Wasserstoff aus französischen Atomkraftwerken

Rückgratlosigkeit gegenüber arabischen und aserbaidjanischen Diktatoren.

„Auf den Sack“

In Frankreich versteht man die deutsche Logik immer weniger, gerade in Zeiten von Energieknappheit aus der Kernenergie auszusteigen und gleichzeitig den Import von Wasserstoff aus französischen Kernkraftwerken zuzulassen. Macron hält an seiner „Renaissance der Atomkraft“ fest und will sein Land mit ihrer Hilfe „kli-

maneutral“ machen. Deutschland, das weiter auf das „klimaschädliche“ Erdgas als Ersatzenergie setzt, wird dabei als Saboteur gesehen. Berlin und Paris entfernen sich in ihrer Energiepolitik immer mehr voneinander.

Paris kämpft seit Langem dafür, dass atomar erzeugter Wasserstoff nach den neuen EU-Regeln als grün eingestuft wird, um damit in den Genuss von EU-Fördermitteln zur Entwicklung der Branche zu kommen. Das europapolitische Nachrich-

ten-Netzwerk EurActiv enthüllte, dass Frankreich eine neue „nukleare Allianz“ mit Ungarn, Polen und acht weiteren EU-Mitgliedstaaten anführen würde, um in der gesamten nuklearen Versorgungskette „enger zusammenzuarbeiten“ und relevante „strategische Projekte“ zu fördern.

Die deutsch-französische Freundschaft, gerade erst zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags gefeiert, ist dabei, unter der Ampel ein Scherbenhaufen zu werden.

NIGERIA

Rückschlag für künstliche Bargeldverknappung

Der Oberste Gerichtshof hat die Gültigkeit der alten Banknoten bis Jahresende verlängert

Die westafrikanische Bundesrepublik Nigeria besitzt nicht nur eine der größten Volkswirtschaften des Schwarzen Kontinents, sondern gehört auch zu den Vorreitern, wenn es darum geht, das Bargeld im Zahlungsverkehr zurückzudrängen. So können Nigerianer inzwischen nur noch mobil telefonieren, wenn die SIM-Karte ihres Mobiltelefons mit der neu eingeführten Nationalen Identifikationsnummer verknüpft ist. Dem soll die Erfassung aller Einwohner des Landes in einer biometrischen Datenbank der Regierung und die Ausgabe von Kreditkarten mit entsprechenden biometrischen Identitätsnachweisen folgen.

Im Oktober 2021 führte die Central Bank of Nigeria (CBN) zudem mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) als erstes größeres Land eine digitale nationale Währung ein, den eNaira.

Der hat allerdings nur geringe Akzeptanz in der Bevölkerung gefunden. Lediglich ein halbes Prozent der Nigerianer haben ihn im ersten Jahr genutzt.

Altes Bargeld sollte wertlos werden

Deshalb sorgte der Gouverneur der CBN, Godwin Emefiele, der auch im Gouverneursrat des IWF sitzt, vergangenen Oktober für eine künstliche Bargeldverknappung, um so seine Landsleute dazu zu bewegen, digital zu bezahlen. Zum einen verfügte er, dass die bisherigen Naira-Banknoten am 17. Februar 2023 ihre Gültigkeit verloren, ohne dass auch nur annähernd genügend neue Scheine gedruckt worden wären.

Zum anderen wies er alle Banken an, an ihren Schaltern nur noch höchstens umgerechnet 200 Euro Bargeld pro Woche und Person auszugeben. Ein Auswei-

chen auf Geldautomaten war keine Alternative, da dort nicht mehr als umgerechnet 40 Euro pro Tag gezogen werden können, und das auch nur in kleinen Scheinen mit einem Nennwert von höchstens 200 Naira (zirka 40 Cent). Das begründete Emefiele nicht etwa mit der Absicht, dem eNaira zum Durchbruch zu verhelfen, sondern mit Hinweisen auf vermehrte Geldfälschungen sowie die Verwendung von Bargeld für die Finanzierung von Terror und Kriminalität.

Neues Bargeld war kaum zu kriegen

Die Folgen der Maßnahmen sind dramatisch. Beispielsweise konnten etliche Menschen plötzlich keine Medikamente mehr kaufen, und viele Kleinunternehmen mussten ihre Arbeit einstellen. Zu alledem teilte die nigerianische Anwaltskammer NBA mit: „Nigerianer starben,

Eigentum wurde zerstört und ging verloren; in vielen Häusern herrschte Hunger, da die Leute nicht in der Lage waren, an ihre hart verdienten Gelder heranzukommen, die sie bei den Banken eingezahlt hatten, weil die Politik offensichtlich zu eigenmächtig agierte.“

Nun stoppte der Oberste Gerichtshof in Abuja die versuchte Demonetarisierung Nigerias mit einem Grundsatzurteil, wonach die Bürger das Recht auf Schutz „vor massiven Störungen und Härten“ aufgrund der Bargeldverknappung durch Emefiele hätten. Den Besitzern alter Geldscheine wurde eine Gnadenfrist gewährt. Nun soll erst am 31. Dezember dieses Jahres deren Gültigkeit enden. Diese Gnadenfrist für die Nigerianer könnte sich noch verlängern, weil der eNaira derzeit mit erheblichen technischen Problemen kämpft. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

Ölbohrungen genehmigt

Washington – US-Präsident Joe Biden hat entgegen eigenen früheren Ankündigungen neue Ölbohrungen im Bundesstaat Alaska erlaubt. Conoco-Phillips, drittgrößter Mineralölkonzern der USA, erhielt die Genehmigung zur Erschließung von drei Ölfeldern im Bereich der National Petroleum Reserve im Norden Alaskas. Der Wert des zur Förderung anstehenden Rohstoffs wird auf acht Milliarden US-Dollar beziffert. Im Rahmen des sogenannten Willow-Projektes sollen zukünftig um die 180.000 Barrel Rohöl pro Tag in die Trans-Alaska-Pipeline gepumpt werden. Mehrere Umweltverbände werfen dem US-Präsidenten nun Wortbruch vor und kündigen Klagen an. Kritik kommt auch von den Vereinten Nationen. Washington sende mit seiner Entscheidung ein verwirrendes Signal an die Entwicklungsländer, an welche die US-Regierung zuvor appelliert hatte, keine weiteren Vorkommen an fossilen Rohstoffen zu erschließen, um das Klima zu schützen. *W.K.*

Mangel von Staats wegen

Potsdam – Kleine und mittelständische Betriebe in der Lausitz bekommen bei der Suche nach Fachkräften immer stärker den Konkurrenzdruck zu spüren, der durch nicht selten vom Staat finanzierten oder geförderten Großprojekten ausgeht. Für den Umbau der Bergbauregion in der Lausitz stellt die Bundesregierung zehn Milliarden Euro bereit. In Cottbus baut die Deutsche Bahn ein ICE-Werk auf, der Chemiekonzern BASF erweitert sein Werk in Schwarzeiche um eine Batteriefabrik. Und der Energieversorger LEAG hat angekündigt, auf 33.000 Hektar Bergbaufolgeflächen Deutschlands größtes Zentrum für Erneuerbare Energien zu errichten. Die oftmals attraktiveren Gehälter bei solchen Projekten führen inzwischen zunehmend dazu, dass kleinere Firmen im Rennen um Fachkräfte den Kürzeren ziehen. *H.M.*

Dämpfer für Windkraft

Schleswig – Das schleswig-holsteinische Obergericht hat den Regionalplan für die Windkraftplanung in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Stadt Flensburg für unwirksam erklärt. Die Begründung lautet, dass die Festlegung der Vorranggebiete für die Windenergie an einem Abwägungsmangel leide. Damit hatten die Normkontrollklagen zweier Projektgesellschaften Erfolg, deren Vorhaben nun in Einzelverfahren geprüft werden. Laut dem Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, bedeutet das Urteil kein Ende des Windkraftausbaus in den genannten Kreisen, da bis zum Vorliegen einer neuen Planung weiterhin Windkraftanlagen gebaut werden können. Jedoch sind dann in den Genehmigungsverfahren die im Gerichtsurteil erwähnten harten und weichen Tabukriterien sowie Abwägungskriterien zu berücksichtigen. Habeck bewertet das Urteil als einen „Rückschlag für den Frieden im Land“. *D.J.*

KOMMENTAR

Wenn das Schule macht – dann gute Nacht

HARALD TEWS

Dass ein Roman von Wolfgang Koeppen mehr als 70 Jahre nach seinem Erscheinen zum Politikum wird, ist bezeichnend für die gegenwärtige Hysterie durch die multikulturelle „Cancel Culture“. In Baden-Württemberg wollte eine Deutschlehrerin per Petition verhindern, dass der Roman „Tauben im Gras“ zur Pflichtlektüre fürs Abitur wird. Grund ist das im Buch wiederholt auftauchende Wort „Neger“.

Abgesehen davon, dass es absurd ist, den Roman und den Autor, die beide für Toleranz und Verständigung stehen, unter Rassismusverdacht zu stellen, ist es ebenso unvernünftig, heutigen Schülern keine als „anrühlich“ empfundenen Ausdrücke zuzumuten. Unter Vermeidung eines Begriffs, der ihre Gefühlswelt verletze, spricht die Lehrerin selbst nur vom „N-Wort“. Dabei drückt diese semantische Spitzfindigkeit als Synonym für „Neger“ genau dasselbe aus. Ist es damit weniger rassistisch gemeint?

Als Koeppen das Wort in den frühen 1950er Jahren schrieb, war es ein gängiger Begriff, an dem selbst sensible Naturen keinen Anstoß nahmen. Man müsste die Bezeichnung für eine Gruppe von Menschen ganz abschaffen, wenn man sie nur auf eine einzige Eigenschaft reduzieren wollte. „Die Hessen“, „die Bayern“, „die Sachsen“ – ist das alles schon rassistisch gemeint, da es sich bei allen wie beim „Neger“ doch einzig und allein um Menschen handelt?

Beachtlich ist, dass Baden-Württembergs Kultusministerin Theresa Schopper an „Tauben im Gras“ als Pflichtlektüre festhalten will. Nach dieser Entscheidung hat sich die ihr unterstellte Lehrerin fürs nächste Schuljahr beurlauben lassen, weil ihr bei der – wohlgehemmt: grünen – Ministerin „das Verständnis und der Wille zur Veränderung“ fehle. Doch es geht hier nicht um die kultursensible Lehrerin mit Migrationshintergrund, die von einer „woken“ Ideologie geblendet ist und sich in ihrer Opferrolle gefällt. Es geht darum, dass dieser Fall im wahrsten, aber nicht im positiven Sinne Schule machen könnte.

Deutsches Kulturgut steht auf dem Spiel. Koeppen wäre um ein Haar das erste Opfer innerhalb der „weiß“ gepräg-

ten Mehrheitskultur geworden, welche bei den vermeintlichen Rassismusegnern verhasst ist. Ausgerechnet Koeppen, sollte man betonen. Der in Greifswald geborene und in Masuren aufgewachsene Autor galt als große Hoffnung der Nachkriegsliteratur, größer noch als ein vergleichbarer „Trümmerliterat“ wie Heinrich Böll, der später den Literatur-nobelpreis erhielt und nach dem die grüne Parteistiftung benannt ist.

Eine geistige Büchervernichtung

Koeppen war innovativ und verwendete vor allem in „Tauben im Gras“ modernen Bewusstseinsstrom sowie literarische Montagetechnik. Den Roman, in dem zwei GIs mit dunkler Hautfarbe als sympathische Figuren auftreten, fasste er mit den rasch darauf zuzustandenen Romanen „Das Treibhaus“ und „Der Tod in Rom“ zu einer Trilogie zusammen. Der Suhrkamp Verlag hofierte Koeppen wie keinen zweiten, in der Hoffnung, er würde den großen deutschen Roman schreiben. Doch bis zu seinem Tod 1996 brachte er außer der biographischen Skizze „Jugend“ sowie einigen kurzen Reisetexten und Prosastücken nichts Nennenswertes mehr zustande.

Da sich Koeppen politisch nicht einordnen lässt, ist sein Werk tatsächlich der ideale Abitur-Stoff, der Interpretationen nach allen Seiten hin offenlässt. Aber gerade diese Unschärfe macht ihn angreifbar. Anders als Böll oder Günter Grass gehörte er nie richtig zur Gruppe 47. Allein das macht ihn verdächtig. Individualisten wie Arno Schmidt oder Gottfried Benn, die sich ebenso dieser Gruppe entzogen, dürften demnächst auf ähnliche Weise „entsorgt“ werden.

Schon mit der Säuberung „anständiger“ Stellen in der Jugendliteratur (PAZ vom 17. März) deutet sich eine geistige Bücher- und Bildervernichtung an, wie man sie nur von totalitären Regimen her kennt. Weit hergeholt? Von wegen! Kürzlich wurde in den USA eine Lehrerin suspendiert, weil sie Schülern Bilder von Michelangelos (nackter) David-Statue zeigte. Absurder Vorwurf: Verbreitung von Pornographie. Wenn solches – wie bei Koeppen – vom historischen Kontext losgelöstes Kunstverständnis Schule macht, dann steht alles auf dem Spiel, was westliche Kultur ausmacht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Unverzichtbarer Baustein im Energiemix: Die Kernkraft. Im Bild das AKW Isar-2 in Niederbayern

Foto: imago/blickwinkel

DEBATTE

Ohne Atomkraft kein Ausbau der „Erneuerbaren“

WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Einer meiner Aphorismen aus Studententagen lautet: „Unwissenheit und Fantasie sind zwei gefährliche Schwestern.“ Nachdem er in den 1960er Jahren eher aus der Beobachtung von Randerscheinungen der Politik entstanden war, kann dieser so unscheinbar daher kommende Spruch zwei Generationen später zu meinem Erschrecken als exemplarisch für die Charakterisierung weiter Teile des politischen Entscheidungshandelns herangezogen werden.

Es ist schon nicht mehr Verärgerung geschweige denn Empörung über das, was einem alltäglich von Politikern, die über Wohl und Wehe unseres Landes zu befinden haben, in den Medien an Aussagen und Stellungnahmen zu den zur Lösung anstehenden Problemen zugemutet wird. Vielmehr stellt sich immer wieder ungläubiges Erstaunen ein, wenn von Repräsentanten eines Staates, der immerhin zu den führenden Industrienationen der Welt gehört, in öffentlichen Auftritten Ansichten über grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge geäußert werden, die bar jeder fachlichen Expertise und nicht selten einfach hanebüchen sind.

Faktenfreier Politikersprech

Gerade ist die Grünen-Vorständin Kathrin Göring-Eckardt (zum wievielten Male?) bei „hart aber fair“ dabei, die Kernenergie in der ihr eigenen Art „abzuwickeln“. Selbst wenn man die Kernkraftwerke am Netz behalten wolle, seien ja keine neuen Brennstäbe da. Und der Vorzeigekandidat der Atomenergienutzung Frankreich habe seine AKW im letzten Sommer abschalten müssen und sei von Deutschland mit Strom versorgt worden. Dazu passt ein Zitat von „KGE“, dass zu den Klassikern jener Statements gehört, die nach bestem Wissen und Gewissen mit der Gewichtung gemacht werden, dass das Gewissen dabei über hundert Prozent, das Wissen hingegen bei unter null auszumachen ist: „Je mehr Atomstrom produziert wird, umso weniger kommen die erneuerbaren Energien ins Netz. Weil der Atomstrom die Leitungen dann quasi verstopft. Wer das nicht berücksichtigt, ist für mich kein guter Klimaexperte.“

Könnte man solche Fantastereien noch als kabarettreife einordnen, gibt es

Aussagen, zumal wenn sie von der Parteivorsitzenden der Grünen Ricarda Lang kommen, die man nur mit Kopfschütteln, wohl auch mit einer gewissen Beängstigung zur Kenntnis nimmt: „Wir setzen voll auf erneuerbare Energien. Sonne und Wind gehören niemandem. Damit machen wir uns unabhängig von Ländern wie Russland. Sonne und Wind schützen so am Ende sogar unsere Demokratie.“

Ob die Erneuerbaren in der Lage sind, den deutschen Energie- hunger zu stillen, steht in den Sternen

Dass Sonne und Wind besonders geeignet sind, unsere Demokratie zu schützen, mag durchaus sein, ob sie aber in der Lage sind, den heute schon großen und zukünftig dynamisch ansteigenden Energiehunger eines der führenden Industrieländer der Welt zu decken, steht in den Sternen, zumal die Erneuerbaren es trotz starker staatlicher Förderung bis heute auf nur 17 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs gebracht haben.

Gerade wenn man in Anerkennung der klimapolitischen Prioritäten für einen so stark wie möglichen Ausbau der Erneuerbaren eintritt, gehört es zum Anspruch an eine glaubwürdige Politik, zu erkennen, dass sie es aus physikalischen, ökonomischen und sozialen Gründen allein nicht

Hintergrund

Der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in EU-Mitgliedsländern (eine Auswahl) in Prozent:

Frankreich	69
Slowakei	52
Belgien	51
Ungarn	47
Tschechische Republik	37
Bulgarien	35
Finnland	32
Schweden	31

schaffen können, die Energieversorgung eines Industrielandes zu sichern. Da man von den fossilen Energien aus übergeordneter klimapolitischer Notwendigkeit keine markante Entlastung erwarten darf, bleibt beim heutigen Stand der Technik nur die Kernenergie, zumal sie sich dadurch auszeichnet, nicht nur versorgungssicher, sondern auch umwelt- und klimaschonend und vergleichsweise kostengünstig zu sein.

Die Welt setzt auf die Kernenergie

Das ist der entscheidende Grund dafür, dass nicht nur die Mehrheit unserer europäischen Nachbarn, sondern alle Industrieländer weltweit (inklusive des Fukushima-geschädigten Japan) bei der Langfristplanung ihrer Energieversorgung auf die Kernenergie setzen. Dass dies in Deutschland so wenig bekannt ist, mag an dem Umstand liegen, dass in den die öffentliche Meinung weitgehend prägenden Redaktionsstuben der Massenmedien, vor allem in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehkanälen, nach Befunden der Medienforschung Journalisten mit grüner Orientierung überproportional vertreten sind.

Nicht einmal die Tatsache, dass der Weltklimarat IPCC in seinen Sachstandsberichten, wie jüngst wieder, die Kernenergie als Teil der Lösung gegen den Klimawandel sieht, finden die deutschen Leitmedien der Mitteilung wert. Nachdem vor Jahren durchsickerte, dass auch der Weltstar der Klimaaktivisten, Greta Thunberg, unter Berufung auf den Weltklimarat für die Kernenergie eintrat, ist sie kaum noch in den deutschen Medien präsent. Sie kann sich im Übrigen auch auf die guten Erfahrungen in ihrer Heimat berufen, denn die schwedische Stromproduktion basiert trotz Segnung des Landes mit starker Ausstattung durch die erneuerbare Ressource Wasserkraft zu einem Drittel auf Kernenergie.

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis

war Generalbevollmächtigter der Deutschen BP AG Hamburg (bis 1991) und nach der deutschen Einheit Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung Dresden/Organisation der Braunkohlesanierung in den Revieren Lausitz und Westsachsen. Er ist Verfasser zahlreicher energiepolitischer Beiträge.

www.muemis-bloghouse.de

VON DIRK KLOSE

Selbst Kunsthistoriker kommen ins Stottern, wenn sie Diana Mantovana, Sofanisba Anguisiola oder Elisabetta Sirani erklären sollen. Dem Kunstpublikum dürften diese Künstlerinnen noch weniger ein Begriff sein. Eine Ausstellung im Berliner Kupferstichkabinett will diese Bildungslücke schließen. Unter dem Titel „Muse oder Macherin? Frauen in der italienischen Kunstwelt 1400 – 1800“ werden rund 90 Werke und die Lebensumstände von knapp 30 Künstlerinnen, Sammlerinnen und Mäzenatinnen gezeigt und dokumentiert. Der Schwerpunkt liegt auf der Zeit der Renaissance, und die gezeigten Kunstwerke – Zeichnungen, Kupferstiche und Radierungen – stammen überwiegend aus eigenen Beständen.

Die sehenswerte Ausstellung betritt in der Tat Neuland. Zu festgefahren ist die allgemeine Vorstellung, dass die Kunst gerade jener Epoche eine Sache von Männern gewesen sei. Die Vorgabe lieferte der Maler und Biograph Giorgio Vasari mit seinen Lebensbeschreibungen von Künstlern. Eine einzige Frau hat er dabei berücksichtigt: die Bildhauerin Properzia de' Rossi (1490–1530), die viel gefragt war, aber schlechter bezahlt wurde als ihre männlichen Kollegen.

Italien war damals das einzige Land, dass auch Frauen den Zutritt zu den überall entstehenden Kunstakademien ermöglichte. Es waren Orte des künstlerischen Austauschs, wo man aber auch wichtige Verbindungen, heute würde man sagen: Netzwerke, schaffen konnte, was geradezu lebensnotwendig war. Eine Tätigkeit blieb allen Frauen an den Akademien aber jahrhundertlang verwehrt. Aktzeichnen war nur nach dem männlichen Modell möglich und zugleich auch nur Männern erlaubt. Künstlerinnen, die einen Akt zeichneten, mussten sich eine gezeichnete Vorlage mit männlichem Körper nehmen. Erstmals für das Jahr 1759, und zwar in Frankreich, ist eine Frau als Modell beim Aktzeichnen nachgewiesen.

Das Begleitheft zur Berliner Ausstellung führt fast 30 Namen an. In der Ausstellung selbst werden Arbeiten von etwa 20 Künstlerinnen gezeigt. In der Mehrzahl sind es Malerinnen, daneben solche mit Schwerpunkt Bildhauerei, Kupferstich, Design, Zeichnung oder alles in allem, dazu oft auch kluge Geschäftsfrauen. Ein eigenes Kapitel ist Mäzenatinnen und Kunstsammlerinnen gewidmet. Hier sind es unter anderem die kunstsinnige schwedische Königin Christina (1626–1689), die



Weibliche Popstars in der Kunst

Wenn Frauen malen und fördern. Das Berliner Kupferstichkabinett wendet den Blick auf Italiens frühe Künstlerinnen und Mäzenatinnen

Kein Mangel an Selbstbewusstsein und künstlerischen Fähigkeiten: Rosalba Carrieras „Selbstbildnis“, um 1708

nach ihrer Konversion zum Katholizismus lange in Rom lebte, ferner die spätere Königin von Frankreich Maria de' Medici (1575–1642) und ihre fast gleichaltrige Verwandte Eleonora Orsini Sforza (1570–

1637), eine große Förderin der römischen Kunstwelt im Frühbarock.

Einige Namen seien als Künstlerinnen genannt: Die in Mantua geborene Diana Mantovana (1547–1612) galt als eine der

großen Kupferstecherinnen im 16. Jahrhundert, wovon mehrere großartige Stiche in der Ausstellung zeugen. Getreu dem Humanismusideal ihrer Zeit mischen sich bei ihr christliche und antike Motive.

Auch Hamburg widmet sich Frauen in der Kunst

In der Hamburger Kunsthalle nähern sich zwei Ausstellungen dem Wesen der Frau derzeit aus weiteren unterschiedlichen Perspektiven. Noch bis zum 10. April stehen in der Ausstellung „Femme Fatale“ Projektionen von Macht und Stärke im Vordergrund, wobei vor allem auf biblische und mythologische Frauenfiguren zurückgegriffen wird, wie etwa Judith, Salome oder Deli-

la, Circe, Medea, Medusa oder die Sirenen. Als verhängnisvolle Wesen erlebten sie in der Kunst zwischen 1860 und 1920 eine wahre Renaissance.

Die parallele Kabinettausstellung unter dem etwas allgemeinen Titel „Paris ist meine Bibliothek“ (bis 7. Mai) wagt sich erstmals an die Präsentation von Zeichnungen und Druckgrafiken des Belgiers

Félicien Rops (1833–1898), die seit 1907 unbearbeitet im Archiv der Kunsthalle schlummerten. Rops frivol-obszöne Darstellungen der armen Frau, die sich verkauft, der bürgerlichen Gattin, die heimlich ihrer Wollust frönt, oder des vom Kleriker missbrauchten Weibs sind tabulose Antworten auf die moralische Ambivalenz des 19. Jahrhunderts. Internet: www.hamburger-kunsthalle.de H. Sch.

Außerdem war sie die erste Frau in der Accademia dei Virtuosi al Pantheon.

Die eindrucksvollsten Zeichnungen und Stiche stammen von der Bologneserin Elisabetta Sirani (1638–1665). Sie wuchs in der Werkstatt ihres Vaters auf und erreichte früh eine große Fertigkeit, was ihr viele Aufträge einbrachte. Mit 22 Jahren wurde sie als einer der ersten Frauen Mitglied der Kunstakademie in Rom. Vor jedem Verkauf stellte sie ihre Werke werbewirksam aus. Schon mit 27 Jahren ist sie gestorben. Zu Lebzeiten war sie so etwas wie ein „Popstar“.

Über die römische Malerin und Zeichnerin Artemisia Gentileschi (1593–1654) gibt es bereits einige Darstellungen. Sie war als junge Frau vergewaltigt worden, hatte sich dann aber in der Florentiner Kunstwelt emporgearbeitet und schließlich europaweit einen respektablen Namen verschafft. In ihren Briefen beklagt sie wiederholt die schlechte Bezahlung ihrer Arbeiten, obwohl Könige und Fürsten zu ihren Auftraggebern zählten.

Besonders berührt der Scharfsinn der aus Bergamo stammenden Isabetta Catanea Parasole (1575/80–1617). Sie war Designerin und Druckgraphikerin. In einem Waisenhaus hatte sie das Klöppeln und Sticken gelernt. Später lernte sie im graphischen Betrieb ihres Mannes, Buchillustrationen zu entwerfen, wobei sie schließlich ihre Stickereien und Klöppelvorlagen in einer Art Musterbuch druckte. Eines ihrer Vorlagenbücher wurde Jahrhunderte später, im Jahr 1891, in Berlin als Faksimile erneut herausgegeben.

Die aus Bologna stammende Lavinia Fontana (1552–1614) war außerordentlich populär wegen ihrer Portraitmalerei. Selbst Papst Gregor XIII. ließ sich von ihr malen. Sie unterzeichnete gelegentlich ihre Werke mit „virgo“ (Jungfrau). Die Vorstellung, dass die Jungfräulichkeit eine ideale Eigenschaft für Künstlerinnen sei, geht auf den italienischen Dichter Boccaccio zurück und hatte zeitweise großen Einfluss auf das Ideal von Künstlerinnen.

Die Ausstellung ist am 8. März, dem Internationalen Frauentag, eröffnet worden. Eigentlich bedarf es dieses aktuellen Anlasses nicht, um eine überfällige Wiederentdeckung großer Künstlerinnen einzuleiten. Dem Betrachter, ob männlich oder weiblich, öffnet sich gleichwohl eine großartige, bislang unbekannte Welt.

● Kupferstichkabinett am Kulturforum Berlin, bis 4. Juni, geöffnet täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, sonntags und sonntags ab 11 Uhr. Eintritt: 6 Euro. www.smb.museum

AUSSTELLUNG

Versammelter „Blödsinn“

Sinnlos bis zum Geht-nicht-mehr – Die Bundeskunsthalle in Bonn zeigt „Ernsthaft?! Albernheit und Enthusiasmus in der Kunst“

Albern wird im Wahrig-Wörterbuch mit „dumm, töricht, kindisch“ umschrieben. Das sind weit entfernte Bedeutungsattribute von dem, was (vermeintlich) „ernsthafte“, seriöse Kunst zum Ausdruck bringen möchte. In der Bonner Bundeskunsthalle wird jetzt die Albernheit in der Kunst museal gefeiert.

Die erste Überraschung erfährt der Besucher schon beim Eintritt in die Ausstellung: Er sieht sich selbst in einer Ansammlung von Spiegeln. „Ich – ein Kunstobjekt? Lachhaft! Wie albern!“, mag da so manchem durch den Kopf gehen. Die Irritationen nehmen zu beim Rundgang durch den versammelten „Blödsinn“. Die Kuratoren Jörg Heiser und Cristina Ricupero greifen weit zurück in die Geschichte. Ältestes Werk, immerhin 380 Jahre alt,

ist ein Bild von Pieter Bruegel d. Ä. aus dem Jahr 1642: „Drei Narren“. Es zeigt erwachsene Männer, die kindisch-verspielt vor einer Stalltür herumtollen.

Anfang des 20. Jahrhunderts schufen Dada-Künstler Werke, die vor allem die Ablehnung „konventioneller“ Kunst und Kunstformen sowie bürgerlicher Ideale als Ziel hatten. Etablierte Haltungen und als „normal“ angesehene Werte wurden parodiert, banalisiert oder ad absurdum geführt. In der Ausstellung sind Szenen des dadaistisch inspirierten Kurzfilms „Entr'acte“ aus dem Jahr 1924 des französischen Regisseurs René Clair zu sehen: Ein Leichenzug zieht durch die Straßen. Dahinter die Trauergemeinde, die mit seltsamen, balletartigen Bewegungen hüpfend und springend dem Sarg folgt.



Tief in den Schminkkoffer gegriffen: Hans-Peter Feldmann, „Nofretete“ (2021)

Der Film wurde zum Skandal und machte Clair über Nacht berühmt.

Untergründige, unbewusste menschliche Tendenzen werden von surrealistischen Künstlern aufgegriffen. Das bekannte und schon recht hintergründige Bild „Dies ist keine Pfeife“ des Belgiers Rene Magritte, das eine Pfeife darstellt, aber keine ist, sondern – eben – ein Bild, wird hier von Magritte selbst parodiert. Er malt einer Pfeife einen Phallus als Mundstück an, was meist sicher sofort unbewusst, aber erst beim zweiten Blick registriert wird. Das Bild hat keinen Titel, wird aber als „Sex-Pfeife“ bezeichnet.

Weniger spaßig, aber auch erst beim genauen Hinsehen überraschend ist ein im Portrait-Stil des 19. Jahrhunderts dargestelltes Bürgerpaar von Hans-Peter

Feldmann. Auf beiden Gemälden hat Feldmann dem sich – auf dem ersten Blick – seriös und selbstgefällig präsentierten Paar fast unauffällig Schielaugen verpasst. Er parodiert damit die Portrait-Kunst und -Künstler.

Der „reine Blödsinn“ zeigt sich auch in Sigmar Polkes „Kartoffel-Maschine“, die auf Knopfdruck eine an einen Draht gebundene Kartoffel um eine andere Kartoffel kreisen lässt – sinnlos bis zum Geht-nicht-mehr.

● „Ernsthaft?! Albernheit und Enthusiasmus in der Kunst“, bis 10. April, Bundeskunsthalle, Helmut-Kohl-Allee 4, Bonn, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 19 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr, Eintritt: 13 Euro. www.bundeskunsthalle.de

JEFFERSON MEMORIAL

Ein Denkmal für den dritten Präsidenten

Der 32. Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, hat in seinem Leben nur ein Buch rezensiert. Es war das 1925 erschienene Werk seines engen Freundes Claude G. Bowers „Jefferson and Hamilton. The Struggle for Democracy in America“. Die Lektüre dieses Buches nahm Roosevelt nachhaltig für seinen Vorgänger ein.

Als Roosevelt 1933 Präsident der USA wurde gab es in Washington bereits das 1848 begonnene und 1884 fertiggestellte Washington Monument zu Ehren des ersten US-Präsidenten und das 1915 bis 1922 errichtete Lincoln Memorial zum Gedenken an den 16. Amtsinhaber. Ganz im Sinne Roosevelts schlug bereits im zweiten Jahr seiner Präsidentschaft sein Parteifreund, der Kongressabgeordnete John H. Boyland, die Einsetzung einer Kommission zur Eruiierung der Idee eines Denkmals für den dritten US-Präsidenten vor. Der Vorschlag wurde angenommen und Boyland der Vorsitzende der Kommission. Schließlich bewilligte der Kongress drei Millionen US-Dollar für ein Jefferson Memorial.

Als Architekten wählte die Kongresskommission mit John Russell Pope einen Vertreter des Historismus. Er zeichnete verantwortlich für das Gebäude des Nationalarchivs (NARA) und den westlichen Altbau der Nationalen Kunstgalerie (NGA). Ebenso neoklassizistisch und repräsentativ, um nicht zu sagen imperial, fiel auch das Jefferson Memorial aus. Sein Vorbild war das Pantheon in Rom.

Ähnlich beeindruckend wie der Bau ist sein Standort am Tidal Basin im West Potomac Park in Sichtweite des damaligen Amtssitzes von Roosevelt. Die nord-südliche Sichtachse



Jefferson Memorial

zwischen dem Weißen Haus und dem Memorial kreuzt die west-östlich verlaufende National Mall im rechten Winkel. Roosevelt ließ es sich nicht nehmen, selbst am 15. Dezember 1938 den Grundstein zu legen.

Kern und Zentrum der Rotunde sollte eine Bronzestatue des zu Ehrenden bilden. Aus einem 1939 veranstalteten Wettbewerb ging Rudolph Evans als Sieger hervor. Der Künstler hatte bereits 1932 Robert E. Lee für das Virginia State Capitol, den Regierungssitz des Bundesstaates Virginia, sowie 1937 Julius Sterling Morton und William Jennings Bryan für die National Statuary Hall Collection im United States Capitol in Bronze dargestellt.

An Jeffersons 200. Geburtstag, am 13. April 1943, wurde das Jefferson Memorial – wieder von Roosevelt – eingeweiht. Allerdings war die Jefferson-Statue damals kriegsbedingt nur aus Gips. Erst 1947 stellte Evans die 5,8 Meter hohe und viereinhalb Tonnen schwere Bronzestatue fertig, die dann an die Stelle des Provisoriums trat.

Manuel Ruoff

MASSAKER VON DEIR JASSIN

Der „Sieg“, der laut Menachem Begin den Staat Israel erst ermöglichte

Vor 75 Jahren griffen paramilitärische Verbände der zionistischen Untergrundorganisationen Irgun und Lechi ein etwa 600 Einwohner zählendes Dorf an.

Die Folgen waren von militärischer und ziviler sowie von kurz- und langfristiger Natur



Vor 1949: Das palästinensische Dorf Deir Jassin, das heute Teil einer im Nordwesten Jerusalems gelegenen orthodoxen Siedlung ist

Foto: Wikimedia

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 30. November 1947 begann der Palästina-Krieg, weil die arabische Seite den UN-Teilungsplan für Palästina ablehnte. Aus diesem Anlass sagte Matiel Mughannam vom Arabischen Hohen Komitee, einem zentralen politischen Organ der Araber im britischen Mandatsgebiet Palästina: „Ein jüdischer Staat hat keine Überlebenschance, jetzt, wo der Heilige Krieg ausgerufen wurde. Letztlich werden alle Juden massakriert werden.“

Daraufhin arbeitete die paramilitärische zionistische Untergrundorganisation Haganah, die später in der israelischen Armee aufging, den Plan Dalet aus, der dem geplanten jüdischen Staat das Überleben sichern sollte, wenn die britische Mandatsmacht abgezogen war. Zu den vorgesehenen Maßnahmen gehörte die Räumung aller palästinensischen Siedlungen, die eine strategische Bedrohung darstellten.

Das betraf auch das Dorf Deir Jassin im Nordwesten Jerusalems. Während der arabischen Blockade Jerusalems und der Kappung der Versorgung der dort lebenden jüdischen Bevölkerung ab März 1948 wurden von hier aus Jerusalem und die jüdischen Dörfer Beit Hakerem, Bayit Vagan und Yefe Nof sowie die Straße zwischen Jerusalem und Tel Aviv beschossen. Zur Aufhebung der Blockade starteten Kampfverbände der Haganah am 5. April die Operation Nachschon.

100 bis 110 tote Araber

In diesem Zusammenhang genehmigte der örtliche Haganah-Kommandeur David Shaltiel auch einen Angriff zweier mit

der Haganah kooperierender extremistischer jüdischer Untergrundorganisationen, der seit 1943 von dem späteren israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin geführten Irgun Zvai Leumi und Lechi, auf Deir Jassin. Der Befehl lautete,



FOTO: US-BUNDESGEBÄUDE

„Das Massaker von Deir Jassin hatte nicht nur seine Berechtigung – ohne den ‚Sieg‘ von Deir Jassin hätte es auch niemals einen Staat Israel gegeben“

Menachem Begin

Kommandeur der Irgun 1943–1948
Premierminister Israels 1977–1983

das Dorf zu besetzen, um die von dort ausgehende Gefahr zu neutralisieren.

Vor dem Sturm auf die Siedlung nutzten viele der 700 Bewohner nach einer offiziellen Vorwarnung der jüdischen Sei-

te die Fluchtkorridore in Richtung Ayn Karim, während sich die restlichen Palästinenser in ihren Häusern oder bunkerartigen Befestigungen verschanzten und von dort aus systematisch auf die Angreifer feuerten, als die am frühen Morgen des 9. April 1948 vorzurücken begannen.

Was dann passierte, ist bis heute umstritten. Fest steht, dass zwischen 100 und 130 militärisch ungeschulte jüdische Kämpfer unter dem Kommando des Irgun-Mannes Ben-Zion Cohen Deir Jassin eroberten und dabei zwischen 100 und 110 Araber sowie vier oder fünf Irgun- oder Lechi-Angehörige starben. Umstritten ist, ob es sich auf arabischer Seite um Gefallene und eventuell auch zivile Kollateraltote während der verbissenen Nah- und Häuserkämpfe handelte oder um Menschen, die von den Siegern gezielt exekutiert wurden.

Vier oder fünf tote Angreifer

Glaubt man der arabisch-palästinensischen Geschichtsschreibung, trifft Letzteres zu. Die jüdischen Milizionäre sollen unschuldige Dorfbewohner enthauptet, ausgeweidet, verstümmelt und vergewaltigt haben. Außerdem sei es zu mehrfachem Kindesmord gekommen. Der israelische Historiker, Professor an der Universität Exeter und Autor der Monographie „Die ethnische Säuberung Palästinas“, Ilan Pappé, geht von einem geplanten Massaker aus, das als Blaupause für den künftigen Umgang mit den Arabern im Heiligen Land gedacht war.

Die israelische Regierung spricht hingegen bis heute von zahlreichen Scharfschützen und teilweise aus dem Irak stammenden Freischärlern, die sich oftmals als Frauen verkleidet und die An-

greifer derart massiv unter Feuer genommen hätten, dass die Hinzuziehung zweier Einheiten der Haganah-Elitetruppe Palmach unter Mordechai Weg und Moshe Eren mit gepanzerten Fahrzeugen und Granatwerfern nötig gewesen sei. Ebenso wird auf die etwa drei Dutzend verwundeten jüdischen Milizionäre verwiesen, zu denen auch deren Befehlshaber Cohen zählte. Es ist nicht möglich, diese Angaben unabhängig zu überprüfen, weil viele Dokumente über die Vorgänge vor einem Dreivierteljahrhundert nach wie vor unter Verschluss gehalten werden.

Palästinensischer Exodus

Die Folgen des Massakers waren von militärischer wie ziviler, von kurz- wie langfristiger Natur. Am 5. Mai 1948 griffen Ägypten, Syrien und Jordanien sowie der Libanon und der Irak den neu proklamierten Staat Israel an, nachdem der Beschluss hierzu auf einem Treffen des Politischen Ausschusses der Arabischen Liga am 10. April gefasst worden war. Zuvor begingen arabische Milizen noch mehrere Massaker an Juden wie am 13. April beim Überfall auf einen Sanitätskonvoi am Berg Skopus, bei dem zahlreiche Ärzte und Krankenschwestern starben, und am 13. Mai im Kibbutz Kfar Etzion.

Außerdem löste das Massaker von Deir Jassin eine Massenflucht der arabischen Bevölkerung aus. Bis zur Ausrufung des Staates Israel beziehungsweise dem Beginn des Angriffs der Arabischen Liga strömten bereits zwischen 250.000 und 300.000 Palästinenser aus dem britischen Mandatsgebiet in die Nachbarländer.

VON MANUEL RUOFF

Das Gemälde des deutschen Malers und Zeichners Ernst Henseler „Bildnis des Dichters Heinrich August Hoffmann von Fallersleben“ aus dem Jahre 1898 zeigt einen alten Mann mit langem Kopfhaar und langem Bart wie ein Germane sowie einem Wanderstab in uriger Natur unweit eines alten, stämmigen Baumes. Romantischer geht es kaum. Und in der Tat war der Dargestellte ein Exponent der Romantik.

Für Verbundenheit und Identifizierung mit der Heimat spricht, dass August Heinrich Hoffmann von Fallersleben seinen heute zu Wolfsburg gehörenden Geburtsort zu einem Bestandteil seines Künstlernamens machte. Denn eigentlich hieß er nur August Heinrich Hoffmann.

Hoffmann war der Sohn eines Kaufmanns, Gastwirts, Senators und Bürgermeisters von Fallersleben und dessen Ehefrau, der Tochter eines Braumeisters aus Wittingen. Für Geld und Einfluss des Vaters spricht, dass der ihn vor dem Militärdienst bewahren konnte. Entsprechend gut und solide war auch die Bildung und Ausbildung des Jungen. Dem von Privatstunden ergänzten Besuch der Bürgerschule in Fallersleben folgte eine Fortsetzung der Bildung am Pädagogikum in Helmstedt und schließlich dem Katharineum in Braunschweig.

550 Kinderlieder

Mittlerweile mit 18 ungefähr so alt wie ein heutiger Abiturient, nahm Hoffmann 1816 in Göttingen ein Theologiestudium auf. Noch im selben Jahr wurde er Burschenschafter.

Hoffmann geriet unter den Einfluss der Klassik und des ihr nacheifernden Klassizismus. Mit Johann Joachim Winkelmann wurde ihm ein geistiger Begründer des Klassizismus im deutschsprachigen Raum zum Vorbild. Mehr als die Theologie weckte das klassische Altertum sein Interesse.

Bei Studien in Kassels Museum und Bibliothek lernte er indes 1818 Jacob Grimm kennen. Dieser stellte ihm mit Erfolg die suggestive Frage, ob ihm sein Vaterland nicht näher liege als die Klassik. Hoffmann bejahte diese Frage für sich und wechselte vom Klassizismus zur Romantik. Nun wandte er sich der Sprache und Literatur seines Vaterlandes zu, der Germanistik, zu deren Etablierung als wissenschaftlicher Disziplin er in den folgenden Jahrzehnten wesentlich beitragen sollte.

1819 folgte er seinem Professor Friedrich Gottlieb Welcker an die Bonner Universität. Dort wurde Ernst Moritz Arndt einer seiner Dozenten. Grundsätzlich enttäuschten ihn indes Vorlesungen wie Lehrkörper, und er wendete sich dem Selbststudium mittels Büchern zu.

Für einen Bücherfreund liegt es nahe, Bibliothekar werden zu wollen, und dieses Ziel strebte Hoffmann nun an. 1823 wurde er zum Kustos der Universitätsbibliothek Breslau berufen. Als an der dortigen Universität 1829 durch den Tod Johann Gustav Gottlieb Büschings die Professur der deutschen Sprache und Literatur vakant wurde, fiel die Wahl schließlich auf Hoffmann. 1830 wurde er außerordentlicher Professor, 1835 dann ordentlicher.

Bereits vor der 48er-Revolution exponierte er sich im Sinne des Nationalliberalismus. Auf der Überfahrt zur damals britischen Badeinsel Helgoland wurde ihm bewusst, dass die Briten eine Hymne hatten, aber die Deutschen nicht. Auf der Insel verfasste er dann das „Lied der Deutschen“ zur Melodie der österreichischen Kaiserhymne. Mit den Worten „Deutschland, Deutschland über alles“ sowie „Einigkeit und Recht und Freiheit“ bekannte er sich zu einem einigen Deutschland als Vaterland sowie den liberalen Idealen Rechtsstaatlichkeit statt Willkür und Freiheit statt Knechtschaft.

Denselben Geist atmen seine um diese Zeit, 1840 und 1841, veröffentlichten zweiteiligen „Unpolitischen Lieder“ mit



Heinrich August Hoffmann von Fallersleben: Gemälde von Ernst Henseler aus dem Jahre 1898 Foto: Landesmuseum Hannover

AUGUST HEINRICH HOFFMANN VON FALLERSLEBEN

Mehr als nur der Verfasser des „Liedes der Deutschen“

Der vor 225 Jahren geborene Künstler und Wissenschaftler machte sich in vielfacher Hinsicht um die Kultur seines Landes verdient

ihren 140 beziehungsweise 150 polemisch-satirischen Gedichten. Langfristig dürfte für die Deutschen das „Lied der Deutschen“ wichtiger gewesen sein, ist es doch heute ihre Nationalhymne. Für den weiteren Lebensweg des Verfassers waren es indes die „Unpolitischen Lieder“. Nicht nur, dass sie verboten wurden, der Professor wurde ihretwegen 1842 auch pensionslos entlassen. 1843 verlor er nach der Professur auch noch seine preußische Staatsbürgerschaft und wurde des Landes verwiesen. Es begannen die sogenannten Wanderjahre.

Fürstliche Bibliothek Corvey

Zum Glück hatte Hoffmann viele Freunde und Sympathisanten, war – um es neudeutsch zu formulieren – gut vernetzt. Unterschlupf und Schutz vor den Schergen der Obrigkeit fand er vor allem auf dem vergleichsweise schwach besiedelten Land. Zu nennen sind hier die Rittergüter Holdorf bei Brühl und Buchholz bei Ventchow von Rudolf Müller und Samuel Schnelle. In dieser Abgeschiedenheit des Mecklenburger Landlebens entstanden

viele seiner bekanntesten Kinderlieder. Neben dem „Lied der Deutschen“ sind es viele dieser 550 Kinderlieder, mit denen er in der Liedkultur seines Volkes weiterlebt. 80 von ihnen hat der Dichter auch vertont. Des Weiteren schrieb er Volks- und Vaterlandslieder sowie auch eines der bekanntesten Weihnachtslieder. Genannt seien in diesem Zusammenhang „Alle Vögel sind schon da“, „Ein Männlein steht im Walde“, „Kuckuck, Kuckuck, ruft's aus dem Wald“, „Summ, summ, summ, Bienechen summ herum“, „Wer hat die schönsten Schäfchen“, „Winter ade“ und „Morgen kommt der Weihnachtsmann“.

An der 48er-Revolution beteiligte sich Hoffmann nicht aktiv. Er profitierte aber von einem im Revolutionsjahr erlassenen Amnestiegesetz. Seine Professur erhielt er nicht zurück, aber wenigstens eine Pension, ein Wartegeld. Das ermöglichte ihm die Heirat mit seiner Nichte Ida vom Berge.

Nun hatte Hoffmann zwar wieder ein Auskommen, aber noch nicht wieder eine adäquate wissenschaftliche Beschäftigung. Abermals profitierte er von seiner

guten Vernetzung und wohlmeinenden Gönnern. Zu Letzteren gehörten neben Bettina von Arnim auch Franz Liszt und dessen Freundin Carolyne zu Sayn-Wittgenstein. Liszt erreichte, dass Hoffmann mit dem Germanisten und Hochschullehrer Oskar Schade von 1854 bis 1857 das „Weimarische Jahrbuch für deutsche Sprache, Literatur und Kunst“ herausgeben konnte. Carolyne zu Sayn-Wittgensteins Tochter Marie zu Hohenlohe-Schillingsfürst vermittelte Hoffmann dann seinen letzten Arbeitsplatz, die Fürstliche Bibliothek Corvey ihres Schwagers Viktor zu Hohenlohe-Schillingsfürst, des ersten Herzogs von Ratibor und Fürsten von Corvey. Von 1860 bis zu seinem Tode betreute Hoffmann als Bibliothekar diese mit ihren heute zirka 74.000 Bänden zu den kostbarsten und größten Privatbibliotheken Deutschlands zählende Adelsbibliothek. Auch um sie hat sich Hoffmann verdient gemacht. Im Schloss Corvey, in dem die Bibliothek untergebracht ist, starb der am 2. April 1798 geborene Deutsche infolge eines Schlaganfalls am 19. Januar 1874.

FÄRÖER

Autonomie für die Schafsinseln

Im Jahre 1375 starb der dänische König Waldemar IV. Atterdag, ohne einen Sohn zu hinterlassen. Seine älteste Tochter Margarethe setzte durch, dass ihr aus der Ehe mit dem norwegischen König Hákon VI. hervorgegangener Sohn Olav Nachfolger seines Großvaters wurde. 1380 starb Hákon und Olav wurde auch Nachfolger seines Vaters.

Die so entstandene Personalunion dauerte bis zur napoleonischen Zeit. An deren Ende musste der mit dem letztlich gescheiterten Napoleon verbündete dänische König an den zur antinapoleonischen Allianz gehörenden schwedischen König die norwegische Krone abtreten. An die Stelle der dänisch-norwegischen trat eine schwedisch-norwegische Personalunion. Die alten norwegischen Besitzungen Grönland, Island und die Färöer (Schafsinseln) verblieben allerdings bei Dänemark.

Der Zweite Weltkrieg beendete zumindest vorerst die verwaltungstechnische Einheit. Dänemark wurde von deutschen Truppen besetzt, Island und die Färöer von britischen. Die USA stationierten Militär auf Grönland. In der Folge wurden auf diesen Inseln von Kopenhagen unabhängige Verwaltungen aufgebaut.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es kein Zurück zum Status quo ante bellum. Zu selbstständig und entfremdet waren während des Krieges die Inseln geworden.

Die radikalste Lösung wählte Island, das bereits seit 1918 nur noch durch eine Personalunion mit Dänemark verbunden war. Noch während des Krieges, im Juni 1944, wurde das Königreich Republik. Grönland hingegen begnügte sich mit der Autonomie und erreichte diese erst 1979.

Eine bedingte Autonomie boten die Dänen den Färöern bereits unmittelbar nach dem Krieg an. Das Løgting, das Parlament der Färöer, führte daraufhin 1946 eine Volksabstimmung durch. 5499 Stimmen entfielen auf das dänische Angebot, 5660 Stimmen auf die Loslösung von Dänemark. 481 Stimmen waren ungültig, 67,5 Prozent betrug die Wahlbeteiligung. Der Parlamentssprecher erklärte daraufhin die Färöer für unabhängig, aber die Parlamentsmehrheit und Dänemark leisteten erfolgreich Widerstand.

Der Kompromiss bestand schließlich im Gesetz über die Autonomie der



Wappen der Färöer

Färöer, das am 31. März 75 Jahre alt wird. Es geht über das ursprüngliche dänische Autonomieangebot hinaus und sichert den Färöer weitgehende Selbstbestimmung in den inneren Angelegenheiten, während Außen- und Verteidigungspolitik bei Dänemark verbleiben. M.R.

VON ROBERT MÜHLBAUER

Die Geschichte von Manoj Jansen, geborener Subramaniam, aus einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen klingt bizarr und absurd, sie wirft aber auch ein Schlaglicht auf bundesdeutsche Verhältnisse. Der Grünen-Lokalpolitiker aus Erkelenz wurde nach eigenen Angaben im vergangenen Sommer Opfer schwerster Drohungen mit offenbar rechtsextremem Hintergrund. Ein großes Hakenkreuz wurde an sein weißes Auto geschmiert, dazu das Wort „Jude“. Dann tauchten SS-Runen am Hauseingang auf, schließlich fand er in seinem Briefkasten einen Umschlag mit Rasierklingen und eine vermeintliche „NSU 2.0“-Todesdrohung. Die Serie der angeblichen Übergriffe nahm gar kein Ende.

Subramaniam gab selbst an, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität von Anfang an seine politische Triebfeder gewesen sei. Er lasse sich nicht mundtot machen, verkündete er. Politiker aller anderen Parteien zeigten sich solidarisch mit dem Grünen-Ratsmitglied, dessen Vorfahren aus Sri Lanka stammen. Er wurde in Medien wie ein tapferer Held präsentiert.

Die Frage nach dem Warum

Dann die plötzliche Wende: Die Ermittler wurden stutzig und fanden bei einer Hausdurchsuchung bei ihm die Lackfarbe, mit der das Hakenkreuz aufs Auto geschmiert worden war. Es kam heraus, dass Subramaniam alles nur inszeniert hatte. Nun distanzierte sich seine Partei eiligst von ihm. Die Staatsanwaltschaft schickte wegen Vortäuschens von Straftaten und Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen im Februar einen Strafbefehl. Gegen die Geldstrafe von 3600 Euro wollte er beim Amtsgericht vorgehen, doch dann zog der mittlerweile Ex-Grünen-Politiker seinen Einspruch Mitte März kleinlaut zurück. „Die Frage nach dem Warum blieb unbeantwortet“, textete der „Spiegel“ zu dem Fall.

Die „Frage nach dem Warum“ ist natürlich leicht zu beantworten. Durch die Inszenierung als Opfer rechtsextremer Angriffe erhielt ein unbedeutender Grünen-Politiker von allen Seiten Aufmerksamkeit, Zuspruch und Solidaritätsadressen. Er hoffte wohl auf Reputationsgewinn. In einer Gesellschaft, die sich seit Jahren im amtlich befeuerten Dauerkampf „gegen Rechts“ befindet, bieten sich neue Geschäftsmöglichkeiten. Die bizarre Posse aus NRW ist dabei kein Einzelfall. Ein Opfer von Diskriminierung und Übergriffen zu sein, kann die Karriere fördern. Das gilt inzwischen in vielen westlichen Ländern.

In den USA erregte der Fall des Schauspielers Jussie Smollett großes Aufsehen, der im Jahr der großen „Black Lives Matter“-Proteste wochenlang Schlagzeilen



Vermeintliches Opfer von Rechtsextremisten: Ali T. 2018 vor seinem Chemnitzer Restaurant, das er selbst in Brand gesteckt hatte

Foto: imago/HärtelPress

GESELLSCHAFT

Die inszenierten Opfer

Durch vorgetäuschte Straftaten erringt man Aufmerksamkeit, Reputationsgewinne und hofft sogar auf politische Karrieren

generierte. Der TV-Mime hatte angegeben, er sei Anfang 2019 in Chicago in einer dunklen Straße von zwei maskierten Männern bedroht und angegriffen worden, die ihn als Schwarzen und Schwulen beleidigt hätten. Sie hängten ihm ein Seil wie zum Erhängen um den Hals. Angeblich hätten sie auch „MAGA Country“ gerufen („Make America Great Again“ ist der Slogan der Donald-Trump-Anhänger).

Gekaufter „Überfall“ in den USA

Das vermeintliche „Hass-Verbrechen“, das er der Polizei meldete, katapultierte den sonst mäßig erfolgreichen Serienschaukspieler in die nationalen Medien. Kamala Harris, heute Vizepräsidentin, bezeichnete die Tat als „modernes Lynchen“, und viele andere Politiker stärkten Smollett den Rücken. Später stellte sich heraus, dass er zwei nigerianischen Brüdern mehrere tausend Dollar bezahlt hatte, damit sie mit Skimasken verkleidet den Überfall auf ihn inszenierten. Die Tat gilt in der jüngeren amerikanischen Geschichte als der aufsehenerregendste

„Hoax“ (Schwindel) mit rassistischem Hintergrund.

Nun will niemand bestreiten, dass es reale rassistische und rechtsextreme Übergriffe gibt, doch offenbar übt dieses Feld auch auf windige Gestalten eine Anziehungskraft aus. Das mag damit zusammenhängen, dass sie darauf spekulieren können, als Opfer rechter Gewalt einen Bonus zu erhalten. Oder dass diese Art Opfer einen besonderen Stellenwert genießt und keine unangenehmen Fragen gestellt werden.

Das mag das Kalkül des Chemnitzer Restaurantbetreibers Ali T. gewesen sein, der im Oktober 2018 sein anatolisches Restaurant Mangal in Brand setzte und den Verdacht auf mögliche rechtsextreme Täter lenkte, bevor ihm die Polizei auf die Schliche kam. Auch im Umfeld von Asylunterkünften kam es schon zu diversen Brandstiftungen, als deren Urheber sich dann Heimbewohner selbst entpuppten, die aber zuvor eine falsche Fährte zu vermeintlichen Nazis legen wollten. In Bingen am Rhein malte ein Syrer 2016 ein

Hakenkreuz ans Rathaus und versuchte ein Feuer zu legen. Obwohl der vermeintlich fremdenfeindliche Anschlag schnell aufgeklärt wurde, fand dennoch eine „Mahnwache gegen Rechts“ statt. Jahre früher hatte schon ein Mädchen aus Mittweida in Sachsen sich selbst ein Hakenkreuz in die Hüfte geritzt und vier Neonazis beschuldigt.

Erfundene Afro-Herkunft

Gemäß der modernen Statushierarchie stehen Opfer weit oben. Opfer von Gewalt und Diskriminierung oder Angehörige diskriminierter Gruppen genießen besondere Wertschätzung und Förderung. So kann ein unbekannter Lokalpolitiker wie der Grünen-Ratsherr aus Erkelenz oder ein durchschnittlicher Serienschaukspieler dann im großen Rampenlicht glänzen.

In den USA profitieren historische Opfergruppen, vor allem Schwarze („People of Color“) und Ureinwohner (Indigene) zudem von „positiver Diskriminierung“, also einer staatlichen Vorzugsbe-

handlung bei Einstellungen und Beförderungen. Dies könnte auch erklären, dass es zunehmend Skandale um gefälschte familiäre Hintergründe gibt. Etwa der prominente Fall der Kulturwissenschaftlerin Rachel Dolezal mit dem krausen Haar und gebräunten Teint, die als Dozentin für afroamerikanische Studien und in der Schwarzen-Bürgerrechtsorganisation NAACP Karriere machte, bevor herauskam, dass ihre eigene Afro-Herkunft schlicht gelogen war. Oder die Professorin für schwarze Geschichte Jessica Krug von der George Washington University, die sich selbst einen entsprechenden Hintergrund andichtete. Vor ein paar Tagen musste eine Hochschulrektorin in Kanada zurücktreten, nachdem sich ihre Angaben über indigene Wurzeln als falsch herausstellten.

All dies dürften Zeichen einer neurotischen Gesellschaft sein, die sich tief in eine „woke“ Ideologie mit einer speziellen Opferhierarchie verbissen hat, die auch Trittbrettfahrer, Schwindler und Opfer-Inszenierungen anzieht.

SICHERHEIT

Die Angst vor Attentaten wächst

US-Unternehmen geben teils horrenden Summen für den Schutz ihrer Manager aus – 14 Millionen Dollar allein für Mark Zuckerberg

Die Großunternehmen in den Vereinigten Staaten geben immer mehr Geld für die Sicherheit ihrer Spitzenmanager aus. So schrieb der Konzern Meta Platforms, dem unter anderem die Sozialen Netzwerke Facebook und Instagram gehören, in einer Pflichtmitteilung an die Börsenaufsicht, er habe 2022 in den Schutz seines Vorstandsvorsitzenden Mark Zuckerberg 14 Millionen Dollar investiert. Das seien vier Millionen mehr als noch 2018.

Dafür verfügt Zuckerberg nun beispielsweise über eine Panikrutsche, mit der er seinen Konferenzraum im Notfall fluchtartig verlassen kann. Möglicherweise hängt die Ausgabensteigerung auch da-

mit zusammen, dass der Facebook-Gründer für die Entlassung Tausender Mitarbeiter eintrat.

Nicht ganz so teuer sollen die Vorsorgemaßnahmen im Falle von Sundar Pichai, dem Chef von Google beziehungsweise Alphabet, und Jeff Bezos von Amazon gewesen sein. Hier summierten sich die Kosten für Leibwächter, gepanzerte Fahrzeuge, kugelsichere Scheiben, Alarmanlagen und weitere Maßnahmen zur Absicherung von Bürogebäuden und Wohnhäusern angeblich nur auf ein bis vier Millionen Dollar pro Jahr. Noch günstiger sieht das Ganze im Falle der Investorenlegende Warren Buffett aus. Wie dessen

Holding-Gesellschaft Berkshire Hathaway mitteilt, betrug die Ausgaben für den Schutz des 99-fachen Milliardärs 2022 lediglich 300.000 Dollar. Das könnte daraus resultieren, dass der „Aktionsradius“ des 92 Jahre alten Buffett inzwischen doch recht überschaubar ausfällt.

In der Bundesrepublik existiert keine Pflicht zur Offenlegung der Ausgaben für den Personenschutz von Spitzenmanagern. Und die Konzerne verzichten auch auf freiwillige Angaben hierzu. Dabei besteht teilweise ein erhebliches Gefährdungspotential – vor allem im Bankensektor, der Großindustrie und den Bereichen Energie und Rüstung. Bestes Beispiel

hierfür ist der Säureanschlag auf den früheren Finanzvorstand des Ökostrom-Erzeugers Innogy SE, Bernhard Günther, am 4. März 2018. Diesem vorausgegangen war die von Günther maßgebliche mitbetriebene Aufspaltung des Energiekonzerns RWE AG und der Börsengang von Innogy. Wegen des Attentates, bei dem Günther schwere Verätzungen davontrug, wurde zwar ein Tatbeteiligter im August 2022 zu zwölf Jahren Haft verurteilt, jedoch ist bis heute unklar, in welchem Auftrag die Angreifer handelten.

Solche Vorfälle haben die Unternehmen vorsichtiger gemacht, berichtet Branka Bernges, die Geschäftsführerin

der Vereinigung für die Sicherheit der Wirtschaft (VSW). Gleichzeitig geht sie davon aus, dass seit Ausbruch der Corona-Pandemie und des Ukrainekrieges noch deutlich stärker auf einen effektiven Personenschutz geachtet wird. Allerdings gebe es auch weiterhin große Firmen, welche über kein ausreichendes Schutzkonzept verfügten und blind für mögliche Gefahren seien, warnt Bernges. So könne man immer noch die Wohnadressen mancher Führungskräfte im Telefonbuch finden. Außerdem bestehe deutlicher Verbesserungsbedarf, was das Zusammenwirken mit den staatlichen Sicherheitsbehörden betreffe. W.K.

KÖNIGSBERG

Eine Farce um öffentliche Toiletten

Bauherr kommt seit Jahren seiner Verpflichtung nicht nach – Gouverneur Alichanow verärgert

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Auf einer Sitzung der Regionalregierung entbrannte eine heftige Debatte über das Thema „Toiletten“. Dass sich sogar ein Minister und der Gouverneur auf einer Regierungssitzung damit beschäftigen, liegt daran, dass es bei der meistbesuchten Touristenattraktion der Region, dem Kneiphof mit dem Königsberger Dom, nur eine einzige Toilette gibt. Sie ist von 10 bis 20 Uhr geöffnet, also zu den Öffnungszeiten des Doms. Im Rahmen der umfangreichen Sanierungsarbeiten, die in den vergangenen Jahren auf der Dominsel durchgeführt wurden, sind keine Toiletten gebaut worden. Es gibt auch keine Bio-Toiletten.

Der eigentliche Anlass für die einberufene Regierungssitzung war ein Parkplatz, der in der Nähe des Fischdorf-Gebäudes gegenüber dem Zugang zur Dominsel gebaut werden soll. Gouverneur Anton Alichanow forderte die Mitglieder der Regionalregierung auf, sich mit dem Bauherrn des Parkplatzes im Fischdorf auseinanderzusetzen, der seiner Verpflichtung, eine öffentliche Toilette in den neu gebauten Pavillon zu integrieren, nicht nachgekommen war.

Im November 2012 wurde die Genehmigung zur langfristigen Nutzung des Parkplatzes bis 2058 an den Unternehmer Bajram Agakischiew übertragen, dem der Turm „Majak“ sowie das angrenzende Gebäude mit dem Hotel im Fischdorf-Komplex gehören. Im Januar 2022 wurde zunächst der bestehende Parkplatz geschlossen und mit dem Bau eines neuen Gebäudes begonnen. Geplant war ein einstöckiger Bau mit Verkaufspavillons.

Infolgedessen wurden im Pavillon mehrere Lebensmittelgeschäfte eröffnet: das Fisch-Bistro „River Point“, die Konditorei „Pomatti“, „Hot Dogs bei der Synagoge“, das Café „Krimpasteten“, die Bäckerei „WDNCH“, der Souvenirladen „Königsberger Gold“ und ein Marzipangeschäft



Umstrittener Anbau: Statt Toiletten in den Neubau zu integrieren, stellte der Bauherr einen hässlichen Container auf Foto: J.T.

sowie ein touristisches Informationszentrum. Eine öffentliche Toilette im Inneren des Pavillons wurde jedoch nie eingerichtet, obwohl sich der Bauherr dazu verpflichtet hatte.

Gouverneur reagierte verwundert

Stattdessen, so Alichanow, „haben sie eine Art Vogelhaus angeklebt“. Der Stellvertretende Vorsitzende der Regierung des Königsberger Gebiets, Ilja Barinow, schaltete sich in die Diskussion über die Toilette ein und erklärte: „Sie warten wahrscheinlich darauf, dass wir diesen Anbau genehmigen. In Wirklichkeit werden wir sie natürlich bitten, ihn zu entfernen und eine Toilette zu bauen.“ „Haben sie noch nicht um eine Genehmigung gebeten?“, fragte Alichanow verwundert. „Sie haben gefragt, aber aus

irgendeinem Grund denken sie, dass wir unsere Meinung plötzlich ändern werden. Das wird aber nicht passieren“, beeilte sich Barinow, zu versichern.

Der Leiter des regionalen staatlichen Dienstes für den Schutz des kulturellen Erbes, Jewgenij Maslow, erinnerte daran, dass die offizielle Verwarnung an den Bauherrn bereits im vergangenen Jahr ausgesprochen wurde, der Bauherr aber nur versprochen habe, seine Pflichten zu erfüllen, aber nichts tue. „Sind Sie die Behörden oder nicht? Wie oft noch?“, empörte sich Alichanow darüber, dass weder ein Minister noch die Denkmalschutzbehörde den Bauherrn zwingen konnte seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Königsberger Stadtverwaltung hat Agakischiew bereits wegen des Anbaus an

den Leuchtturm im Fischdorf verklagt, der auf der Uferseite errichtet wurde. Der Eigentümer argumentierte, dass es sich bei dem Anbau um eine vorübergehende Konstruktion handele, die keiner Genehmigung bedürfe, doch die Stadtverwaltung war anderer Meinung. Im Jahr 2016 gab das 13. Schiedsgericht von St. Petersburg der Stadtverwaltung Recht. Der Anbau, der teilweise den Bürgersteig zwischen dem Leuchtturm und der Uferzäunung einnahm, wurde jedoch nie abgerissen.

Die Frage der Toiletten bleibt weiterhin offen. In der Zwischenzeit nähert sich die Tourismussaison und mit ihr die Massenbesuche von Stadtbesuchern auf der Insel. Wahrscheinlich ist es ihnen egal, ob sich die Toilette im Pavillon oder in einem seltsam anmutenden Anbau befindet.

MELDUNGEN

Russische Provokation

Mehlsack – Einen äußerst umstrittenen Besuch stattete Ende Februar der russische Botschafter in der Republik Polen, Sergej Andrejew, der Stadt Mehlsack ab. Anlass war der Todestag des sowjetischen Generals Iwan Danilowitsch Tschernjachowski, der im Jahr 1945 bei Mehlsack [Pieniężno] starb. Dessen Namen verbinden deutsche Historiker mit dem Massaker von Nemmersdorf und den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Ostpreußen, polnische hingegen mit der Zerschlagung der polnischen Heimatarmee in Wilna. Ihm zu Ehren wurde 1946 die Stadt Insterburg in Tschernjachowsk umbenannt und 1971 bei Mehlsack ein Denkmal errichtet, das im Jahr 2015 niedergerissen wurde. Am früheren Standort des Denkmals legte Botschafter Andrejew Blumen nieder. Sein Besuch traf auf Widerstand der lokalen Bevölkerung, vor allem der ukrainischen Minderheit. Laut ihren Berichten begleiteten den Botschafter auch Vertreter polnischer Organisationen, welche die russische Invasion in die Ukraine unterstützen. U.H.

● **Richtigstellung** zum in der Folge 11 der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Seite 13 erschienenen Artikel „Königsberger Express“ in Gefahr: Durch die Formulierung „Im Gegensatz zu anderen deutschsprachigen Publikationen in der Russischen Föderation erhält der ‚Express‘ schon seit Jahrzehnten keine finanzielle Unterstützung mehr von der deutschen Bundesregierung“ konnte ein falscher Eindruck entstehen.

Richtig ist vielmehr, dass der „Königsberger Express“ **nie** eine Unterstützung seitens der Bundesregierung erhalten hat.

Wir bitten, diesen bedauerlichen Fehler zu entschuldigen.

ALLENSTEIN

Provokante Plakataktion zum Frauentag

Kritik an Parodie der Sprache des sozialistischen Realismus – Kulturzentrum ersetzte die Parolen durch feministische

Anfang März tauchten in den Straßen von Allenstein ungewöhnliche Plakate mit Frauendarstellungen auf. Wie sich herausstellte, handelte es sich um eine bewusste Provokation anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März, hinter der das Städtische Kulturzentrum steht. Für die meisten Europäer ist der Frauentag vergleichbar mit dem Valentins- und dem Muttertag, eine Gelegenheit, Ehefrauen, Müttern und Kolleginnen Blumen oder kleine Geschenke überreichen.

In der Republik Polen geht es kaum um politische Fragen, obwohl einige Kreise dafür plädieren, diesen Feiertag als Relikt des Kommunismus zu boykottieren. Vielmehr fällt die Werbung ins Auge: Für Parfüm, Blumen, Pralinen, Frauenkleidung, Schönheitsbehandlungen und sogar Bank- oder Versicherungsdienstleistungen gibt es zahlreiche Angebote „speziell für Frauen“.

Anlässlich des diesjährigen Frauentags bereitete das Städtische Kulturzentrum

eine besondere Aktion mit provokanten Plakaten vor. Sie enthielten Slogans wie: „Und was hast du für die Entwicklung deines Heimatlandes getan?“, „Verschwende deine Zeit nicht. Erwinnere dich daran, wofür du geschaffen wurdest“ oder „Feminismus? Nein danke!“. Die Plakate beziehen sich auf den Lebensstil des sozialistischen Realismus. „Der sozialistische Realismus spitzt die Instrumentalisierung der weiblichen Freiheit auf groteske Weise zu. Die patriarchalische Sichtweise lässt den Betrachter des Werkes in einer Welt der normativen Vereinfachungen landen, weshalb Form und Inhalt der Plakate eine Parodie auf patriarchale Ansprüche an Frauen sind“, heißt es auf dem Facebook-Profil des Kulturzentrums.

Patriarchalische Sichtweise

Nach ein paar Tagen wurden die umstrittenen Slogans verworfen und durch feministische ersetzt. Nun standen Sätze wie „Du schuldest niemandem etwas“ oder

„Sei, wer du willst!“ auf den Plakaten. Das war eine unabhängige Initiative einer Studentin vom Kunstinstitut der Allensteiner

Uni. Das Städtische Kulturzentrum freute sich darüber, weil dies zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Frauen



„Feminismus? Nein danke“: Eines der parodistischen Plakate in Allenstein Foto: D.K.

beigetragen habe, so die Sprecherin der Kultureinrichtung. Das Städtische Kulturzentrum stellt mit seiner Plakataktion Fragen zur heutigen Realität: Inwieweit ist die Sprache der Propaganda im politischen und sozialen Leben präsent, inwieweit wurde die Informationsgesellschaft anfällig für die Manipulation durch die Massenmedien, und inwieweit sind wir in der Lage, unabhängig zu denken oder Nachrichten und Informationen kritisch zu prüfen?

Die Aktion der Kultureinrichtung war auch einen Anlass, um über die gewalttätigen Kommunikationsformen derer zu diskutieren, die symbolische Macht über die Gesellschaft ausüben und deren Lebens-einstellung beeinflussen wollen. „Wir stehen immer auf der Seite der Freiheit und ironisieren die Sprache der Ausgrenzungen und Befehle“, fügen die Mitarbeiter des Städtischen Kulturzentrums hinzu und kommentieren so die an den Litfaßsäulen hängenden Plakate. Dawid Kazanski

Wir gratulieren...

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grochow, Elisabeth, aus Walden, Kreis Lyck, am 2. April
Weidkuhn, Arno, aus Lyck, am 31. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 5. April
Fischer, Grete, geb. **Schmakeit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 1. April
Frenzel, Olga, geb. **Köhler**, aus Ebenrode, am 3. April
Pliska, Waldemar, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 1. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ehrenberg, Rudy, aus Neidenburg, am 4. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dombrowski, Walter, aus Dor-schen, Kreis Lyck, am 2. April
Koepke, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Putzki, Gerda, geb. **Plaar**, aus Wehlau, am 4. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Biallas, Irma, geb. **Sembritzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 31. März
Juse, Charlotte, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Nissen, Irmgard, geb. **Klingenberg**, aus Godnicken, Kreis Fischhausen, am 2. April
Satzer, Erna, geb. **Völlmann**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. April
Turowski, Helmut, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. März
Wischniewski, Gerhard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 4. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Charchulla, Liesbeth, geb. **Newiger**, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. April
Fenske, Hildegard, geb. **Maser**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Gremke, Erich, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 1. April
Hesse, Willi, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 6. April

Niederhaus, Kurt, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 6. April
Salk, Horst, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 6. April
Thernell, Annerose, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 2. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Classen, Oswald, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 6. April
Engmann, Irmgard, geb. **Rudowski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 31. März
Frech, Herta, geb. **Boseniuk**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. April
Junghans, Brigitte, geb. **Pietrzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 4. April
Kaesler, Edith, geb. **Ragnitz**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 5. April
Kutschera, Gertraude, geb. **Gritzka**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 1. April
Quadt, Christel, geb. **Kobialka**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 4. April
Reinke, Liselotte, geb. **Pogodda**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 31. März
Rimkus, Bruno, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 31. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Jäger, Herta, geb. **Danielzik**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 1. April
Korth, Heinz, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 4. April
Kosowski, Irma, geb. **Lojewski**, aus Lyck, Yorkstraße 21, am 3. April
Lattko, Wilhelm, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 31. März
Maschlinski, Otto, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. April
Melchin, Walter, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 5. April
Sandberg, Gerda, geb. **Koch**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. April
Schneemann, Waltraud, geb. **Niklaus**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, am 3. April
Ullmann, Christel, geb. **Jaschewski**, aus Treuburg, am 6. April
Urbczat, Hildegard, geb. **Lasarek**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 5. April
Zupp, Edith, geb. **Jurr**, aus Klinglacken, Kreis Wehlau, am 31. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Glanz, Lisbeth, geb. **Plogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 2. April
Kollhoff, Elfriede, geb. **Hemke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. April
Maszerim, Kurt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 4. April

Moldzio, Erich, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 1. April
Rosenwald, Christel, geb. **Kowalkowski**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 5. April
Sach, Heinz, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 6. April
Sadlowski, Gerda, geb. **Siemund**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 6. April
Walendy, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. April
Wenk, Artur, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. April
Wieczorek, Gerda, geb. **Orlowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. April
Zacher, Irmgard, geb. **Hundrieser**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bakalorz, Hanna, geb. **Tomzyk**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. April
Bleck, Lotte, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 1. April
Brüggemann, Toni, geb. **Rohmann**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 5. April
Drewello, Karlheinz, aus Allenstein, Kreis Treuburg, am 31. März
Fuhrhop, Irmgard, geb. **Hankel**, aus Linkau, Kreis Fischhausen, am 2. April
Jera, Manfred, aus Treuburg, am 5. April
Kruska, Herbert, aus Groß Schie-manen, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Lumma, Hedwig, geb. **Grönig**, aus Schuttchen, Kreis Neidenburg, am 3. April
Richter, Elfriede, geb. **Wagner**, aus Forstamt/Insel, Kreis Lyck, am 3. April
Rünger, Ilse, geb. **Mostolta**, aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck, am 2. April
Schulz, Irma, geb. **Warning**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. April
Schumacher, Christel, geb. **Smolka**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, am 3. April
Suhr, Ursula, geb. **Arndt**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 1. April
Trochim, Gerd-Ulrich, aus Treuburg, am 1. April
Waschull, Siegfried, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 5. April
Winter, Kriemhilde, aus Caspershöfen, Kreis Fischhausen, am 1. April

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

**Termine 2023 der Landsmannschaft Ostpreußen**

15. und 16. April: **Arbeitstaugung Deutsche Vereine** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Sensburg
21. bis 23. April: **Kulturseminar** in Helmstedt

24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt

7. Oktober: 26. **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Rostock
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt

7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein

10. November: **Arbeitstaugung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Zu einem Austausch über die Kulturförderung und den Versuch von Kulturstaatsministerin Roth, verstärkt politischen Einfluss auf die nach Paragraph 96 BVFG geförderten ostdeutschen Museen zu nehmen, hat der Sprecher der LO, Stephan Grigat (links), im Ostpreußenhaus in Hamburg den Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christoph de Vries MdB, empfangen. Weitere Themen waren die Diskriminierung der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen bei der Vergabe von Mitteln für den muttersprachlichen Deutschunterricht durch die polnische Regierung und die Zukunft von Schloss Steinort in Masuren

Foto: LO

Wittkowski, Siegfried, aus Neidenburg, am 6. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berner, Otto, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 5. April
Berßelis, Lothar, aus Sandkirchen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. April
Buczilowski, Karl-Heinz, aus Kutzen, Kreis Lyck, am 2. April
Enzmann, Heidrun, geb. **Motekat**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 5. April
Friedrich, Brigitte, geb. **Knöller**, aus Lyck, am 3. April
Gollub, Hans-Jürgen, aus Satticken, Kreis Treuburg und aus Lyck, am 6. April
Hocke, Inge, geb. **Goetzke**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 6. April
Jöhnke, Gisela, geb. **Gajewski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Kipar, Fritz Heinz, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Ladach, Marlene, geb. **Hardt**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 1. April
Lambrecht, Renate, geb. **Kalkstein**, aus Waltershausen, Kreis Neidenburg, am 5. April

Norra, Wilhelm, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 1. April
Paczanski, Kurt, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 5. April
Preuschat, Edeltraud, geb. **Syska**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Schauer, Gerhard, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. April
Spilgies, Günter, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 4. April
Wien, Dieter, aus Stadthausen, Kreis Wehlau, am 3. April
Wischniewski, Ingrid, aus Klausen, Kreis Lyck, am 31. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Achilles, Guenther, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 4. April
Born, Ernst, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 3. April
Dudde, Werner, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 4. April
Grabnitzki, Lothar, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. April
Herdan, Irene, geb. **Rogalla**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 5. April
Soyka, Reinhard, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 2. April
Zerrath, Jochen, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 5. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bauer, Gisela, geb. **Kottke**, aus Thierenberg, Kreis Fischhausen, am 5. April
Elspaß, Inge, geb. **Goczinski**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 1. April
Thurau, Elvira, geb. **Neumann**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. April

PAZ wirkt!**Hinweis**

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landeskulturtagung

Ellingen – Sonnabend, 1. April, 9.30 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen: Landeskulturtagung. Eine Anmeldung war bis zum 27. März mit Anmeldeformular bei Jürgen Danowski, Am Weinbergplateau 11, 91522 Ansbach, Telefon (0927) 488490, Fax (0981) 4884949, E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de notwendig.

Nach der Eröffnung durch den Landeskulturreferenten wird Dr. Jörn Barfod einen Gedenkvortrag für Hermann Brachert halten, Kraft-Eike Wrede wird zu Herrmann Sudermann referieren. Nach einer Tagungspause startet um 14 Uhr der Punkt „Lied und Gesang“ mit dem Folkloreensemble der Ihna Erlangen. Um 16 Uhr wird als letzter Tagungspunkt der Dokumentarfilm „Trakehner – des Königs letzte Pferde“ gezeigt. Gefördert wird die Veranstaltung über das Haus des Deutschen Ostens München, aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales.

Frühling in Ostpreußen

Hof – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zum monatlichen Beisammensein im Jahnheim. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste. Den Geburtstagskindern des letzten Monats wünschte er Glück und Gesundheit.

In einem interessanten Vortrag ging Joachim auf das Klima zur Frühlingszeit ein. Da Ost- und Westpreußen weitgehend von Festland umgeben ist, herrscht in der Region ein kontinentales Klima, das sich durch stabile Wetterlagen auszeichnet. Daher sind die

Jahreszeiten klar abgegrenzt. Das Jahresmittel beträgt etwa sieben Grad Celsius. Die Sommer sind heiß, die Winter bitterkalt. Nach dem langen Winter zieht der Frühling meist erst Mitte oder Ende April ins Land und so ist die Vegetationsdauer etwa zwei bis drei Wochen kürzer als in Deutschland. In Ostpreußen kam der Frühling nicht, er brach plötzlich herein. Eines Tages wurde es warm, und dann grünte und blühte es. Hans Graf von Lehndorff beschrieb in seinem „Ostpreußischen Tagebuch“ die Wettersituation seiner Heimat ausführlich. Wie in dem Volkslied „Im März der Bauer“ beschreibt, lief es in Ostpreußen nicht. Im März lag oft noch Schnee und die Obstblüte begann meist erst Ende Mai, das Getreide war spät reif. Der Journalist und Mundartdichter Alfred Lau, der seine Jugend bei den Großeltern in einem kleinen Dorf bei Insterburg verbrachte, wusste davon in seinem „Ostpreußisches Klagelied“ zu berichten.

Der wichtigste Protagonist für den Frühling in Ostpreußen war jedoch, und ist immer noch, der Storch, der Adebar. Seine Ankunft läutet den Frühling ein. In einem Volkslied über ihn aus Natangen, das 1877 in Königsberg gedruckt wurde, erfährt man Genaueres über sein Aussehen, sein Gehabe für Familie, Arbeit und Soziales.



Nicht nur schön, sondern voller Mythos: Weißstorch an der Rafdamündung in Klein Guja auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1941

und seine Aufgabe, die Kinder zu bringen. Nach diesen Ausführungen und einem „Streit der Frühlingsmonate“, den Jutta Starosta vorlas, endete die Zusammenkunft mit regen Gesprächen.

Die nächste Monatsversammlung findet erst am Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Jahnheim statt. Thema wird der Muttertag sein.

Jutta Starosta



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Ostbegegnung

Hamburg – Sonnabend, 1. April, 10.30 Uhr bis 15 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Osterbegegnung der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg.

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842



Die diesjährige **Arbeitsstagung der Kreisvertreter** fand unter der Leitung von Brigitte Stramm (vorderste Reihe, Dritte von links), Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, am 18. und 19. März in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Beratungen über die Zukunft der Heimatstuben, Heimatmuseen und Archive der Kreisgemeinschaften. Die Möglichkeiten zur Gewinnung von Führungsnachwuchs und neuen Mitgliedern sowie Erfahrungen der Kreisgemeinschaften mit Facebook und anderen sozialen Medien waren weitere wichtige Themen der Tagung. Daneben wurden auch die aktuellen Veranstaltungen und Projekte der Landsmannschaft Ostpreußen und der Kreisgemeinschaften präsentiert

Foto: LO



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Bildvortrag

Kassel – Donnerstag, 6. April, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140, Kassel: „Die Rheinwiesenslager und die politischen Lager 1945-1948“. Bildvortrag von Autor Horst Gömpel.

Filmvortrag

Wetzlar – Dienstag, 18. April, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld,

35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: 18. April: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus“, Film-Vortrag von Herrn Kuno Kutz. Weitere Informationen beim Referenten, Heintzies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

der bisherigen Meinung bewies er, dass nicht die Erde unbeweglicher Mittelpunkt des Weltalls ist, sondern die Sonne, um die alle anderen Himmelskörper kreisen ... auch die Erde.

Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 20. April, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46, zu erreichen mit der ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße: Gemeinsames Mittagessen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 14. April bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

LANDESGRUPPEN

Fortsetzung von Seite 15



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhnke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

46485 Wesel: Frühlingsfest mit Kaffee und Kuchen. Bitte bis Sonnabend, 15. April anmelden bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Termine in Düren

Düren – Mittwoch, 5. April, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Vortrag zum Thema „Patientenverfügung“. Die Heimatabende der Gruppe Düren e. V. finden jeden ersten Mittwoch im Monat, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, statt.

Frühlingsfest

Wesel – Sonnabend, 22. April, 14.30 Uhr, Gemeindesaal, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 80,

Lichtbildervortrag

Burg auf Fehmarn - Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Hans-Albert Eckloff aus Bad Schwartau hält bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ einen Lichtbildervortrag über „Eine Sommerreise durch Ostpreußen“. Gäste sind herzlich willkommen.



Zusendungen für die Ausgabe 15/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 15/2023 (Erstverkaufstag 14. April) **bis spätestens Dienstag, den 4. April**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsen@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Schatten von Flucht und Vertreibung

Rückblick auf die Kulturtage in Pforzheim



Erinnert an die Opfer von Flucht und Vertreibung: Denkmal vor dem Haus der Landsmannschaften

Am 18. und 19. März fand die diesjährige Kulturtagung des Bundes der Danziger e.V. zum Tagungsthema „Heimatlos in der neuen Heimat? Die langen Schatten von Flucht und Vertreibung“ statt. Für die Veranstaltung öffnete das Museum Haus der Landsmannschaften in Pforzheim die Türen.

Für das Grußwort konnte der Bund der Danziger die Leiterin des Pforzheimer Kulturamtes, Angelika Drescher, gewinnen. Nach ihrer Darstellung der Arbeit der Kulturbehörde ließ sie nicht unerwähnt, dass Flucht und Vertreibung in Zeiten eines gegenwärtigen innereuropäischen Krieges aktuelle Themen seien – auch in Pforzheim, deren Einwohner aus 141 Staaten stammen.

Den wissenschaftlichen Part der Kulturtagung übernahm unter anderem der Historiker Dr. Christopher Spatz aus Bremen mit seinem Vortrag zum Grenzdurchgangslager Friedland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden darin vertriebene Deutsche aus sämtlichen Ostgebieten sowie ehemaligen Kriegsgefangene zeitweilig untergebracht. Im Laufe der Jahre waren die Lagerbaracken der niedersächsischen Kleinstadt für etwa vier Millionen Menschen die erste Anlaufstelle nach dem Verlust ihrer Heimat. Anhand zahlreicher Lichtbildaufnahmen konnten die Teilnehmer einen Eindruck von den Umständen im Lager und von der Verzweiflung – aber auch Erleichterung – der Menschen dort gewinnen.

Spatz, der sich bereits seit vielen Jahren mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Schicksale der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge befasst, gab im Anschluss eine kommentierte Lesung aus seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“. Die Schilderungen von einer der größten humanitären Katastrophen, die sich zwischen 1945 und 1948 im nördlichen Ostpreußen, in Königsberg und der weiteren Umgebung ereignete, ließen bei einigen Tagungsteilnehmern die schrecklichen Erinnerungen an die eigenen Fluchterlebnisse oder aber die Erzählungen des Vaters, der Mutter oder der Großeltern lebendig werden. Der Überlebenskampf vieler elternloser deutscher Kinder in so wjetischen Heimen und in den

Wäldern und Dörfern Litauens ließ keinen Zuhörer unberührt. „Jede Fluchtgeschichte ist es wert, erzählt zu werden“, mit diesen Worten schloss Spatz seine Ausführungen zu den Lebensstationen der von ihm interviewten ostpreußischen „Hungerkinder“.

Es war unzweifelhaft, dass der erste Veranstaltungstag nicht mit einem derart schwerwiegenden Thema enden durfte. Daher gab es einen kurzweiligen und unterhaltenden Impulsvortrag zum Danziger Kantapfel – wiederum von Spatz. Anhand zahlreicher Bilder illustrierte der Referent seine Leidenschaft für den Anbau alter ostdeutscher Obstsorten.

Am Folgetag eröffnete die Landesbeauftragte des Bundes der Danziger für Baden-Württemberg, Petra Lorinser, mit einem Vortrag über das Wirken des Bundes der Danziger ebendort. Hierbei gab es nicht nur für die jüngeren Mitglieder des Bundes der Danziger einen „Aha-Moment“. Denn Pforzheim war nämlich, wie die Referentin darlegte, schon seit jeher ein Ort der Begegnung für die Danziger Gemeinschaft. Besondere Erwähnung fand insoweit Prof. Dr. Ruhnau, der sich als Landesvorsitzender ab 1966 für gut drei Jahrzehnte für die Belange des Bundes der Danziger in Baden-Württemberg einsetzte.

Der Berliner Geograph Reinhard M. W. Hanke hob mit einem gleichermaßen informativen wie amüsanten Vortrag zum Danziger Astronomen Johannes Hevelius

die Bedeutung desselben für die Astronomie im 17. Jahrhundert und im Allgemeinen hervor.

Der nächste Programmpunkt sah eine Führung durch das Museum Haus der Landsmannschaften vor. Seit Ende der 1980er-Jahre ist das restaurierte Bauernhaus im Stadtteil Brötzingen Ausstellungsort der Heimatvertriebenen. Die Hausherrin Ursula Schack ließ es sich trotz ihres beachtlichen Alters von 97 Jahren nicht nehmen, selbst zur Geschichte des Hauses auszuführen und erläuterte in jeder der sieben Heimattuben die Exponate. Das Museum steht den Besuchern regelmäßig sonntags und auf Anfrage offen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Danziger, Dr. Bennet Brämer, zog eine positive Bilanz der Tagung und bedankte sich im Namen des Bundes der Danziger für die Gastfreundschaft von Frau Schack. Weitere Danksagungen richteten sich an die Referenten für ihre Vorträge, Frau Drescher für ihr Grußwort sowie an die gut 40 Gäste für ihre Teilnahme und die zahlreichen Diskussionsbeiträge. Nicht zuletzt gebührte den freiwilligen Helfern aus Pforzheim und Ravensburg der Dank für ihren Einsatz zum Gelingen der Veranstaltung. Für das kommende Jahr stellte Brämer eine erneute Veranstaltung des Bundes der Danziger in Süddeutschland in Aussicht – dies verbunden mit dem Wunsch nach einem Wiedersehen mit allen Tagungsteilnehmern. *B. Brämer*

Rätsel

Aufsehen, Skandal	Form des Fitness-trainings	orientalische Kopbedeckung	bayerisch: Almhirt	Oper von Lortzing	wieder	Pelztier, Marderart	Grazie	doppelt-kohlensaures Natrium	Auspuffstoff	Fischgericht	vielfarbig	afrikanische Wüste	Hauptstadt von Senegal																																										
dt. Schriftsteller (Erich)			Freund des Schönen	Fremdwortteil neu (griech.)			chem. Element, Schwermetall		erschließbares Grundstück			Rohrverbindungsstück	vollendete Entwicklung																																										
Trauben-ernte		weibliches Bühnenfach				Körperflüssigkeit			Landschaft westlich der Elbe																																														
Gebirgsmulde			geöffnet, offen (ugs.)	Karteikartenkennzeichen	Begleitmannschaft, Gefolge				Platzdeckchen (engl.)	unsportlich, regelwidrig	Harnstoff (lateinisch)																																												
prahlisch reden (ugs.)	großartig, unglaublich	Turngerät	Stadt im US-Staat Washington			Gedenkstätte																																																	
Hochland in Zentralasien			langschwänziger Papagei	nicht ganz, partiell	Vorname Falladas				langes Kleid	Wind am Gardasee	eine Farbe		Ei der Laus																																										
			ersatzpflichtig			runde Schneehütte	sich ent-rüsten, erregen (sich ...)																																																
Musik: ein wenig, etwas	französischer Fluss zur Loire		Eigen-tum be-schlag-nahmen	Geräusch-instrument	aus-erlesen, aus-erwählt	Kanton der Schweiz	Kummer, Seelen-schmerz	Kauf, Anschaf-fung	briti-scher Sagen-könig		lang-beiniger Vogel		Richter-spruch																																										
Zugma-schine (Kurz-wort)		tropi-sches Säuge-tier																																																					
3. floeten Magisch: 1. Krefeld, 2. Pfleger, Nehrung																																																							
2. Eifmeten, 3. Maschinen, 4. Matrosen, 5. Geburten, 6. Kaninchen, 7. Träger –																																																							
Mittelworträtsel: 1. Orangen.																																																							
<table border="1"> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> </table>														W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A	W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A	W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
Schüttelrätsel:																																																							
<table border="1"> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> </table>														W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A	W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A	W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
So ist's richtig:																																																							
<table border="1"> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>W</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> <tr><td>S</td><td>A</td><td>L</td><td>L</td><td>I</td><td>S</td><td>A</td></tr> </table>														W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A	W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A	W	A	L	L	I	S	A	S	A	L	L	I	S	A
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	
W	A	L	L	I	S	A																																																	
S	A	L	L	I	S	A																																																	

Schüttelrätsel

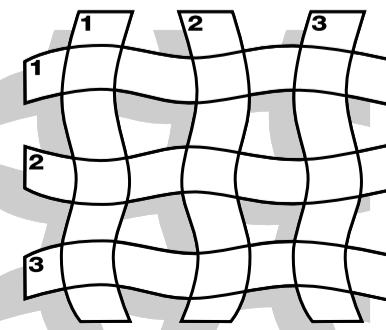
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AILL SW	AAER	ALM	LSTU	AIMS	AMMST	AABH	AGOY
					AGT		
EMU			ADHIO				
AGST	APS			AMY			
			AABMM				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung der Name eines Landstreifens zwischen Meer und Haff.

1	BLUT					BAUM
2	FOUL					TOR
3	BAU					BAUER
4	LEICHT					HEMD
5	HAUS					RATE
6	WILD					STALL
7	EISEN					LOS



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Stadt in Nordrhein-Westfalen
- 2 Fürsorger, Betreuer
- 3 auf einem Blasinstrument spielen

Heimatkreisgemeinschaften

LO-Mitglied



Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Persönliche Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen wählen bei der Ostpreußischen Landesvertretung, der Mitgliederversammlung der LO alle drei Jahre **einen Delegierten**. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. **Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Bartenstein

Kreisvertreter: Hans-Gerhard Steinke, Fasanenweg 12, 25497 Prisdorf, Tel. (04101) 5686660, hans-g.steinke@online.de

Neuer Veranstaltungsort

Nienburg – In der aktuellen Ausgabe von „Unser Bartenstein“ wird angekündigt, dass das Kreistreffen am 2. September in Nienburg im Hotel „Platon“ stattfindet. Nachdem der Druck von „Unser Bartenstein“ angelaufen war, hat uns das Hotel „Platon“ wieder ausgeladen.

Nun wird das Kreistreffen stattfinden in der Tagungsstätte „Weser-Suite“, Max-Eyth-Straße 2, die sich in der Nähe des Bahnhofs befindet. Nähere Informationen zur Tagungsstätte sind über deren Internetseite abrufbar: www.deula-nienburg.de.

In der nächsten Ausgabe von „Unser Bartenstein“, erscheint Anfang Juli, werden die Details mit Programm des Kreistreffens vorgestellt. *Christian von der Groeben*



Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Nachbarschaftstreffen

Lüneburg – Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, direkt neben dem Landesmuseum: Treffen der Melstromer, Elchniederung, Tilsit-Ragniter und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung. Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gesangsvortrag, es folgen das Geistliche Wort und die Totenehrung, die Begrüßung durch die Kreis- und Stadtvertreter, die Festrede hält Hubertus Hilgen-dorff, Kreisvertreter von Rastenburg. Nach einer musikalischen Einlage ist Zeit zur Besichtigung des Ostpreußen Landesmuseums und zum Plachandern.

Die Veranstaltung schließt mit Gesang und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Abschied von Ilse Kruyk

Jahrzehnte hat sie uns begleitet, treu und aktiv gehörte Ilse Kruyk, geboren am 7. August 1931, bis zuletzt zur Basis unserer Kreisgemeinschaft.

Veranstaltungen und Reisen in die alte Heimat im Kreis Johannsburg waren für sie Herzenssache. Helfen, unterstützen und mitreden waren Leitbilder ihres Den-

kens und Handelns. Resolut und durchsetzungsfähig stand Ilse Kruyk vor und hinter dem Begriff Heimatliebe. Nach dem Tod ihres geliebten Mannes Eberhard, war die Welt für Ilse Kruyk nicht mehr die gleiche, ihr Alltag war um Einiges schwerer geworden, trotzdem blieb sie offen für alles was sich in Ostpreußen und in unserer Kreisgemeinschaft tat.

Die letzten Monate ihres ereignisreichen Lebens waren leider geprägt von schweren kriminellen Machenschaften ihrer Nachbarschaft. Nach einem Sturz und Leidenszeit ist Ilse Kruyk am 15. März ruhig eingeschlafen, wir beten für ihren Seelenfrieden an der Seite ihres Mannes.

Unser aller Dank für die Lebensleistungen der Ilse Kruyk drücken wir im steten Gedenken aus. *Mitglieder, Freundinnen und Freunde, Deutscher Freundeskreis Rosch, Vorstand der Kreisgemeinschaft Johannsburg e.V. Klaus Downar, Kreisvertreter, Benedikt Downar, Vorstand, Günter Woyzechowski, Ehrenmitglied*
Der Wunsch der Ilse Kruyk war es, zuge dachte Blumen- und Kranz-

grüße als Spende an die Kreisgemeinschaft Johannsburg e.V. zu übermitteln. Die Urnenbeisetzung findet im engsten Kreis statt.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Regionaltreffen Nord in neuen Räumen

Lübeck – Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass), 11.30 Uhr (Beginn), Zur Blockhütte, Koggenweg 1, 23558 Lübeck: Regionaltreffen Nord. Die Veranstaltung findet in neuen Räumen statt. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Heidi Mader unter Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidimader@gmx.de.

BAD NENNDORF

Alpen – Orient – Königsberg

Bericht zur Agnes-Miegel-Tagung am 18. März

Die 1. Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, Dr. Marianne Kopp, begrüßte die Teilnehmer im vollbesetzten Saal des Hauses Kassel in Bad Nenndorf. Zum ersten Thema „Die Heimkehr – Eine Erzählung von Agnes Miegel aus der Zeit der Christianisierung im Alpenraum“ gab sie eine Einführung. Hauptperson der 1934 im Prosa-Band „Gang in die Dämmerung“ erschienenen Erzählung ist der irische Mönch Vater Cuthbert. Er lebt im 7. Jahrhundert als Pfarrer und Missionar in einem Alpen-tal. Miegel erzählt den letzten Lebenstag des fast 80-jährigen Mannes auf dem Weg von seiner Kapelle hinab in das von der Maison-ne erwachende Tal. Seine Heimkehr im Tode meint einen höheren Sinn von Heimat als die unvergessliche geographische Heimat Irland. Die anschließende Lesung der Erzählung durch Sabine Crone war beeindruckend und offenbarte die Schönheit der Sprache der Dichterin mit ihren farbenfrohen Naturbeschreibungen und bildhaften Figuren.

In der Gedenksprache am Grab von Agnes Miegel auf dem Bad Nenndorfer Friedhof anlässlich ihres 144. Geburtstages erinnerte Kopp an das Leben der Dichterin, das von mehreren schweren Weltkatastrophen geprägt war. Miegel durchlitt und überlebte die Pandemie der Spanischen Grippe und zwei Weltkriege. In den Briefen von 1914, aus denen Kopp vorlas, ist die Dichterin erschüttert über den Kriegsschauplatz Ostpreußen. Die Rednerin schlug den Bogen zur Coronapandemie und dem Krieg in der Ukraine in der Gegenwart. In Miegels persönlicher Einstellung und ihrem dichterischen Werk ist nichts von Kriegsverherrlichung zu finden. Ihr großes Anliegen drückte die Dichterin mit einem Zitat aus der antiken griechischen Tragödie „Antigone“ des Sophokles aus: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da!“ Das Gedenken an der Grabstätte klang aus mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes und des Friedensliedes „Zogen einst fünf wilde Schwäne“.

Der Nachmittag brachte den glanzvollen Tagungshöhepunkt mit der hohen Kunst der Ballade, die Agnes Miegel so berühmt gemacht hat. Annemete von Vogel sprach feierlich und feinfühlig „Die Mär vom Ritter Manuel“: Ein König und sein Gefolge lassen zu, dass der am Hof weilende fremde Magier den Ritter Manuel dazu bewegt, sein Haupt in eine Zauberschale einzutauchen. Danach glaubt er, zwanzig Jahre in einem fernen Land gewesen und dort Gatte einer Königstochter geworden zu sein. Diesen Traum kann Manuel nicht vergessen und stirbt. Nach langer Zeit erscheint am Hof eine Gesandtschaft der Königstochter aus Manuels Traumwelt. Der König erstarrt und ruft verzweifelt „Erbarmer aller Welt, sprich, was ist Schein?“ So verzauberte die Rezitatorin die „Miegel-Gemeinde“, die danach einen gedankenreichen, erhellenden Vortrag der Literaturwissenschaftlerin Kopp aufmerksam aufnahm: Den Stoff für die Ballade fand Miegel schon 1893 als 13-Jährige in ei-

ner „Orientalischen Erzählung“ in einem Englischlehrbuch. Sie hatte ihn so verinnerlicht, dass sie ihn zwölf Jahre später in Versen gestaltete. Die Ballade erschien zuerst 1907 im Band „Balladen und Lieder“. Kopp veranschaulichte die Motive der Ballade: das Element des Wassers, Dunkelheit und Nacht, Tod. Ein Lichtschimmer ist der Page am Ende der Ballade. Er bietet die Deutung als Märchen an. Nach den wissenschaftlichen Informationen förderte die zweite ausdrucksstarke Rezipitation durch den Sprecherzieher Lienhard Hinz das Verständnis der Dichtung.

„... mitzulieben bin ich da!“

Der Bildervortrag „Agnes Miegel in Königsberg – Lebensorte im heutigen Kaliningrad“ von Jörn Pekrul am Ende der Tagung ließ die Verbindung zur Heimat der Dichterin aufleben. Er zeigte die noch heute vorhandenen Wohnhäuser und deutschen Sehenswürdigkeiten, die Miegel gekannt hatte. Von 1934 bis 1945 wohnte sie in der Hornstraße 7, der heutigen Uliza Sershanta Koloskova. Auf Pekruls Foto war die Bronzetafel für Agnes Miegel des Bildhauers Siegfried Zimmermann aus dem Jahr 1992 noch zu sehen. Die Dichterin erlebte ihre Stadt in etwa so, wie Pekrul sie mit historischen Schwarz-Weiß-Aufnahmen des Neuroßgartens, des Schlosses und Postamts, der Altstädtischen Kirche, des Kaiser-Wilhelm-Platzes, der Schloßbrücke, des Nordbahnhofs und mit einer Farbaufnahme des Hafens mit Speicher und Schloßturm zeigte. Mit vielen weiteren Bildern aus der Gegenwart wies er sich als kundiger Stadtführer von Königsberg aus und begleitete seine Ausführungen sogar mit Rezipitationen von Gedichten. Mit dieser Tagung bleibt Bad Nenndorf als Agnes-Miegel-Stadt in Erinnerung. *L. Hinz*



Bewahren Agnes Miegels Andenken und halten es lebendig: 1. Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft Marianne Kopp (rechts) und Annemete von Vogel, 2. Vorsitzende
Foto: Lienhard Hinz

ANZEIGEN

Gerhard Büchler

* 16.3.1931 Jessen, Kreis Insterburg
† 2.2.2023 Düsseldorf

In Liebe und Dankbarkeit

**Bodo und Claudia Büchler
mit Beatrice, Patricia und Victoria**

**Benita Büchler und René
mit Melissa und Emily**

Bodo Büchler, 40468 Düsseldorf, Wacholderweg 15

Der Tod einer Ehefrau, Mutter, Oma und Uroma ist der erste Kummer, den man ohne sie beweint.

Am 2. März 2023 verließ uns

EDITH DONDER

geb. Kania aus Kutzen

Wir trauern um sie

Günter

Uschi und Manfred

sowie alle Familienangehörigen

Die Trauerfeier fand am 13. März 2023 statt.

Die Urnenbeisetzung erfolgt im engsten Familienkreis auf dem Nordfriedhof Köln.

U. Donder, Leuthenstraße 4, 50737 Köln

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied.
Wir sind sehr traurig, dass du gingst,
aber dankbar, dass es dich gab.

Dagmar Fuhrmann

geb. Kohlhoff

* 29. 7. 1938 † 7. 3. 2023

In stiller Trauer

Bernd Fuhrmann

Axel und Marie

und alle Angehörigen

Die Trauerfeier fand im engsten Familienkreis statt.

32105 Bad Salzuflen, Matthias-Claudius-Straße 4
Bestattungen Kramer, Bad Salzuflen

ERNST MOLLENHAUER

Ein Expressionist aus Tapiau

Lovis Corinth brachte den Maler zur Kunstakademie Königsberg – Ein Künstlerleben in historisch bewegter Zeit

VON MARTIN STOLZENAU

Ernst Mollenhauer stammte wie Lovis Corinth aus Tapiau und entwickelte sich wie dieser zum bedeutenden Maler, der seine Hauptwirkungsstätten in der Künstlerkolonie Nidden, in Düsseldorf und auf Sylt hatte, wo er am 3. April vor 60 Jahren verstarb. Mit seinen Landschaftsbildern von der Kurischen Nehrung erreichte der Künstler auch über seinen Tod hinaus eine große Nachwirkung. Sein Nachlass kam über seine Tochter in den Besitz des Ostpreußischen Landesmuseums, das mit rund 100 Arbeiten über die größte zusammenhängende Sammlung der Werke Mollenhauers verfügt.

Mollenhauer wurde am 27. August 1892 in Tapiau geboren. Sein Geburtsort liegt 35 Kilometer östlich von Königsberg, hatte seinen Ursprung in einer preußischen Wehranlage und wurde vom Deutschen Orden 1351 mit einer Burg befestigt. Tapiau erhielt 1722 das Stadtrecht, entwickelte sich als Kleinstadt im Landkreis Wehlau und überstand den Zweiten Weltkrieg ohne Schäden. Heute gehört die Stadt mit rund 14 000 Einwohnern zur russischen Oblast Kaliningrad.

Im Tapiau des ausgehenden 19. Jahrhunderts wuchs Mollenhauer auf. Sein Vater war mit Lovis Corinth, der als Hauptvertreter des deutschen Impressionismus mit seinen Bildern bis heute einen festen Platz in der deutschen Kunstgeschichte einnimmt, befreundet. Corinth erkannte die Begabung des Jungen und bewog dessen Eltern dazu, ihn nach dem Schulabschluss nach Königsberg auf die Kunstakademie zu schicken. Mollenhauer studierte ab 1913 bei Richard Pfeiffer, er war für die Dauer des Ersten Weltkriegs Soldat und setzte anschließend sein Kunststudium in Königsberg fort, wo er ab 1920 von Artur Degner als Meisterschüler betreut wurde. Zwischendurch erschloss er sich das Fischerdorf Nidden auf der Kurischen Nehrung



Mollenhauer-Gemälde aus dem Jahr 1921: „Rettungshaus in den Dünen“

Foto: Ostpreußisches Landesmuseum

mit der reizvollen Landschaft, die auch andere bekannte Künstler wie die Brückemaler Karl Schmidt-Rottluff und Max Pechstein sowie Schriftsteller wie Thomas Mann anzog.

In der Künstlerkolonie Nidden

Nidden gedieh zum Sehnsuchtsort vieler Künstler und zur Künstlerkolonie. Als erste Maler in Nidden sind die Tiermaler Heinrich Krüger, Ernst Bischof-Culm sowie Eduard Anderson überliefert. Es folgten die Landschaftsmaler von der Königsberger Kunstakademie und danach auch Maler aus ganz Deutschland. Der Gasthof

von Hermann Blode bildete das Zentrum. Der Eigentümer baute sein Haus zum Hotel aus, richtete Ateliers ein und betätigte sich als Nutznießer des wachsenden Andrangs auch als Mäzen.

Für Mollenhauer hatten die Diskussionen auf der „Künstlervoranda“ einen besonderen Reiz. Dazu kam die Anziehungskraft der Blode-Tochter Hedwig. Beide wurden bald ein Paar und heirateten 1920. Danach gab es politische Veränderungen für das Memelland. Es kam zunächst unter die Kontrolle des Völkerbundes und wurde 1923 von Litauen annektiert. Mollenhauer unterstützte sei-

nen Schwiegervater trotz wachsender Beschränkungen bei der Erhaltung der Künstlerkolonie und ging dann bis 1924 in die USA. Auf Dauer zog es ihn aber zurück nach Nidden, wo er bis 1945 lebte, als Landschaftsmaler arbeitete und sich im Blodehaus über Familienzuwachs freuen konnte. 1925 wurde seine Tochter Maja geboren, die später als Kunsthistorikerin Bekanntheit erlangte. Mollenhauer schuf mit kräftigen Farben im expressionistischen Stil Landschaftsbilder, bot sie im Blodehaus für die Sommergäste zum Verkauf an und erlangte damit überregionale Bekanntheit.

Nach der Rückkehr des Memellandes zum Deutschen Reich erklärten die Nationalsozialisten Mollenhauers Arbeiten zur „entarteten“ Kunst. Er erhielt ein Mal- und Ausstellungsverbot und betreute nun das verlassene Sommerhaus von Thomas Mann in Nidden. Es folgten bei Kriegsende Flucht und Kriegsgefangenschaft in Dänemark. Im Jahr 1946 gelang ihm in Kaarst bei Düsseldorf der Neuanfang. Der Großteil seiner in Nidden zurückgelassenen Bilder wurde von Soldaten der Roten Armee als Brennmaterial für die Sauna genutzt. So blieb nur ein Bruchteil seiner Werkfülle erhalten.

Mollenhauer bezog 1950 im Künstlerhaus in der Sittarder Straße in Düsseldorf ein Atelier und malte aus der Erinnerung die verlorenen Landschaftsmotive der Kurischen Nehrung mit „expressionistischer Formenvereinfachung“: Fischerhäuser, das Haff, Kurenkähne, Waldflächen, Dünenlandschaften und seinen Blick auf das Dorf Nidden aus dem Fenster des Blodehauses.

Mollenhauer erschloss sich im Sog des Erfolges nun die Nordseeinsel Sylt. Das wurde seine letzte Inspirationsquelle. Er bezog in Keitum in weiteres Atelier und malte am Lebensende Nordseelandschaften. Zwischendurch gab es Ehrungen: den Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen und das Bundesverdienstkreuz. Der Künstler starb am 3. April 1963 an den Folgen eines Herzinfarkts. Seine letzte Ruhe fand Mollenhauer auf dem Dorffriedhof von Keitum auf Sylt. 2010 gab es im Ostpreußischen Landesmuseum eine große Ausstellung mit seinen erhaltenen Werken. Das erhaltene Blodehaus in Nidden beherbergt inzwischen ein „Hermann-Blode-Museum“, in dem auch Mollenhauer Berücksichtigung findet.

● **Weiterführende Literatur** Maja Ehlermann-Mollenhauer: Ernst Mollenhauer 1892–1963. Ein Expressionist aus Ostpreußen, Heidelberg 1992

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die Sudeten „von vorne“

Leidenschaft seit der Kindheit – Ein Pole führt Deutsche mit der Schlesischen Gebirgsbahn auf Wanderungen

Das Referat für Schlesien am Schlesischen Museum zu Görlitz bietet Tagesausflüge nach Schlesien an, die ein Mal jeden Monat bis Oktober stattfinden. Die Ausgangsorte der Wanderungen werden mit der Schlesischen Gebirgsbahn angesteuert. Diese soll auf eine Ausstellung im Herbst vorbereiten, sagt Reiseleiter Andrzej Paczos. „In dieser Präsentation werden größere Städte entlang der bis Waldenburg [Wałbrzych] führenden Gebirgsbahn gezeigt, aber auch das Handwerk und die Industrie, die diese Orte geprägt haben“, so Paczos, der die Routen konzipiert hat.

Auf dem Programm stehen Lauban [Lubań], Greifenberg [Gryfów Śląski], Hirschberg [Jelenia Góra], Waldenburg und Gottesberg [Bogusów].

„In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts gab es die Idee, Berlin und Wien mit der Eisenbahn zu verbinden. Ein Abschnitt sollte durch die Sudeten führen. Der Hintergedanke war, dieses Gebiet in der Krisenzeit, also nach dem Weberaufstand zu beleben“, erklärt er. Viele Orte im Sudetenland lebten nämlich von der Weberei, diese ging jedoch pleite. „Mit der Eisenbahn sollte sich der Tourismus entwickeln, die Berliner sollten ins Rie-

sengebirge kommen, und weil Touristen dort hinfahren, wo es etwas zu sehen gibt und wo es schön ist, hat man eben diese Strecke geplant“, sagt der studierte Geograph.

Paczos stammt aus Hirschberg und ist leidenschaftlicher Wanderer. Er kennt das Iser- und Riesengebirge wie seine Westentasche. Die Wanderleidenschaft und Liebe zur Geographie und Geologie weckte in ihm seine Grundschullehrerin. Anders als man es damals kannte, und oft heute noch kennt, hatte sie nicht nur über Warschau oder die Tatra unterrichtet. Sie nahm die Kinder auf Spaziergänge in die Natur mit und erklärte dabei die Geschichte der Region.

Deutsch lernte Paczos als Autodidakt im Studium der Geographie in Breslau. „Vieles in der Fachliteratur war in Deutsch. Anfänglich ließen wir Texte von unseren Germanistenkollegen übersetzen, aber das war eine Katastrophe! Es blieb mir also nichts anderes übrig, als mich selbst durchzubeißen. Mit der Zeit habe ich immer mehr Interesse nicht nur für die topographischen Termini, sondern auch für die Geschichte Schlesiens entwickelt“, berichtet der Fremdenführer, der seit mehr als zehn Jahren mit



Er sprüht vor Anekdoten und Geschichten: Reiseleiter Andrzej Paczos Foto: Wagner

seiner Familie in Görlitz lebt. Vor dem Bergpanorama mit der markanten Schneekoppe fällt ihm eine seiner Lieblingsgeschichten von Paul Keller ein, der „Bergkrach“, der in der schlesischen Mundart verfasst ist. Es geht darin um einen Streit zwischen der Schneekoppe und dem Zobtenberg [Ślęża]. „Die Schneekoppe war

stolz darauf, patriotisch zu sein. Da sagte der Zobtenberg: ‚Was, du willst patriotisch sein? Vorne bist du preußisch, aber hinten bist du böhmisch und viele Leute sagen, deine Hinterseite ist schöner als die Vorderfront‘. Ich empfehle, Paul Keller zu lesen, er spielt so wunderbar mit den Namen der Berge“, empfiehlt Paczos.

Die nächste Wanderung am 29. April geht ins Land der Granitpyramiden. „Es führt in die Falkenberge [Sokoliki] – eine schöne, malerische Gegend“, kündigt er an. „Dort gibt es Felsenformationen, von denen manche größer als die im Riesengebirge sind und von denen es ein herrliches Panorama gibt“, verspricht Paczos. Das Mikrorelief der Falkenberge „mit Nischen, Spalten, Höhlen und Gängen.“

Dort steht auch die Burgruine Bolzenschloss [Zamek Bolczów]. Die Felsen bilden Teile dieser Burgruine“, preist der einstige Mitarbeiter des Naturkundemuseums in Bad Warmbrunn [Cieplice Zdrój] an, der heute für das Senckenberg-Naturkundemuseum in Görlitz arbeitet, als Besonderheit an.

Neben dem Bolzenschloss in Jannowitz [Janowice Wielkie] steht die dortige Schweizer Baude [Szwajcarka] und der Ort Schildau [Wojanów] mit seinem Schloss auf dem Wanderprogramm. Paczos möchte dann über die Herzogtümer Schweidnitz und Jauer sprechen, über den Dreißigjährigen Krieg, die Hussiten und die mächtigen schlesischen Adelsfamilien mit den Schaffgotschs an der Spitze. *Chris W. Wagner*

DAMALS

Die „guten alten Zeiten“ – nicht alles war gut

Taufrische Nachrichten vor 130 Jahren im „Demminer Tageblatt“ – Vieles hat sich bis heute nicht geändert

VON K.-H. ENGEL

So etwas nennt man heute wohl Rowdytum. Eine Gruppe von gut einem Dutzend streitsüchtigen jungen Männern hatte das vorpommersche Küstenstädtchen Barth schon des Öfteren unsicher gemacht. Doch in der Nacht vom 4. zum 5. November 1892 fand ihr Treiben einen Höhepunkt. Die Burschen zogen nach einer Tanzveranstaltung grölend durch die Straßen, warfen Fensterscheiben ein und suchten auch sonst irgendwie Händel. Zwei Ordnungswächter versuchten dem Treiben Einhalt zu gebieten, doch entspann sich daraus eine handfeste Keilerei, bei der die Gendarmen ziemlich lädiert den Kürzeren zogen.

Nachzulesen ist der viel Verwundung erregende Vorfall im „Demminer Tageblatt“, das über seine Korrespondenten auch aus anderen Teilen Pommerns berichtete. Polizeibeamte verdroschen, Widerstand gegen die Staatsgewalt: Passierte so etwas denn auch im Kaiserreich, in dem die Obrigkeit auf die Einhaltung von Recht und Gesetz, Zucht, Ordnung und Sitte doch einen strengen Blick gelegt haben soll? Das nimmt man heute jedenfalls gemeinhin an. Und ob das der Fall war!

Widerstand im Kaiserreich?

Die Barther Krawallnacht war kein Einzelfall. Das „Demminer Tageblatt“, obwohl als amtlicher Anzeiger keineswegs auf reißerische Themen aus, berichtete allenthalben ganz sachlich über Missetaten aller Art. So hatten die Amtsgerichte reichlich Arbeit mit kleineren Delikten wie Diebereien oder Lug und Trug. Die Landgerichte verhandelten indes nahezu täglich über schwerere Straftaten, darunter Mord, Raub und nicht selten Messerstechereien, wie auch Anfang 1894 in Augustwalde, 20 Kilometer östlich von Stettin,



Das in den 1890er Jahren erbaute Demminer Amtsgericht: Die Juristen hatten in jener Zeit reichlich damit zu tun, allerlei kleinere Delikte aufzuklären und zu ahnden. Das lässt sich dem „Demminer Tageblatt“, herausgegeben von der im 19. und 20. Jahrhundert in der Stadt ansässigen Verlegerfamilie Gesellius, entnehmen

Foto: Engel

geschehen. Dort war die Gastwirtschaft Kant während eines Tanzvergnügens von prügelnden Raufbolden sozusagen in Kleinholz verwandelt worden. Als ein Polizeikommando eintraf, fand man einen der Randalier erstochen in seinem Blute liegend vor. Er starb. Dabei galt, wer zum Messer griff, damals – wie auch heute – als feige und hinterhältig. Mit einem solchen Typ hatte niemand gern etwas zu tun.

Dennoch war der Gebrauch von Stichwaffen in Mode gekommen. Meistens handelte es sich bei den Messerhelden jedoch um Personen mit Vorstrafen, denen ein guter Ruf egal war. Außerdem

spielte häufig Trunkenheit eine Rolle. Öffentlich Bedienstete, so unterrichtete das Tageblatt seine Leser, erwiesen sich mitunter ebenfalls als Personen mit Fehl und Tadel. So wirtschaftete ein Chausseeaufseher aus dem Dorf Utzedel bei Demmin, immerhin ein Beamter, von 1890 bis 1892 durch Abrechnungstricks einen Teil der Einnahmen in die eigene Tasche. Dank geschickter geführter Verteidigung beließ es das Amtsgericht Demmin am Ende der Verhandlung schließlich bei 100 Mark Geldstrafe. Auf dem Posttransport von Gülzow nach Gollnow war Anfang der 1890er Jahre ein Paket im Wert von über

1900 Mark verloren gegangen. Nachforschungen führten die Polizei schließlich zu einem ehemaligen Postbeamten in Gollnow, der die Sendung für sich abgezweigt hatte. Über die Ahndung wurde nichts bekannt.

Aber auch gute Nachrichten

Überhaupt fielen die Strafen seinerzeit eher mäßig streng, ja sogar milde aus. So wurde der Rädelsführer in der Barther Krawallnacht, ein mehrfach wegen ähnlicher Rohheitsdelikte vorbestrafter Fischersohn, lediglich zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Und das, obwohl

immerhin Widerstand gegen die Staatsgewalt in Tateinheit mit schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung auf seinem Konto standen.

Aber das „Demminer Tageblatt“ verbreitete nicht nur schlechte Nachrichten, sondern ebenso zuversichtlich stimmende Kunde. Etwa die, dass Hermann Borgwardt, Oberlehrer am Gymnasium zu Neustettin, zum Professor ernannt wurde. In der Provinzhauptstadt Stettin waren zudem erneut deutlich mehr Kinder geboren worden als Menschen starben. Im Jahr 1893 erblickten 4605 Babys das Licht der Welt, 286 mehr als im Jahr davor. Die Zahl der Sterbefälle bezifferte das Stettiner Standesamt für 1893 auf 3595. Eine ähnlich positive Tendenz verzeichnete die Kreisstadt Demmin. In ihr zählte man 1893 immerhin 423 Neugeborene. Dem standen 344 Sterbefälle gegenüber.

Eine Erfolgsmeldung präsentierte das Blatt seinen Lesern auch aus Anklam. Die dortige Zuckerfabrik hatte während der 1893er Kampagne 997.350 Zentner Zuckerrüben verarbeitet. Ein beachtliche Leistung in Anbetracht der letztjährigen Saison mit 1,76 Millionen Tonnen in der heutigen Anklamer Fabrik, die im Übrigen in diesem Jahr ihr 140. Jubiläum begeht.

Mit einem Blick über die pommerschen Grenzen hinaus, wartete das Demminer Blatt 1894 auch mit neuen statistischen Angaben zum Fleischverbrauch in der Reichshauptstadt auf. Die Berliner nebst den bis zu acht Kilometer jenseits der Stadtgrenze wohnenden Randberlinern verpeisten je Jahr 132.122,155 Kilogramm Fleisch. Pro Kopf bedeutete das 69 Kilogramm. Gegenwärtig liegt der Wert für die Bundesrepublik bei etwa 55 Kilogramm. Dabei wird doch laufend erklärt, dass in Deutschland nie soviel Fleisch verzehrt wurde wie heutzutage. Man muss eben hin und wieder alte Zeitungen lesen und der Statistik nicht alles glauben.

GREIFSWALD

Zwei bisher unbekannte Gemälde

Pommersches Landesmuseum zeigt vom 1. bis 25. April bislang noch nie ausgestellte Bilder Ilse von Heyden-Lindens

Durch die Unterstützung der Gesellschaft zur Förderung des Pommerschen Landesmuseums e. V. konnten 2022 zwei bisher unbekannte Gemälde der Demminer Künstlerin Ilse von Heyden-Linden (1883–1949) für die Kunstsammlung des Museumshauses erworben werden. Beide Gemälde stammen aus Privatbesitz und sind dem Eigentümer durch den Bruder der Malerin, Dietrich von Heyden-Linden (1898–1986), zum Dank für eine langjährige gemeinsame Arbeit in dessen Technikwerkstatt im Demminer Wohnhaus am Mühlenteich als Abschiedsgeschenk übergeben worden.

Ilse von Heyden-Linden wurde am 5. April 1883 in Philipphof in Vorpommern geboren. Sie entstammte der adligen Familie von Heyden-Linden aus dem Hause Gehmkow. Ihre künstlerische Laufbahn begann sie bereits mit elf Jahren, indem sie Landschaftsbilder und Szenen aus dem ländlichen Leben zeichnete. Vier Jahre später gestatteten ihr die Eltern, zu ihrer Tante nach Berlin zu ziehen. Dort gelang es ihr durch deren Förderung, die Damenakademie des Vereins der Bildenden Künstlerinnen zu besuchen.

Trotz der für Frauen fehlenden Möglichkeit eines Direktstudiums erzielte von Heyden-Linden 1911 einen ersten Achtungserfolg als Malerin: Ihr Gemälde



Eine der beiden Neuerwerbungen in Greifswald: Ilse von Heyden-Linden, „Schloss Gießmannsdorf“, Öl auf Hartfaserplatte, beschnitten, um 1931/32

„Diele in Gehmkow“ wurde auf der Juryfreien Kunstausstellung Berlin mit einem Preis ausgezeichnet. Dieses Gemälde ist gegenwärtig in der Ausstellung „Publikumsliebliche“ im Konventsgebäude des Pommerschen Landesmuseums zu sehen.

Beflügelt von ihrem ersten Erfolg begab sich die Künstlerin 1911 bis 1912 zu einem längeren Aufenthalt nach Paris. Unter dem unmittelbaren Einfluss der

Malerei des französischen Impressionismus vervollkommnete sie die farbenfrohe Leichtigkeit, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ihre Palette bestimmen sollte. Um in der darauffolgenden schwierigen Zeit zu überleben, ließ sie sich beim Johanniterorden als Krankenschwester ausbilden und arbeitete in Lazaretten in Pommern und Belgien. Dennoch beteiligte sie sich weiterhin an

Ausstellungen in Stettin. Nach Kriegsende kehrte sie zur Tante nach Berlin zurück. Diese unterstützte sie bis zu ihrem Tod 1929. Danach lebte Ilse von Heyden-Linden bei ihrem Bruder Dietrich in Demmin und arbeitete, um ihn zu entlasten, in den 1930er Jahren als Ausbilderin für Erste Hilfe und Häusliche Krankenpflege. Aus dieser Zeit stammen die beiden bisher nicht bekannten und unbetitelten Gemälde der Künstlerin.

Ab 1931 war Ilse von Heyden-Linden in Schlesien ansässig, sie arbeitete dort als Hausdame in einem evangelischen Predigerseminar. Finanziell abgesichert und relativ unabhängig in ihrer Lebensführung arbeitete sie voller Schaffenskraft an zahlreichen neuen Bildern. Die Motive nahm sie aus der unmittelbaren Umgebung, und es entstanden zahlreiche modern anmutende Gemälde, die durch einen dynamischen, teilweise sehr pastosen Pinselauftrag gekennzeichnet sind. Während sie vorher auf Leinwand malte, behalf sie sich nun mit Pappen und Hartfaserplatten als Bildträger und malte in alla-prima-Technik mit nass-in-nass verlaufender, auf der Palette grob vorgemischter Farbe. Im Gegensatz zur früheren impressionistischen Leichtigkeit war ihre Malerei jetzt in der Pinselführung gewagter und der Auftrag der Farben plastischer.

Auch wenn die Künstlerin nicht so weit ging, die Konturen des Gesehenen gänzlich aufzulösen, machen sich auch Einflüsse des Expressionismus bemerkbar. Diese neuen, nachweislich bis 1934 in Schlesien entstandenen Bilder stellte sie mit einiger Beachtung auch während der 25. und 26. Ausstellung des Pommerschen Künstlerbundes von 1934 bis 1936 im Stettiner Museum an der Hakenterrasse aus.

In dem 1996 erschienenen Katalog „Geheimnis der blauen Balken. Ilse von Heyden-Linden – Leben und Werk“ der Gemeinschaftsausstellung der Stiftung Pommern, Kiel und des Museums der Hansestadt Greifswald befindet sich auch ein erstes Werkverzeichnis der Künstlerin. Nach ihrer Rückkehr nach Pommern hat Ilse von Heyden-Linden nur noch gelegentlich, während einiger ihrer wenigen Reisen gemalt und sich kaum noch an Ausstellungen beteiligt. Sie verstarb innerlich vereinsamt, von Nachkriegssorgen geplagt und schwer herzleidend am 3. September 1949 in Demmin.

Mario Scarabis/
Pommersches Landesmuseum

● Am 19. April um 12 Uhr stellt Mario Scarabis die Gemälde in der Kunstpause „Neuentdeckungen!“ näher vor.
www.pommersches-landesmuseum.de

„Das Kainsmal auf Polens Stirn“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Seit Jahren fiebere ich dem Donnerstag entgegen; denn ich weiß: Dann liegt meine heiß begehrte *Preußische* im Briefkasten“

Karl Riedel, Weimar



Ausgabe Nr. 12

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

GESCHENKE FÜR POLEN ZU: SCHATZ ZU VERSCHENKEN (NR. 11)

Dass abgehobene Kirchenfunktionäre ohne Bezug zur Basis und zur geschichtlichen Wahrheit mal wieder etwas weggeben möchten (die Danziger Paramente, d. Red.), das dem Empfänger gar nicht gehört und auf das dieser keinen Anspruch hat, ist leider nichts Neues. Auch nicht, dass gerade Polen gern solche Dinge einfordert. *Hans-Otto Biedenkopp, Grünberg*

REINE HABGIER UND EITELKEIT ZU: SCHATZ ZU VERSCHENKEN (NR. 11)

Zwei Dinge scheinen mir für die unerklärlichen Handlungen der evangelischen Kirche (im Fall der Rückgabe der Danziger Paramente, d. Red.) ausschlaggebend zu sein:

1.) Aus Pietät gegenüber Opfern des Nationalsozialismus hinterfragen sie die polnischen Darstellungen nie.

2.) Aufgrund der unterschiedlichen deutschen und polnischen Mentalität ist es außerhalb ihrer Vorstellungskraft, wie massiv von polnischer Seite aus Zahlen und geschichtliches Geschehen selektiert und „geklittert“ wird. Sie wollen einfach nicht erkennen, dass selbst scheinbar versöhnlich klingende polnische Meinungsäußerungen stets durch absichtlich eingeflochtene falsche Zahlenverhältnisse oder weggelassene Tatsachen manipulierend sind.

Es ist höchste Zeit, dass der polnische „Erzählradius“ einmal grundlegend aufgedeckt und korrigiert wird, damit die dort immer wiederkehrenden Muster für jedermann klar verständlich „entschlüsselt“ werden.

Die deutsche Schuldnerposition verändert sich grundlegend, wenn man erkennt, dass Ost- und Westpreußen, Pommern sowie Schlesien in Wirklichkeit das Kainsmal auf Polens Stirn sind.

Viele Jahrhunderte der Geschichte Danzigs, Ost- und Westpreußens legen

ausführlich Zeugnis über dieses polnische Wirken ab. Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg verstanden sie es dann besonders perfide, uns um unser komplettes Heimatland (eine ganz besondere Kulturlandschaft und außerdem das erste protestantische Land der Welt) zu betrügen. Ihr katholischer Klerus spielte dabei stets eine herausragende Rolle – bis heute.

Ich frage mich deshalb ernsthaft, ob der polnische Klerus überhaupt an das, was in der Bibel steht, glaubt. Wäre es so, dann müssten sie sich doch davor fürchten, was sie nach all den Todsünden, die sie aus reiner Habgier und Eitelkeit an uns begehen, erwartet.

Gabriele Schwarz, Hamburg

LOGIK DES GRUNDGESETZES ZU: DIE STILLEN RESERVEN IM EIGENEN LAND (NR. 10)

Der Artikel handelt von Einwanderung/Migration. Hierzu eine grundsätzliche Bemerkung: Im Grundgesetz gibt es diesbezüglich einen Artikel, und zwar den Artikel 11 – Überschrift „Freizügigkeit“:

(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Entscheidend ist natürlich Absatz 1. Eigentlich sollte man meinen, die Freizügigkeit wäre eine Selbstverständlichkeit, ein solcher Artikel wäre demzufolge überflüssig. War er den Verfassern des Grundgesetzes aber offensichtlich nicht. Meine

Erklärung: Man ging damals davon aus, dass Demokratie von den Staatsbürgern lebt beziehungsweise getragen wird, die sesshaft sind, die möglichst immer am selben Ort verbleiben, die sich mit den Menschen dort identifizieren und die sich deshalb für ihre Belange vor Ort einsetzen. Das dürfte heute noch genauso zutreffen.

Dieser Artikel steht zweifelsfrei im Widerspruch zu diesem demokratischen Prinzip. Er ist gewissermaßen ein Zugeständnis an den liberalen Charakter eines demokratischen Rechtsstaates – ganz offensichtlich ein sehr problematisches Zugeständnis.

Was eindeutig klar zu erkennen ist: Das Auswandern, das heißt das Verlassen des Staatsgebietes auf Dauer, ist nicht erlaubt. Dergleichen war offensichtlich für die Verfasser gar nicht denkbar. Um es auf den Punkt zu bringen: So wie das Grundgesetz Auswanderung verbietet, verbietet es logischerweise natürlich auch Einwanderung. *Wolfgang Beck, Coswig (Anhalt)*

ES MÖGEN TATEN FOLGEN ZU: DEUTSCHLANDS BELIEBTESTER SPITZENPOLITIKER (NR. 10)

Die Quintessenz ist schon richtig. Aber der Aufschwung von Boris Pistorius ist nur dem Ukrainekrieg geschuldet.

Bei gebliebenem Frieden wäre alles geblieben, wie es war. Jeder Mächtigenpolitiker hätte sich nach seiner Wahl mit traumhaftem Gehalt im Verteidigungsministerium versuchen können. Anders gesehen ist es eventuell ein Zeichen, dass viele Menschen sich nach handfesten Aussagen sehnen in der Hoffnung – es folgen Taten. *Peter Karstens, Eckernförde*

STARRE BÜROKRATIE ZU: AN DER AHR WIRD GEWARTET (NR. 9)

Die Flutkatastrophe an der Ahr hat gezeigt, dass Deutschland nicht in der Lage ist, schnell und unbürokratisch zu reagie-

ren. Die Politik hat Angst davor, dass der Rahmen der starren Bürokratie gesprengt werden könnte. Es kann doch nicht angehen, dass knapp 190 Millionen Euro Spendengelder herumliegen, anstatt damit zu arbeiten. Oder fehlen dem Staat darüber hinaus etwa Gelder?

Wenn das ein Punkt sein sollte, ist das besonders blamabel. Denn wenn andere Orte auf der Erde von einer Katastrophe heimgesucht werden, sind die Deutschen immer bereit, schnell und sehr viel Geld auszugeben. Wir geben auch an dieser Stelle Gelder aus, die wir nicht haben, Gelder, die wir im eigenen Land dringender benötigen.

Oder wird eine Flutkatastrophe anders bewertet als ein Erdbeben wie in der Türkei? Gab es Spendenaufrufe in der Türkei, hat dieser Staat in irgendeiner Art Deutschland unterstützt?

Wann gibt es in Bund und Ländern endlich Menschen, die sich ernsthaft mit solchen Themen auseinandersetzen? Die sich den berühmten Hut aufsetzen? Menschen, die sich nicht erst dann mit Katastrophen befassen, wenn sie da sind. Im Übrigen kommt nicht jede Katastrophe überraschend. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

NAMIBIAS DRUCKMITTEL ZU: GEHEIMNIS GELÜFTET (NR. 9)

Wie geht das? Vermehren sich die zur Verfügung stehenden Unterkünfte mit der Ankunft jedes zusätzlichen Asylsuchers von selbst? Diese Fragen sind nur so zu beantworten: Nicht die Unterkünfte vermehren sich, sondern die Asylsucher vermehren sich von selbst, wenn sie einmal hier sind. Man muss sich nur einmal umsehen: Windräder in Namibia zu bauen, um Wasserstoff zu erzeugen, ist an Naivität nicht zu überbieten.

Namibia hat erhebliche Reparationsforderungen an Deutschland gestellt. Bei nächsten Unstimmigkeiten zwischen beiden Ländern kann Namibia die gebauten Anlagen enteignen und sie als Abgeltung seiner Reparationsforderungen bezeichnen. *Ulrich Bohl, Berlin*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BELGRAD

Geschichtsträchtiges Tor zum Balkan

Von römischer Planstadt zum Mini-Dubai an der Save – Ein Besuch in der serbischen Hauptstadt



Balkanmelodie in Dur: Rund um die Flaniermeile Knez Mihailova sorgen Straßenmusikanten für gute Stimmung

Foto: Schnehagen

VON HELGA SCHNEHAGEN

Der Balkan beginnt mitten in Belgrad. Die Stadt liegt genau am Schnittpunkt der Pannonischen Tiefebene mit den Dinariden, dem dominierenden Gebirge der Balkanhalbinsel. Belgrad hat eine lange, bewegte Geschichte. Sie begann irgendwann als Siedlung vor 7000 Jahren in der Jungsteinzeit und setzte sich fort bis zur jetzigen Hauptstadt der 2006 gegründeten Republik Serbien.

Bis dahin soll die „Weiße Stadt“, so ihr Name übersetzt, 150-mal angegriffen worden sein, zuletzt 1999 durch die NATO im Zuge des Kosovokrieges. Oberflächlich sind die Wunden verheilt. Bei genauem Hinsehen sind die Kriegsruinen jedoch nicht gänzlich aus dem Stadtbild verschwunden und ragen, weder abgetragen noch wiederaufgebaut, mahndend empor.

Wer auf dem Belgrader Nikola-Tesla-Airport landet, findet sich auf einer ganz anderen Baustelle wieder. Das wird noch eine Weile so bleiben. Der französische Flughafenbetreiber Vinci, der vom serbischen Staat eine Konzession über 25 Jahre erworben hat, investiert aktuell 730 Millionen Euro in den Ausbau und die Erneuerung, denn er erwartet in den kommenden Jahren ein deutliches Wachstum. Auch die KfW-Tochter DEG ist an dem Projekt beteiligt. Sie stellte Vinci ein langfristiges Darlehen über 22,4 Millionen Euro bereit. Daneben schmiedet die serbische Regierung schon Pläne für einen neuen größeren Flughafen an anderer Stelle. Zusätzlich ist etwa 80 Kilometer nördlich in Novi Sad, deutsch: Neusatz, ein internationaler Flughafen geplant.

Fischähnliche Menschen

Jeder fünfte Einwohner Serbiens wohnt heute in Belgrad, das mit 1,7 Millionen Einwohnern etwa ebenso viele hat wie Budapest in Ungarn. Damit stehen die beiden Hauptstädte unter den Donaumetropolen nach Wien an zweiter Stelle. In dem modernen, mit Hochhäusern versetzten Stadtbild sorgt eine ganze Reihe grüner Oasen und Brunnen mit hoch aufschießenden Fontänen für erfrischende Kontrapunkte. Seinen ganzen Charme versprüht Belgrad jedoch in der Altstadt.

Serbien ist eine äußerst reiche Kulturlandschaft, deren Rang erst langsam ins

westliche Bewusstsein vordringt. Daher lohnt es sich, als erstes das Nationalmuseum am Platz der Republik zu besuchen. Der Rundgang führt chronologisch von der Vor- und Frühgeschichte über das Mittelalter bis zum Ersten Serbischen Aufstand im Jahr 1804. Parallel dazu zeigt die reich bestückte numismatische Sammlung anhand von Münzen, Medaillen und Geldscheinen die Historie auf ihre Weise. Die ältesten auf dem Gebiet des heutigen Serbiens entdeckten Münzen wurden unter griechischem Einfluss vom autochthonen paionischen Stamm der Derronen Anfang des 5. Jahrhunderts v. Chr. geprägt.

Gleich zu Beginn fällt der Blick auf das in einen Modell-Kopf eingefügte, über 400.000 Jahre alte Kieferknochen-Fragment eines Homo heidelbergensis, der ältesten bisher entdeckten Bewohner auf dem Balkan. Dann taucht man ein in die neolithischen Funde aus Starčevo, 27 Kilometer östlich von Belgrad, Vinča, 16 Kilometer südöstlich, sowie Lepenski Vir am Eisernen Tor an der Donau.

Eine touristische Attraktion sind die über 8000 Jahre alten Stein-Figuren mit fischähnlichen Menschenköpfen aus Lepenski Vir. Sie gelten als Europas erste Monumental-Skulpturen. Sogar als „Wiege des frühen Europa“ bezeichnen Archäologen die nur wenig jüngere Vinča-Kultur mit ihren ungewöhnlichen weiblichen Götterfiguren. Sie beansprucht nicht nur, die prächtigste Kultur der Jungsteinzeit in diesem Gebiet zu sein, sondern auch die höchst entwickelte im prähistorischen Europa.

Emblematisch für die Bronzezeit ist nicht der großartige Goldschmuck aus verschiedenen Fundstätten, sondern ein mit Vogelsymbolen versehener Jöhnerer Kultwagen aus dem 16. bis 13. Jahrhundert v. Chr., der beim Dorf Dupljaja, 95 Kilometer östlich von Belgrad, gefunden wurde. Selbst der Wagenlenker besitzt ein Vogelgesicht.

Ferienstraße der römischen Kaiser

Die Eisenzeit beeindruckt mit den Funden der vermeintlichen Königs-Nekropole von Trebeništa am Ohrid-See, heute Nordmazedonien. Der Bronzekrater aus dem 6. bis 5. Jahrhundert v. Chr. gehört neben dem Krater von Vix im archaischen Museum von Châtillon-sur-Seine/

Frankreich zu den besten seiner Art. Die goldene Totenmaske erinnert an die der Makedonen-Könige.

Eindrucksvolle Begleiter in die Unterwelt sind auch die etwa gleichalten Bernsteinfiguren aus dem Fürstengrab von Novi Pazar in Südserbien. Herausragend sind die dreieckigen Platten mit eingravierten mythologischen Szenen, die als Kopf- oder Brustschmuck getragen wurden. Der Bernstein kam aus dem Baltikum, Hersteller waren vermutlich Griechen aus Süditalien.

Die Sammlung aus der Römerzeit gipfelt zweifelsohne in dem Bronzekopf von Konstantin dem Großen und der Belgrader Kamee, auf welcher der Imperator zu Pferde über gefallene Barbaren triumphiert. Serbiens größter Schatz aus der Zeit Konstantins, drei vergoldete spätrömische Prunkhelme, wird dagegen nicht in Belgrad, sondern im Wojwodina-Museum von Neusatz ausgestellt.

In der Spätantike war das heutige Serbien ein wichtiges Grenzgebiet des Römischen Reichs. Entlang des Donaulimes entstand eine Vielzahl befestigter Militärlager. An den Kreuzungen der Handelsstraßen erwachsen reiche Städte, und mindestens 16 römische Kaiser, vor allem des 3. und 4. Jahrhunderts, erblickten hier das Licht der Welt. Zu ihnen gehörte auch Konstantin der Große, der um 280 in Niš geboren wurde. Die „(Ferien-) Straße der Römischen Kaiser“ zwischen der antiken Kaiserresidenz Sirmium im Norden und der römischen Provinzhauptstadt Justinijana Prima im Süden folgt eindrucksvoll ihren Spuren.

Belgrads römische Geschichte begann im ersten Jahrhundert v. Chr. mit der Eroberung der keltischen Siedlung Singidunum. Mit dem Einzug der IV. Legion des Flavius im Jahr 86 erlebte die römische Stadt ihre größte Blüte. In dieser Zeit wurde auch die erste Festungsanlage aus Stein errichtet. Der Weg zum weitläufigen Kalemgedan-Park mit dem bis ins 18. Jahrhundert ausgebauten Bollwerk führt durch das Herz der Altstadt.

Vom Platz der Republik bummelt man über die Fürst-Michael-Straße direkt drauf zu. Die Fußgängermeile Knez Mihailova ist Belgrads Prachtstraße. Die prunkvollen Fassaden ihrer Gründerzeit-Bauten, die zwischen 1870 und 1925 entstanden sind, zeugen vom Reichtum ihrer

Erbauer und Bewohner. Hier flanieren nicht nur Einheimische entlang eleganter Geschäfte und zahlloser Restaurants, hier folgen auch Touristengruppen aus der ganzen Welt aufmerksam ihrem jeweiligen Stadtführer, darunter viele deutsche.

Kafana reiht sich an Kafana

Von den Aussichtspunkten des Kalemgedan aus liegt einem Belgrad zu Füßen. Der Blick fällt auf den Zusammenfluss von Save und Donau sowie die unter Naturschutz gestellte Große Kriegsinsel an ihrer Mündung, auf die beliebten Floß-Restaurants am Save-Ufer, auf den barocken Glockenturm der Orthodoxen Kathedrale in Alt-Belgrad und die futuristische „Waterfront“ in Neu-Belgrad.

„Belgrad am Wasser“ ist ein gigantisches futuristisches Neubauprojekt mit Wohnungen, Hotels, Büros, Geschäften, Lokalen und vielem mehr. Ein Mini-Dubai an der Save im Wert von rund 3,5 Milliarden Dollar, das 2014 von der serbischen Regierung und dem Immobilieninvestor Eagle Hills aus Abu Dhabi begonnen wurde und von weiteren Partnern in den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt wird. Zentraler Punkt ist der Belgrad Tower, Kula Belgrad, ein 42-stöckiger, 168 Meter hoher Wolkenkratzer, der schon jetzt das neue Wahrzeichen der Stadt ist.

Nostalgiker, die lieber über Kopfsteinpflaster gehen und traditionelle urbane Atmosphäre suchen, kehren zurück zum Platz der Republik und tauchen ein in die Altstadt. In Belgrads ältestem Viertel Dorćol gleich neben dem Knez Mihailova folgen die Straßen bis heute dem rechtwinkligen Grundriss der römischen Stadt mit der Kreuzung der alten Handelsstraßen in alle Welt.

Das angrenzende Skadarlija-Viertel wird von der pittoresken Skadarska Straße bestimmt. Hier reiht sich Kafana an Kafana. Kafane sind ein Erbe der Osmanenzeit, gemütliche Cafés und Gasthäuser, in denen heute serbische „Hausmannskost“ serviert wird. Vor 100 Jahren trafen sich Dichter, Schriftsteller und Maler. Die Lokale haben sich seitdem kaum verändert. Dieses lebenswerte Montmartre-Milieu sollte man sich in Belgrad unbedingt gönnen.

● Tourist-Info, Knez Mihailova 56, Internet (deutsch): www.serbia.travel/de

VORARLBERG

Im Einklang mit der Natur im Montafon

Tourismus mit Natur in Einklang zu bringen ist in den Alpen seit jeher eine Herausforderung. Je mehr man das Gebirge für Skifahrer, Wanderer oder Mountainbiker in eine Art Freizeitpark umgestaltet, desto höher sprudeln zwar die Einnahmen, aber desto mehr leiden auch heimische Tier- und Pflanzenarten. Was für viele eine Auszeit vom Alltag bedeutet, stellt bisher wenig genutzte Naturräume vor große Herausforderungen. Die Flora und Fauna in höher gelegenen Regionen sind oft empfindlicher als im Tal. Menschliche Eingriffe haben daher weitreichende Konsequenzen.

Dass Kommerz und Ökologie nicht im Widerspruch stehen müssen, zeigt die im südlichsten Tal des österreichischen Vorarlbergs gelegene Tourismusregion Montafon, die jetzt die Initiative „Naturverträglicher Bergsport“ ins Leben gerufen hat. „War man früher relativ alleine abseits der Skigebiete und markierten Wege unterwegs, zieht es jetzt immer mehr Menschen ins freie Gelände“, beklagt der seit 30 Jahren im Montafon aktive Bergführer Alexander Fleisch. Damit der Druck auf die Fauna und Flora nicht weiter zunimmt, hat Fleisch diese Initiative gegründet.

Im Fokus stand zu Beginn das Thema Skifahren abseits der Pisten und Wege. Dazu wurde eine Lenkungs- und pro zu bearbeitendes Gebiet eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die für einen umweltfreundlicheren Bergsport sorgen soll, indem sie das ungezielte Vergnügen zukünftig in geregelte Bah-



Neuer Weg zur Naturverträglichkeit

nen lenken soll, ohne dass man den Spaß dabei verliert.

Um den Bergsport gezielt zu lenken, gibt es im Montafon umfangreiches Kartenmaterial sowie – sparsam und bewusst eingesetzte – Bojen und Hinweistafeln, die den Bergsportlern zukünftig zeigen sollen, wo sie sich im freien Gelände bewegen können, ohne Wildruhezonen zu betreten. „Unser Auftrag ist es, bestehende Spannungsfelder im Bereich Natur und Bergsport zu entschärfen und eine gute Lösung für alle – Wild, Wald und Bergsportler – zu finden. Denn wir möchten den Sport abseits ausgewiesener Wege sinnvoll lenken“, fasst Fleisch die Ziele des Projekts zusammen.

Im Montafon soll man sich nach Möglichkeit auf den gut ausgeschilderten Pisten und Wegen bewegen. Schilder mahnen an die alpinen Gefahren und daran, die eigenen Grenzen zu respektieren. Darüber hinaus gibt es Betretungsverbote in den Ruhezonen von Wildtieren. Wer sich im Montafon an die Regeln hält, den erwartet auch dort sommers wie winters ein großes Urlaubsvergnügen. H. Tews

● Tourismusinformationen unter: www.montafon.at

● FÜR SIE GELESEN

Ungenießbarer starker Tobak

Die Vereinigten Staaten von Amerika versuchen schon seit Längerem, den Globus nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Insofern könnte ein Buch mit dem Titel „Bis alles in Scherben fällt. Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung“ durchaus den Nerv der Zeit treffen – wenn es nicht im Stile eines Agit-Prop-Vortrages zum Parteilehrjahr der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der DDR geschrieben wäre.

Dieses inhaltliche Manko resultiert aus der Person seines Verfassers Klaus Eichner. Dieser kann auf eine steile Karriere in Erich Mielkes Ministerium für Staatssicherheit zurückblicken und war zuletzt Oberst und Leiter des Bereichs C (Auswertung, Analyse) der Abteilung IX (Westliche Geheimdienste/Gespionage) der Hauptverwaltung Aufklärung, also des Auslandsnachrichtendienstes des Honecker-Regimes.

Aus diesem Grunde platzt der Antiamerikanismus nur so aus Eichner heraus. Dazu kommen allerlei verbale Rundumschläge gegen den angeblich „grandios gescheiterten“ Kapitalismus und die „imperialistische Aggressionspolitik“ insgesamt. Gleichzeitig stellt der Stasi-Rentner die an ihren sozialistischen Gebrechen kollabierte Sowjetunion als Friedensengel ohnegleichen hin. Sie habe jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder abgelehnt. Das alles ist nicht nur starker, sondern ungenießbarer Tobak. W. K.



Klaus Eichner: „Bis alles in Scherben fällt. Der Kampf der USA um eine neue Weltordnung“, edition ost, Berlin 2022, broschiert, 128 Seiten, 16 Euro

Das Werk von Hans Scharoun

Hans Scharoun (1893–1972) war ein preisgekrönter deutscher Architekt, der unter anderem den Neubau der Berliner Philharmonie entwarf, und der auch in Ostpreußen wirkte. In Insterburg existieren heute noch Häuser der „Bunten Reihe“, einem Konzept, bei dem die Fassaden der Siedlungshäuser bunte Anstriche erhielten. Alle waren zudem mit einem Garten mit Schuppen ausgestattet.

Das Buch „Hans Scharoun. Gestalt finden“ vermittelt Grundlagenwissen zu Scharouns Werk. Der großformatige Band beginnt mit einer Biographie des Meisterarchitekten, beschreibt sein Leben in vier Gesellschaftssystemen und setzt sich mit Scharouns schriftlichem Werk auseinander.

Weitere Kapitel sind der „Symbiose von Natur und Architektur“, „Wohnlandschaften“, „Wohngehöften“ sowie dem Wiederaufbau Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg gewidmet. Zahlreiche großformatige Fotos und Zeichnungen veranschaulichen das reiche Schaffen Scharouns. MRK



Ralf Bock: „Hans Scharoun. Gestalt finden“, Park Books, Zürich 2022, gebunden, 488 Seiten, 68 Euro

LOSUNGEN



FOTO: SHUTTERSTOCK

Geschenk der Hoffnung

Christliche Aphorismen als Zeugnis katholischer Intellektualität – Der gebürtige Danziger Johann Alexander Sajdowski sammelt seit Jahren glaubensbezogene Gedanken

Gottesfürchtig – wie fremd das heute klingt“ lautet eine der vielen Losungen, die Johann Alexander Sajdowski in seinem bibliophil gestalteten Buch „Zeitlose Losungen“ veröffentlicht hat. Der Ingenieur und Fachjour-

nalist hat diese unter dem Pseudonym Johannes im Gehaeus veröffentlicht, dessen Verwendung er im Vorwort erklärt. Seine Gedanken sind wie Sentenzen mittelalterlicher Predigten. MRK

Johannes im Gehaeus: „Zeitlose Losungen. Homiliensplitter“, Gerhard Hess Verlag, Schussenried 2023, broschiert, 156 Seiten, 19,80 Euro

GESCHICHTE

Wortmeldung eines Mutigen

Konrad Löw belegt in seinem aktuellen Buch erneut, dass viele nichtjüdische Deutsche Hitlers Politik der Judenvernichtung abgelehnt haben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nationalstolz ist hierzulande ein ebenso rares Phänomen geworden wie Rückgrat. Das resultiert wesentlich aus Urteilen über die Zeit zwischen 1933 und 1945, wie sie etwa der prominente Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik formuliert: Es sei glasklar, „dass alle Bereiche der deutschen Gesellschaft unter dem Nationalsozialismus an der Entrechtung und Ausrottung der Juden beteiligt waren, während jene, die nicht direkt beteiligt waren, kalte Apathie ... zeigten“. Einer der wenigen, die hiergegen Widerspruch einlegten, ist der mittlerweile 91 Jahre alte Jurist und Politikwissenschaftler Konrad Löw. Seine bislang letzte diesbezügliche Wortmeldung ist die Broschüre „Stolz, ein Deutscher zu sein?“

Darin vertritt der Sohn eines NS-Opfers erneut die Ansicht, viele nichtjüdische Deutsche hätten die nationalsozialistische Judenpolitik abgelehnt. Er zitiert „Das Volk ist ein Trost“. Deutsche und Juden 1933–1945 im Urteil jüdischer Zeitzeugen“ und „Deutsche Schuld 1933–1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen“ – zahlreiche Wortmeldungen von Juden aus der Zeit des Dritten Reiches und danach, die dies bestätigen. Ungeachtet dieser Verifizierung seiner These durch Quellen, die über jeden Verdacht der Geschichtsfälschung zugunsten des Nationalsozialismus erhaben sind, wurde Löw bei etlichen Gelegenheiten angefeindet und als „Revisionist“ und „Dilettant“ verleumdet, der „hanebüchene Methoden“ verwende und historische „Weißwaschung“ betreibe.

Wie der Autor schildert, schloss sich auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) den Schmähungen gegen ihn an und veranlasste die publikumswirksame Rücknahme der Veröffentlichung seines Aufsatzes „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ in ihrer Hauszeitschrift „Deutschland-Archiv“. Daraufhin verklagte Löw die bpb, die eine nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums ist, vor dem Bundesverfassungsgericht. Dieses fällte im August 2010 ein Urteil, das heute offenbar komplett in Vergessenheit geraten ist: „Von vornherein ausgeschlossen sind ... öffentliche Äußerungen gegenüber Einzelnen, die allein dem Bestreben dienen, eine behördliche Auffassung, namentlich eine von der Bundeszentrale für richtig gehaltene spezifische Geschichtsinterpretation, zur Geltung zu bringen und als einzig legitim oder vertretbar hinzustellen.“

Leider reichte dieses unmissverständliche Votum der Karlsruher Richter nicht aus, um die Diskussion über Löws Thesen zu versachlichen. So schrieb Sven Felix Kellerhoff auf „Welt online“: „Bundeszentrale muss antisemitischen Unfug dulden.“ Allerdings ließ sich Löw auch davon nicht entmutigen, wie er im weiteren Verlauf seines Buches dokumentiert.

Konrad Löw: „Stolz, ein Deutscher zu sein? Das verräterische Schweigen der Widerkläger und die Zivilcourage“, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2022, broschiert, 104 Seiten, 16,80 Euro



POLITIK

Die Außenpolitik deutscher Kanzler

Der Politikwissenschaftler Mariano Barbato analysiert in „Wetterwechsel“ die Erfolge der Regierungen seit Otto v. Bismarck

VON DIRK KLOSE

Wetteranalogien passen gut auf die Politik. Man sprach von Großwetterlagen zwischen Ost und West, als sich Tauwetter und Frost abwechselten; Kriege werden mit Stürmen, Orkanen und Gewittern (Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“) verglichen; das Treffen zwischen Aristide Briand und Gustav Stresemann galt als „Sonnenblick von Locarno“; Reichskanzler Bernhard v. Bülow strebte für Deutschland nach einem „Platz an der Sonne“; Helmut Schmidt meisterte „frostige Zeiten“ und Helmut Kohl versprach „blühende Landschaften“.

Der Politikwissenschaftler Mariano Barbato hat in seinem Buch „Wetterwechsel“ die Außenpolitik der deutschen Kanzler seit Otto v. Bismarck analysiert. Deren Politik schwankte stets zwischen Großmannssucht und fast devoter Selbstbeschränkung. Bismarcks späterer Nachfolger v. Bülow etwa: Dieser suchte keinen Frieden, sondern eine möglichst günstige Ausgangsposition in einem für unvermeidlich gehaltenen Krieg. Sein Nachfolger Theobald von Bethmann-Hollweg betrieb in der Krise 1914 ein „skrupelloses Ränkespiel“.

Stresemann, im Ersten Weltkrieg noch Annexionist („Calais – das deutsche Gibraltar am Kanal“) wurde zum Versöhnungspolitiker mit Frankreich, blieb aber Revisionist gegenüber Polen. Und der gescheiterte Heinrich Brüning hatte außenpolitisch mehr als seine Vorgänger erreicht, was aber im Innern zu spät kam, um Hitler zu verhindern.

Die Kanzler der Bundesrepublik hatten das Land mit Erfolg im Westen verankert, was von Willy Brandt durch eine Versöhnung gegenüber dem Osten ergänzt wurde. Helmut Schmidt sah Außenpolitik als Verbindung von Sicherheits-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Helmut Kohls Verdienste lagen nicht nur bei der deutschen Einheit, sondern auch beim Zusammenschluss Europas. Gerhard Schröder hingegen, so der Autor, habe erstmals gegen die amerikanische Hegemonie aufgemuckt. Für Angela Merkel war „die Simulation von Windstille das oberste Gebot in den Krisen“. Heute müsse Aufgabe eines jeden Kanzlers sein, in unermüdlicher Konsenssuche zur Bewältigung aktueller Krisen beizutragen.

Einige wenige Einwände: Bismarck hatte wohl nicht aus eigenen Stücken Elsaß-Lothringen annektiert, sondern das geschah unter dem Druck der Militärs. Gar nicht genannt werden die Auseinandersetzungen aller Kanzler mit den Parlamenten, Reichstag und Bundestag, auf die sie ja letztlich angewiesen waren. Außenpolitik in und für Deutschland ist fürwahr ein Kunststück: Kein anderes Land in Europa hat so viele Nachbarn (neun). Mit allen lebt Deutschland heute in Frieden. Das hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben.



Mariano Barbato: „Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz“, Campus Verlag, Frankfurt 2022, gebunden, 314 Seiten, 32 Euro



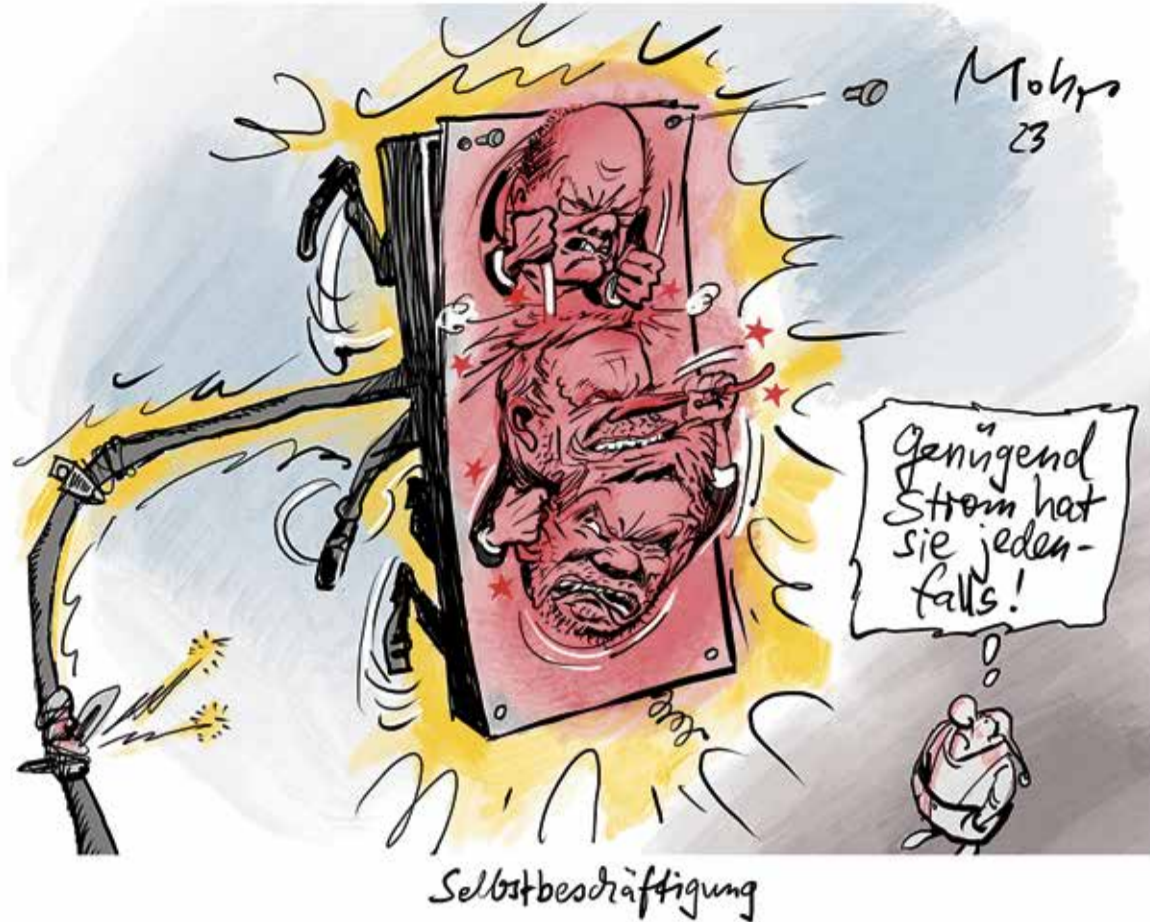
***Für ein Europa der
Vaterländer.***

Nicolaus Fest

de.idgroup.eu

● AUFGESCHNAPPT

„Nicht alle Tassen im Schrank“ – diese Andeutung versteht jeder. In Berlin ist sie auf absurde Weise plastisch geworden. Auf der neuen Polizeiwache am Kottbusser Tor fehlte zunächst Geschirr, weshalb die Gewerkschaft der Polizei (GdP) mit eigenen Werbetassen ausgeholfen hat. Dort ist das GdP-Emblem mit einer dünnen blauen Linie zu sehen. Im Netz beschwerten sich Leute, die dünne blaue Linie stehe in den USA für die „Blue-Lives-Matter“-Bewegung, die in Anspielung auf „Black Lives Matter“ betone, dass auch Polizistenleben zählten. Die blaue Linie symbolisiert das Blau der Polizeiuniformen. Radikale Schwarzen-Aktivistinnen in den USA denunzieren das Symbol als rassistisch. Weil schwarze Menschen in den USA die blaue Linie als „rassistisch“ empfinden könnten, ließ die Berliner Polizeiführung die GdP-Tassen am Kottbusser Tor nun wieder entfernen. Berlins GdP-Sprecher Benjamin Jendro zeigte kein Verständnis für die Aktion der Behörde. Die Berliner Linkspartei begrüßte dagegen die Maßnahme. **H.H.**



● STIMMEN ZUR ZEIT

Ulrich Reitz stellt im „Focus“ (22. März) eine entscheidende Frage zum rücksichtslosen Klimafanatismus der Ampelkoalition mit den Grünen als Speerspitze:

„Was nutzt es, wenn Berlin in sechseinhalb Jahren klimaneutral ist, Deutschland und vielleicht Europa 2045, aber der größte Klimawandel dieser Zeit, China, aktuell noch mehr als 200 neue Kohlekraftwerke baut? ... Und Indien, das bald schon das Land mit der größten Bevölkerung der Welt sein wird, erst in 47 Jahren klimaneutral sein will?“

Gegenüber „t-online“ (17. März) bezeichnet der Dubliner Historiker Mark Jones nicht nur die deutschen Revolutionen von 1848 und 1918 als letztlich erfolgreich. Er bricht auch eine Lanze für das oft verkannte wilhelminische Kaiserreich:

„Das Kaiserreich war ein Obrigkeitsstaat, allerdings herrschte keineswegs der so oft ins Feld geführte Stillstand gesellschaftlichen Lebens. Im Gegenteil, das Kaiserreich bot viel Platz für den Liberalismus ... im Kaiserreich war so vieles möglich. Es gab alternative Milieus, Protestbewegungen aller Art. Auch die Deutschen können überaus rebellisch sein.“

Silke Wettach geht in der „Wirtschaftswoche“ (23. März) mit der Überregulierung der Wirtschaft durch die EU-Bürokratie und -Politik ins Gericht:

„Jedes Jahr im März beschäftigen sich die 27 Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel in Brüssel mit dem Thema Wettbewerbsfähigkeit. Jedes Mal geloben die Beteiligten, die Standortbedingungen für Unternehmen in Europa zu verbessern. Und genauso verlässlich werden in den kommenden zwölf Monaten Verordnungen und Richtlinien erlassen, die Europa im internationalen Wettbewerb zurückfallen lassen.“

Obwohl auch das bloße Nichterreichen des Quorums gereicht hätte, um den Berliner „Klimavolksentscheid“ abzuschmettern, sind Hunderttausende Bürger zu den Urnen gegangen, um mit Nein zu stimmen. Ulli Kulke stimmt das hoffnungsvoll, wie er auf „Achtgut“ (28. März) schreibt:

„Die vielen – eigentlich ja nicht nötigen – Neinstimmen (sind) ein Fanal, das in den vergangenen Jahren womöglich nicht immer so ausgefallen wäre ... Der Mut zur Klarheit und Offenheit scheint zu wachsen, auch zum Erkennen von Luftschlössern und eingetrichterter Weltuntergangsstimmung. Die Grünen können es noch nicht fassen, dass ihr reichlich gequältes Narrativ von der ewigen, weil heiligen ‚Fortschrittskoalition‘ Rotgrünrot zusammengebrochen ist.“

● WORT DER WOCHE

„Das Ganze sieht für mich aus wie der wahr gewordene Traum eines autoritären Regimes, das sich mithilfe von Tricks ein Parlament ohne allzu viel Opposition herbeizaubern will.“

Harald Martenstein in der „Welt“ vom 26. März zur Wahlrechtsreform

DER WOCHENRÜCKBLICK

Tiefer in den Sand

Warum die Ampelleute so enttäuscht sind, und wie die ganz Verbohrten ihre Welt doch noch retten

VON HANS HECKEL

Als diese Zeilen entstehen, ist mal wieder alles offen. Steht die Ampelregierung am Wochenende überhaupt noch? Und wenn ja, wo denn? Also inhaltlich gesehen. Sie hatte mit so großem Elan begonnen, nannte sich selbst stolz „Fortschrittskoalition“, wollte, als es unverhofft ernst wurde, mit „Doppelwumms“ in „Deutschland-Geschwindigkeit“ durch die „Zeitenwende“ rauschen. Und nun sitzen die da endlose Stunden um Stunden. Was ist schiefgelaufen?

Meistens kommt es anders, als man denkt. Der Spruch bewahrheitet sich erneut auf Heftigste. Am Anfang hatten die Ampelmacher im Herbst 2021 so wunderschön optimistische Vorstellungen, allerdings jeder seine ganz eigenen. Die Grünen wollten so richtig loslegen und das Land komplett umkrempeln, und wenn es dabei zugrunde geht. Die FDP dachte sich, sie brauche da kaum gegenzuhalten außer mit ein paar bürgerlich-liberalen Sprüchen. Denn die schwarze Opposition hätte die Freidemokraten kaum bloßstellen können, da die Union unter Merkels Großer Koalition lauter grünlinken Kram durchgewinkt hatte, woran man sie bei jedem regierungskritischen Auftrumpfen hätte erinnern können: schachmatt!

Und Kanzler Scholz hatte sich schon darauf gefreut, es wie seine Vorgängerin Merkel zu machen. Einfach treiben lassen und bei Bedarf jedem in dem Dreierbündnis geben, was er haben will. Damit hatte es die Ewige Kanzlerin auf 16 Jahre gebracht. Wie sich mittlerweile leider zeigt, klappert das genauso wenig wie die Wunsch-Strategien der kleineren Koalitionspartner. Gehen wir mal durch:

Die Grünen haben – ausgerechnet in Berlin – nun schon zweimal in enger Folge die Hücke voll bekommen, erst bei der Wahl im Februar, jetzt beim Volksentscheid (siehe Seite 1). Minister Habeck sieht man an, wie er sich fühlt. Selbst die massive, ebenso bizarre wie widersprüchliche Medien-Propaganda aus Apokalypse-Gedröhn und Wohlfühl-Lyrik hat nicht verhindern können, dass die Zahl der Deutschen bedrohlich wächst, die erkannt haben, dass die grün-linken Transformierer ihnen das Fell über die Ohren ziehen wollen. Es wird ungemütlich.

Die FDP blickt in den Fünf-Prozent-Abgrund und muss erkennen, dass der bloße bürgerlich-liberale Anschein ohne Substanz

niemanden satt macht. Seitdem wollen die Freidemokraten heftig fuchtelnd davon ablenken, wie handzahn sie bislang dem grünlinken Tross ins Desaster gefolgt sind. Im Oktober noch hatten sie das Verbrenner-Aus ab 2035 mitbeschlossen, jetzt sind sie plötzlich, zumindest ein klein wenig, dagegen – Stichwort „E-Fuels“. Und mehr Autobahnen wollen sie angeblich auch.

Merkel hätte jetzt wahrscheinlich allen alles versprochen, und das hätte Scholz sicher gern ebenso getan. Die Ironie: Das könnte er vielleicht auch, wenn Merkel nicht gewesen wäre. Die langjährige CDU-Chefin hat das Land in Richtung Stagnation und langsamen Abstieg geschickt, wir müssen nur an die gesamte Infrastruktur oder die Bundeswehr denken. Das bedeutete fortschreitenden Substanzverzehr. Traten plötzliche Probleme auf, wurden sie mit viel (per Nullzinspolitik billig geliehenem) Geld zugeschaufelt, bis man sie nicht mehr so sehen konnte wie im Falle der Asylflut.

Kathrin Göring-Eckardt weiß Trost

So eine Politik geht aber nur eine Weile gut. Man muss also sehen, dass man rechtzeitig aus dem Amt kommt, bevor sich die aufgestauten Probleme zurückmelden. Außerdem kann diese Strategie nur klappen, wenn die Welt einigermaßen im Lot ist und nicht zu viel Außergewöhnliches passiert. Nun steht der Scholz da und muss erkennen: Die Substanz ist zerbröckelt, die Probleme sind gewachsen und die Mittel zu ihrer Lösung längst verprasst. Dazu kommt: Die Welt ist aus den Fugen, man bräuchte jetzt genau jene Reserven, welche unter Merkel fürs Probleme wegschieben verpulvert wurden. Aus ist's.

Zumal der grüne Partner nicht lockerlässt und wie besessen das Land nach Möglichkeiten absucht, wie er alle bestehenden Schwierigkeiten noch schlimmer machen kann. Wie verzogene Wohlstandskinder halten die Grünen es für eine bodenlose und zudem verlogene Frechheit, wenn ihnen jemand weismachen will, dass in Papas Börse bald komplette Ebbe herrscht, wenn sie so weitermachen.

Ist das alles nicht furchtbar unerfreulich? Da kann man sich schon mal 20 Stunden und mehr ineinander verhaken, ohne etwas Vorzeigbares zusammenzubekommen.

Echte Ideologen kennen für solche heiklen Situationen einen vielfach erprobten Ausweg: Sie stecken ihren Kopf nur noch etwas tiefer in den Sand in der Hoffnung, dass das

Scholz würde es gern wie Merkel machen. Nur leider hat die Kanzlerin alle Reserven dafür schon verpulvert



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

grelle Licht der Wirklichkeit sie da unten nicht erreicht. Denken Sie nur an den Atomausstieg trotz grassierender Stromknappheit, die durch grüne E-Mobilitätspläne bekanntlich noch weiter verschärft wird. Innenministerin Faeser verteidigt ihren Kurs der grenzenlosen Zuwanderung notfalls gegen alle EU-Partner gleichzeitig, derweil schon die Hälfte des gesamten Bundesetats für Soziales draufgeht, wir viel zu wenig Ärzte oder Lehrer haben und der Wohnungsmarkt am Rande des Infarkts taumelt.

Der Wohnungsbau bricht unter allen möglichen Attacken zusammen. Einen wesentlichen Todesstoß hat ihm die Bürokratie versetzt. Schon in den ersten drei Jahrzehnten seit der deutschen Vereinigung hat sich die Zahl der Bauvorschriften vervierfacht. Doch SPD-Bauministerin Klara Geywitz will in der voraussehbar schlimmsten Wohnungskrise seit 1990 gleich noch einen draufsetzen mit etlichen zusätzlichen Bauregeln für den „Klimaschutz“.

Grenzöffnerin Faeser behauptet, dass die Asylsucher- und Flüchtlingsströme den Wohnungsmangel keineswegs verschärfen. Das eine habe mit dem anderen nämlich gar nichts zu tun. Wie sie darauf kommt, bleibt uns ein Rätsel. Sie muss uns etwas voraushaben. Nur was? Vermutlich ist es die Tiefe des Kopfes im Sand.

Sogar ihrer SPD-Genossin Geywitz scheint aufgegangen, dass der Innenministerin da etwas verrutscht ist. Da sie aber von ihren Vorschriften nicht lassen will, rät sie Wohnungssuchern, doch aufs Land zu ziehen, wo angeblich noch 1,7 Millionen Wohneinheiten leerstehen. Sie meint damit natürlich nicht die vollgepackten Speckgürtel, sondern die ganz entlegenen Ecken. Dort also, wo man ohne Auto nicht vom Fleck kommt und wo das freistehende Einfamilienhaus mit viel Platz der Standard ist. Hat es aber nicht eben noch geheißen, wir sollten uns den Traum vom Eigenheim von der Backe schmieren, weil das klimaschädlich sei, und aufs Auto verzichten? Noch so ein Rätsel.

Wenigstens Kathrin Göring-Eckardt hat eine gute Nachricht. Die Kosten für den Klimaschutz würden nicht auf die Mieter umgewälzt, verspricht die Grüne. Tatsächlich? Wir sollten mit ihr eine Wette eingehen, dass es doch so kommen wird. Die Mieter werden zahlen, entweder als Mieter oder als Steuerzahler, die zu Millionen auch Mieter sind. Wetteinsatz: eine Kugel Eis.